Die nächste Nummer erscheint Ende August!

Mitteilungen

des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Erscheinen nach Bedarf

Nr. 21 | **2. August 1920** | **Jahrg. II**

1. Die englische Handelspropaganda unter den Ostjuden.

Wir nehmen an, daß für die Kreise der kaufmännischen Mitglieder das in diesem Aufsatz behandelte Thema von besonderem Interesse sein wird und bringen die Ausführungen, obgleich sie in vielem den Rahmen, den sich die „Mitteilungen“ gesteckt haben, überschreiten.

Dr. Holländer.

Diese Seite der englischen Propaganda ist in Deutschland gänzlich unbeachtet geblieben oder nicht verstanden worden, obgleich sie schon mit Kriegsbeginn ansetzte und bis heute mit größter Ausdauer und allen möglichen Mitteln betrieben wird. Auf das neueste Mittel dieser Propaganda soll hier die Aufmerksamkeit der deutschen Handels- und Industriekreise gelenkt werden, nicht nur der jüdischen. Seit Anfang Mai erscheint in London eine Wochenschrift unter dem Titel „Jewish Journal of Commerce, a bi-lingual Organ devoted to the interests of manufacturers, exporters, importers and agents“. Das Unternehmen scheint mit Riesenmitteln zu arbeiten und ist meisterhaft organisiert. Das Blatt wird in vielen Hunderttausenden von Exemplaren in der ganzen Welt unter den Juden verbreitet. „Es will den Juden des Ostens die Bezugsquellen des Westens, besonders Großbritanniens, zeigen, und umgekehrt, sodann die Aufmerksamkeit der britischen Fabrikanten und Exporteure auf die Vorteile lenken, die ihnen erwachsen können, wenn sie ihr Geschäft mit dem Osten durch Vermittlung der jüdischen Kaufleute entwickeln, die hier eine bislang durchaus nicht genügend gewürdigte Rolle spielen. Es zirkuliert unter den

jüdischen Fabrikanten und Kaufleuten aller Länder. Es sind Vorbereitungen getroffen, daß dieses Organ überall, in Großbritannien, in den englischen Kolonien, in den Vereinigten Staaten, in Südamerika, in Palästina und dem Orient sowie in Frankreich und in sämtlichen Staaten Ost- und Mitteleuropas größte Verbreitung findet.“ Da der Text englisch und jiddisch erscheint, so darf das Blatt sich mit Recht nennen „the best understood and most effective medium for international trade“. Es wird sehr viel zur Verbreitung des Englischen unter den Juden und zur Verdrängung des Deutschen beitragen. Bezeichnend ist die geschickte Verquickung von Zionismus und Geschäft. „Der Hauptzweck des Journals“ ist angeblich „die Stärkung der geschäftlichen Beziehungen zwischen Palästina und den Diasporaländern“. „Nachdem San Remo entschieden hat, daß die jüdische nationale Heimstätte in Palästina erbaut werden soll, ist dort eine rasche Entwicklung der Handels- und Geschäftsmöglichkeiten zu erwarten.“ Max Nordau begrüßt das Unternehmen feierlich zu diesem Vorhaben. Aber im jiddischen Teil sind im ganzen 24 Zeilen dem palästinensischen Handel gewidmet, deren Inhalt sich kurz in den Satz zusammenfassen läßt: „Der palästinensische Handel macht unter englischer Fürsorge gewaltige Fortschritte, England ist das einzige Land, welches Waren aller Art nach Palästina schickt.“ Im englischen Teil findet sich ein Artikel über die kräftige industrielle Entwicklung Palästinas, der goldene Berge verspricht. „Eine besondere Gesetzgebung zugunsten der Juden wird sie begünstigen in bezug auf Kolonisation und Entwicklung der Landwirtschaft und der Fabrikindustrie.“ (Das steht in krassem Widerspruch zu den Erklärungen der englischen Regierung an die Araber; jeder Versuch, die Juden irgendwie zu bevorzugen, würde über sie eine Katastrophe heraufbeschwören, da dadurch der Haß des ganzen Islam gegen sie wachgerufen würde.) Sir Stuart Samuel erklärt, „Palästina werde unter dem britischen Mandat ein großer und wertvoller Markt für britische Erzeugnisse werden.“ Sonst befaßt sich das ganze Heft nicht mit dem Zukunftsmarkt von Palästina, sondern mit dem viel größeren und wertvolleren Gegenwartsmarkt für englische Erzeugnisse, nämlich den Ostjuden, an deren Gewinnung mit allen Mitteln gearbeitet wird. Die Engländer wissen sehr wohl, daß der Export deutscher Fabrikate und Halbfabrikate nach dem Osten ungefähr zu 95% durch jüdische Händler besorgt wurde. Sogar der Export nach Amerika wurde zu einem großen Teil durch die dorthin ausgewanderten Ostjuden getätigt. Der „Wirtschaftskrieg nach dem Kriege“, der jetzt organisiert werden soll, erfordert es nun, daß diese ausgezeichneten Vermittler dem deutschen Handel abspenstig gemacht und in englischen Dienst gestellt werden. Daran wurde seit Kriegsausbruch sehr energisch gearbeitet, und das „Jewish Journal of Commerce“ ist nur eines, freilich das wirksamste der zu diesem Zweck angewandten Mittel. Die Artikel und Notizen sind darauf berechnet, den gewaltigen Aufschwung der englischen und amerikanischen Industrie und die großen Aussichten, die sich ihnen eröffnen, zu schildern, im Vergleich zu „vollständigem, vernichtendem Zusammenbruch“ (complete devasting collapse) Deutschlands. Ein besonderer Artikel warnt vor den Machenschaften deutscher Fabrikanten. „Allen, die in Deutschland Bestellungen machen, raten wir, sehr vorsichtig zu sein beim Abschluß der Verträge, die den Lieferanten das Recht einräumen, die Preise unter allerlei nichtigeren Vorwänden zu erhöhen.“ In diesem Stil geht es seitenlang. — Eine reichhaltige Annoncen-Abteilung, die zum großen Teil auch in der Form von geschickt abgefaßten informativen Notizen gehalten ist, breitet den ganzen Reichtum der Produktion der angelsächsischen Länder, besonders Großbritanniens, vor dem Leser aus. Man sieht, es ist ein ausgezeichnet organisierter Apparat, der sicher die gewünschte Wirkung nicht verfehlen wird.

Wie oben angedeutet, ist das ganze nur die Fortsetzung und Krönung einer Propaganda, die von Seiten der englischen Regierung gleich zu Beginn des Weltkrieges eingeleitet und mit einem riesigen Aufwand von Kosten und Mühe durchgeführt wurde. Schon September 1914 schickte die Londoner Regierung eine Anzahl von Notabeln vor (in erster Reihe den populären Schriftsteller Israel Zangwill), die in den Augen der neutralen Juden, besonders Amerikas, das blamable Bündnis mit dem Zaren rechtfertigen sollten. Der Krieg wurde als ein Krieg gegen den preußischen Militarismus und die deutsche Barbarei hingestellt, die die Mutter des Antisemitismus in der ganzen Welt sei, die heimlich den Zarismus gefördert und so die Pogrome mitverschuldet habe; England habe die Zusicherung, daß der Zar seinen Juden nach dem Kriege volle Gleichberechtigung gewähren würde, wenn erst der deutsche Militarismus, dieser Hort der Reaktion von ganz Europa, niedergeworfen ist. — Später traten noch andere auf den Plan. In Frankreich richtete Salomon Reinach Aufrufe an die amerikanischen Juden in demselben Sinne. Dann wendete sich das Zentralkonsistorium von Paris in einem offenen Brief an die Juden aller neutralen Länder, legte ihnen dar, daß von Frankreich die Emanzipation der Juden ausgegangen und dort voll verwirklicht worden sei, während in Deutschland, kurz nach dem die Gleichberechtigung der Juden in der Reichsverfassung 1872 festgelegt wurde, der Antisemitismus ausbrach, die ganze Welt ansteckte und in Rußland die Verfolgungen seit 1880 herbeiführte. Insbesondere wurde mit Behagen hervorgehoben, daß in Preußen ausländische Juden nicht naturalisiert werden könnten, daß in manchen Provinzen, wie in Ostpreußen, ganz mittelalterliche Vorschriften gegen sie gehandhabt wurden, daß man von Zeit zu Zeit Razzien gegen sie veranstaltete und Austreibungen vornahm. Dabei berechnete man, daß diese in der deutschen Presse so oft behandelte Gefahr der Ueberflutung Deutschlands durch Ostjuden, für Deutschland offenbar in einem viel geringerem Maße existierte, als für Westeuropa und Amerika. Während nämlich seit 1880 in Deutschland fast gar keine Ostjuden naturalisiert und zum Wohnen kaum 40—50 000 zugelassen wurden, wurden in Frankreich ihrer gegen 35 000 naturalisiert, in England gegen 150 000; nach Amerika sind in diesem Zeitraum ihrer zwei Millionen eingewandert. Immer wieder und wieder wurde an die unsinnige Hetze der deutschen Studenten gegen die russisch-jüdischen Studierenden an deutschen Hochschulen in den Jahren 1913/14 er-

innert. Diese Hetze, der die deutschen Hochschulprofessoren vergeblich entgegentraten, hatte sich nach Oesterreich und der deutschen Schweiz verbreitet, und wäre für die jüdischen Studenten, denen die Pforten der russischen Hochschulen verschlossen waren, eine Katastrophe geworden. Die Hetze hat den Boden vorbereitet, in den nach Kriegsausbruch die Ententepropaganda die Saat des Deutschenhasses streute.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Juden im ganzen Osten, in Rußland sowohl wie in Polen und Rumänien, wegen ihrer deutschfreundlichen Gesinnung viel zu leiden hatten. Obwohl diese deutsche Freundlichkeit rein kultureller und wirtschaftlicher Natur war und niemals ins Politische übergriff. Aehnlich wie etwa die deutschen Schweizer sich kulturell und sprachlich als Deutsche fühlen, und auch mit Vorliebe wirtschaftliche Verbindungen mit Deutschland anknüpfen, aber jeden politischen Zusammenhang schroff zurückweisen. In ganz Osteuropa und darüber hinaus bis nach Sibirien, dem Kaukasus und Vorderasien, waren die Ostjuden stets die eifrigsten Käufer und Leser deutscher Zeitungen und Blätter. Millionen flossen aus dieser Quelle nach Deutschland. Schon allein die in Deutschland mit Vorliebe gepflegte Wissenschaft des Judentums, deren bedeutendste Werke in deutscher Sprache erscheinen, machte das Deutsche den Juden der ganzen Welt, insbesondere den Ostjuden äußerst wertvoll; es war für sie die Sprache der Bildung und Kultur schlechthin. Die große Wichtigkeit dieses Umstandes für die wirtschaftlichen Beziehungen ist natürlich nicht zu ermessen. Die Juden des Ostens hatten, wie gesagt, deswegen viel zu leiden. In den Ententeländern war man längst darauf aufmerksam geworden. Noch kurz vor Kriegsausbruch, am 26. Juni 1914, erschien z. B. im Pariser „Correspondant" ein Artikel vom Fürsten Kotschubey (einem Adjutanten des Zaren) unter dem Titel „Das Problem des Dreibundes". Der Verfasser sagt u. a.: „Auf dem Lande und besonders in den Städten (Rußlands) breitete sich die deutsche Kultur ohne Nebenbuhler zum Schaden der französischen Kultur aus, die nie weiter als bis in die fest abgeschlossenen Kreise der ersten russischen Gesellschaft gedrungen ist. Deutsche Philosophie und Literatur führte sich mehr und mehr in den höheren Schulen ein, ebenso wie die finanziellen und kommerziellen Einrichtungen fast ausschließlich das Erbteil der mehr oder weniger jüdischen Deutschen wurde. Es ist interessant, die Aufmerksamkeit auf die Israeliten zu lenken, die die Rolle des geschichtlichen Vorspanns spielen, was die wirtschaftliche und geistige Eroberung Rußlands durch die Deutschen anbetrifft. Diese Rolle mußte ihnen unausbleiblich zufallen, wenn auch nicht von Rechtes wegen, so doch durch ihre Vorfahren. Die russischen Juden, die aus Deutschland ausgewandert waren, erst in Polen, dann heimlich (?) sich in Rußland ausbreitend, bewahrten ihrem alten deutschen Vaterlande viel Anhänglichkeit, wovon noch heute der charakteristische Beweis der deutsche Dialekt ist, dessen sie sich bedienen. (Uebersetzt in der Schrift von Hans Delbrück „Die Motive und Ziele der russischen Politik", Berlin 1915, S. 21.)

Man fing also, besonders von englischer Seite, an, die Ostjuden förmlich zu umbuhlen und betrieb dies wohlweislich zunächst auf dem Wege über Amerika. Die dortigen Juden waren alle deutschfreundlich gesinnt, aus alter Sympathie für Deutschland und aus Haß gegen den Zarismus. (Das bezeugte sogar Algernon Lee auf einer internationalen Konferenz der Sozialisten neutraler Länder am 2. August 1916 im Haag.) Um so heftiger und energischer setzte die englische Propaganda unter ihnen ein. Von Deutschland aus lieferte man dieser Propaganda den besten Agitationsstoff. Was nützte es, daß Graf Bernstorff seinerseits an die amerikanischen Juden eine Proklamation erließ, in der er versicherte, „die letzten Schranken, die noch in Deutschland sich vor den Juden erheben, würden nach dem Kriege fallen." In Deutschland erhob sich kurz darauf eine neue, gewaltige Judenhetze mit Denunziationen und Verleumdungen, die von der Ententepresse eifrig nach Amerika hinübergebracht und behaglich breitgetreten wurde. Die Regierung hielt es natürlich unter ihrer Würde, ihrerseits eine Propaganda unter den Juden der neutralen Länder zu führen, dagegen leitete sie die famose „Judenzählung" ein, die wie ein Schlag ins Gesicht der Juden wirkte. In Rußland richteten im Frühjahr 1915 die angesehensten Wirtschaftsverbände und die Vertretungen der großen Städte an die Regierung Denkschriften, welche die sofortige Aufhebung aller Ausnahmegesetze gegen die Juden forderten, den evakuierten Juden aus den Randprovinzen öffneten die großen Städte ihre Thore und luden sie gastfreundlich ein; anfangs Juni 1915 brachten fast alle russischen Blätter einen Aufruf, unterzeichnet von mehr als 200 der besten Männer des Landes aus allen Gebieten des praktischen Lebens, der Wissenschaft, Kunst, Politik und Literatur, der die volle Emanzipation der Juden forderte. In Deutschland wurde um dieselbe Zeit eine gewaltige Agitation entfaltet, um die „Ostjudengefahr" abzuwenden; da man sicher war, große Gebiete Westrußlands zu annektieren, so forderte man die Einführung des russischen Ansiedlungsrayons für die Juden, nur mit der Grenze im Westen! Eine Flut von gehässigen Broschüren und Zeitungsartikeln erschien, die der antisemitischen Literatur aus den neunziger Jahren nicht nachstanden, und über deren Inhalt die englische Presse in Amerika mit Wonne berichtete. „Seht, was Euch erwartet, wenn Deutschland siegt," sagte man zu den Juden. Sogleich nach dem Sturz des Zarismus wußte alle Welt, daß der erste Protagonist der russischen Revolution der englische Botschafter in Petersburg, Buchanan, gewesen war. Er hatte den Zaren stürzen helfen, weil dieser auf dem Punkte stand, mit Deutschland einen Sonderfrieden zu schließen; den Juden aber sagte man, England hat Euren erbarmungslosesten Würger gestürzt, während Deutschland ihm die Macht erhalten wollte. Gleichzeitig fing man in England und Amerika an, im halbamtlichen Auftrage eine Anzahl jüdischer Missionen nach Rußland zu entsenden. Diese nach England und Amerika ausgewanderten Ostjuden waren ja, mit ihrer ausgezeichneten Kenntnis der russischen Märkte und ihren zahlreichen Beziehungen zur alten Heimat, die geborenen Agenten und Pioniere des angelsächsischen Handels im ganzen europäischen und asiatischen Rußland! Die ihnen gewährte Gastfreundschaft hat sich also reichlich

gelohnt, sie werden die genossenen Wohltaten hundertfach heimzahlen.

Die Deutschen fuhren indessen fort, daheim eine intensive Judenhetze zuzulassen, in den besetzten Gebieten drangsalierte man die Juden nach Kräften, stiftete Zwietracht zwischen ihnen und der christlichen Bevölkerung; aus Oberost transportierte man sie sogar massenweise nach — Amerika. Es ist leicht zu ermessen, daß diese abtransportierten Juden in Amerika unter ihren Landsleuten keine Lobhymnen auf die deutsche Regierung sangen. Was Wunder, daß die Stimmung der amerikanischen Juden, zumal, nachdem die Vereinigten Staaten mit ganzer Wucht in den Krieg eintraten, vollständig umschlug? Und daß dieser Wandel der Gesinnung sich den Juden in ganz Osteuropa mitteilte? Jetzt nehmen die Engländer auch den Zionismus in ihre Dienste. Balfour hatte die Phantasie der Juden aufgepeitscht, indem er ihnen ein National Home in Palästina versprach. Großbritannien erschien nun als der mächtigste Protektor und Erlöser der gesamten unterdrückten und verfolgten Juden der ganzen Welt. Mit riesigem Kostenaufwand waren in London, Stockholm und Kopenhagen, dem Haag, Zürich, Preßbüros gegründet worden, von wo aus eine unübersehbare Flut von Broschüren, Flugblättern, Bulletins in allen Sprachen sich über die Juden der ganzen Welt ergoß, mit allen möglichen Mitteln ihre Meinung gewaltig bearbeitete und ihnen die Ueberzeugung beibrachte, das Heil ganz Israels hänge davon ab, daß England das Mandat über Palästina übernahm, dort eine „nationale Heimstätte für das jüdische Volk errichte“, und daß in den Golusländern den Juden Minderheitsrechte und nationale Autonomie gewährt würde, die sämtlich unter dem Schutz des Völkerbundes, d. h. Englands stehen sollen. Es machte einen geradezu jammervollen, lächerlichen Eindruck, als im Frühjahr 1918 in Berlin ein „Pro-Palästina-Komitee“ gebildet wurde, in welchem bekannte Antisemiten, wie Graf Westarp und Prof. Hoetsch saßen und das den Juden einen eigenen Staat für 6 Millionen Einwohner in Palästina versprach. — Anderthalb Jahre nach der Balfourschen Deklaration, nachdem Palästina sich längst in englischen Händen befand! Mit Hohn und Spott nahmen das die obgedachten Preßbüros auf. Die Absicht, post festum die Gunst der Juden zu kaptiviren, war viel zu durchsichtig.

So wurde in Deutschland bis zum Zusammenbruch emsig daran gearbeitet, es den Engländern leicht zu machen, die Ostjuden für den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland zu gewinnen. Was seit dem Zusammenbruch an antisemitischer Hetze in Deutschland geleistet wird, bietet wiederum den Engländern das denkbar wertvollste Material für ihre gegen Deutschland gerichtete Handelspropaganda unter den Ostjuden. Mit was für wirksamen Mitteln diese Propaganda betrieben wird, haben wir gesehen. Es erhebt sich nun die Frage: Wenn schon die amtlichen Kreise Deutschlands nichts dagegen unternehmen wollen, sollen die wirtschaftlich interessierten Kreise ebenfalls müßig die Hände in den Schoß legen und nichts tun, um dieser Propaganda entgegenzuwirken?

Verax.

2. Wahlausfall und Antisemitismus.

(Eine Auseinandersetzung im Deutschnationalen Lager.)

In den von Pfarrer D. Traub begründeten „Eisernen Blättern“ schreibt der gegenwärtige Herausgeber Dr. Ulrich Kahrstedt unter dem Titel „Kritik“ das Folgende:

„Wir stehen vor zwei Tatsachen; erstens hat die Deutsche Volkspartei überhaupt im Reichsdurchschnitt bessere Geschäfte gemacht, als die Deutschnationalen; zweitens haben die letzteren in Wahlbezirken, in denen die städtische Intelligenz den Ausschlag gibt, zum Teil sogar absolut verloren. Hier sind die Wähler nicht nur von links, sondern auch von rechts der Schwesterpartei zugelaufen.

Beide Erscheinungen sind durch eine Tatsache zu erklären. Was war der in die Augen fallende Unterschied zwischen den beiden sonst so eng miteinander verwandten Parteien? Das Bekenntnis zu Preußen und dem föderativen Prinzip, das hier offen und frei, dort nur mit Vorbehalten und verklausuliert vorliegt? Nein, von diesen Dingen ist in dem ganzen Wahlkampf eigentlich mit keinem Wort die Rede gewesen. Das graduell verschiedene Bekenntnis zur Monarchie? Auch von dieser Frage haben die Wähler kein Wort zu hören bekommen. Oder die Belastung mit dem Kapp-Putsch? Dieser trifft beide Parteien gleichmäßig stark oder vielmehr schwach. Auch haben gerade hier die Linksparteien es ständig den Wählern eingehämmert, daß kein Unterschied zwischen den beiden rechtsstehenden Gruppen vorhanden sei. Der einzige Unterschied, der den Wählern zum Bewußtsein gekommen ist, ist die Stellungnahme zu der Judenfrage, nicht die amtliche der Parteileitungen, denn hier ist eigentlich kein Unterschied, aber im Verhalten der Parteiangehörigen bei der Propaganda im Lande. Hier hat sich bei den Deutschnationalen vielerorts ein scharfer Antisemitismus breitgemacht, der bei der Deutschen Volkspartei gefehlt hat. Es ist unmethodisch und unlogisch, den Zusammenhang zu leugnen zwischen dem besseren Erfolg der Deutschen Volkspartei und dem einzigen in die Augen der Wähler springenden Unterschied zwischen beiden Parteien. Wenn ein Unterschied da ist und der Erfolg ist so verschieden, dann wird dieser Unterschied wohl an dem Erfolg schuld sein.

Und das wird bestätigt durch die angeführte Einzelbeobachtung in Berlin und anderen großen Städten. Es liegt hier offenbar etwas vor, das die gebildeten Elemente kopfscheu macht, ohne die Arbeiter zu gewinnen. Auch das kann nur der Antisemitismus in der Form der deutschvölkischen Bünde aller Art sein. Sonst ist beim besten Willen kein Grund zu erkennen. Der tosende Beifall, der durch judenfeindliche Aeußerungen in Versammlungen erzielt wird, darf darüber nicht hinwegtäuschen: die Partei hat sich, wo die lokalen Stellen in Händen von Deutschvölkischen waren oder diese gewähren ließen, nicht nur die engen Kreise der Intelligenz vergrault — das wäre unter einem demokratischen Wahlrecht ziffernmäßig zu ertragen, wenn auch die Gewinnung von Führern genau so wichtig ist wie die von Wählermassen — sondern sie hat sich die anständigen Elemente im Bürgertum, die es mit Reinlichkeit und Ordnung ernst nehmen, in solchen Massen abspenstig gemacht, daß auch der Griff in die dichtbevölkerten Industrieviertel die Zahl nicht immer wettmachen konnte.

Antisemitismus ist gut und nötig, aber was wir jetzt erlebt haben an Bilderbogen und Graulgeschichten (die Sünde wider das Blut, die Weisen von Zion) übersteigt das erträgliche Maß. Die Ansicht, die auch solche geteilt haben, die an sich gegen eine solche Propaganda waren, daß man hierdurch ein Mehr an Stimmen erhielte und die unerfreulichen Formen seufzend in Kauf nahmen, ist falsch gewesen, die Aussichten, daß die Deutschvölkischen Massen von Wählern der Partei zuführen können, sind zerronnen, es gilt, das offen auszusprechen und die Folgerungen daraus zu ziehen. Die Partei darf die Deutschvölkischen nicht mehr so frei gewähren lassen wie bisher, die Grundsätze, die sehr verständig von der Zentrale aufgestellt sind, müssen auch im Lande besser Beachtung finden, die Ortsgruppen dürfen nicht mehr in den Deutschvölkischen ihren wirksamsten Stoßtrupp sehen. Der Einschlag, den die letzteren geben, soll bestehen bleiben, aber damit genug, es muß aufhören, daß Flugschriften deutschvölkischer Organisationen, die mit der amtlichen Partei nichts zu tun haben, von lokalen Stellen der letzteren verbreitet werden, die Ansicht, daß die deutschvölkischen Kreise als eigene Gruppe in der Partei besonders berücksichtigt werden müßten, daß man ihre Anschauungen als ein berechtigtes Interesse anerkennt, wie etwa das der Arbeiterschaft, der Landwirte, der Beamten o. ä. muß mit allen Mitteln bekämpft werden.

Der Antisemitismus als Weltanschauung ist nicht mehr parteibildend, ist kein Faktor mehr, der die Geschichte maßgebend bestimmt, er soll ein Stückchen des Parteiprogramms sein, aber nicht mehr. Er bringt keine Massen in dies oder jenes Lager und ist danach einzuschätzen."

Darauf erwidert der Abgeordnete von Graefe dieses:

„Wenn Herr Dr. Kahrstedt keine besseren Beispiele für seine mir äußerst bedenklich erscheinende Theorie als Beweis anzuführen vermag, als diese durch viel natürlichere Gründe zu erklärenden, so wird er auf alle diejenigen, die eine klare, wenn auch keineswegs gehässige Frontstellung gegen die Gefahren der Verjudung unseres deutschen Volkstumes als eine Voraussetzung wirklich deutschnationaler Politik erkennen, wenig überzeugend wirken, wohl aber, wenn auch ungewollt, die alte sentimentale Gutmütigkeit des deutschen Michels gegenüber der jüdischen Rücksichtslosigkeit von neuem heraufbeschwören zur stillen Freude der Gefolgschaft des „Berliner Tageblattes".

Gewiß widerspreche ich ihm nicht, wenn er sagt, daß der Antisemitismus als Weltanschauung an sich nicht „parteibildend" sei; kein verständiger Mensch hat jemals von der Deutschnationalen Volkspartei erwartet, daß der Antisemitismus die Grundlage ihres Programms sein sollte; aber eine Grundlage neben anderen muß für sie der deutschvölkische Gedanke sein — wenn Dr. Kahrstedt es nur ein „Stückchen des Parteiprogramms" nennt, so klingt mir das gerade im Zusammenhang seiner Ausführungen reichlich schüchtern gegenüber dem dreisten Ton der Judenpresse; — gewiß sollen und müssen alle geschmacklosen Hetzereien in den eigenen Kreisen, wenn sie vereinzelt vorkommen, mit der Zeit aberzogen werden; aber man darf sie m. E. nicht in so irriger Beweisführung verantwortlich machen für Dinge, die eine viel natürlichere Erklärung in anderen Zusammenhängen finden. Denn dessen kann Herr Dr. Kahrstedt gewiß sein, daß in weitesten Kreisen des deutschen Volkes, und zwar nicht nur in den „breiten Massen", sondern gerade auch in der „Intelligenz" das zunehmende Vertrauen zur Deutschnationalen Volkspartei sich gerade in hervorragendem Maße gründet auf die Zuverlässigkeit ihres deutschvölkischen ehrlichen Mutes gegenüber der gewaltigen Macht der jüdischen Presse und des jüdischen Kapitals. An diesem Vertrauen sollte man m. E. nicht rütteln."

Diesen Zeilen Graefes, der ja als ständiger Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung" einer unserer schärfsten Gegner ist, setzt der Herausgeber Dr. Kahrstedt folgende beachtenswerte Einführung voran:

„Mein Aufsatz „Kritik" in Nr. 50 dieser Zeitschrift hat mir einen Strom von Artikeln und einen Ozean von Briefen eingetragen. Die meisten sind, wie ich offen zugebe, ablehnend, und zwar in allen Schattierungen, von der väterlichen Ermahnung bis zum Beleidigungsparagraphen des Str.-G.-B. Die Freude, die ein Autor und ein Herausgeber empfindet, wenn seine Arbeit große Beachtung für und wider findet, ist aber nicht ungetrübt. Es ist doch beängstigend, daß ausgerechnet die Judenfrage alle möglichen Menschen in Wallung bringt und ihnen die Feder in die Hand drückt, die bei Aufsätzen über die auswärtige Politik oder große Wirtschaftsfragen keinen Anlaß finden, sich zu äußern. Ich nehme an, daß Clemenceau solche deutschen Preßfehden nicht verfolgt, sonst hätte er eine Freude und eine Beruhigung mehr: solange sich die Deutschen vor allem für das Judenproblem interessieren, sind sie für die Macht Frankreichs am Rhein ungefährlich.

Es ist Pflicht eines anständigen Autors und Herausgebers, die Gegenansicht dem gleichen Leserkreis zugänglich zu machen, der den eigenen Aufsatz gelesen hat. Ich greife daher aus der Menge der Entgegnungen eine heraus und gebe einem guten Freunde und, abgesehen von diesem Punkt, engsten Gesinnungsgenossen gern das Wort."

Aus alledem geht für uns das eine deutlich hervor: Daß sich die Deutschnationale Volkspartei zu einem Standpunkt gegenüber der Judenfrage in absehbarer Zeit durchringen wird, wie ihn etwa Friedrich v. Oppeln-Bronikowski in seiner Broschüre: Antisemitismus? vertritt, ist nicht zu erwarten. Ja selbst die gemäßigte antisemitische Anschauung des Herausgebers der „Eisernen Blätter", Dr. U. Kahrstedt, die wir schon bedauerlich finden müssen, wird von der Mehrzahl der Leser ersichtlich abgelehnt, wobei nicht vergessen werden darf, daß der Leserkreis der „Eisernen Blätter" sich fast ausschließlich aus den Reihen der deutschnationalen Intelligenz zusammensetzt.

Wir haben also damit zu rechnen, daß die Deutschnationale Volkspartei den schrankenlosen Antisemitismus eines Wulle, Ruge, Kuntze weiter betreiben und daß sie hinter den Kulissen auch die radauantisemitische Propaganda, wie im Falle Kuntze und Förster ja nachgewiesen (siehe Kroschel: Das deutschnationale Gewissen) moralisch wie finanziell unterstützen wird. Daß diese Partei unter dieser deutschvölkischen Führung unser ärgster Feind damit bleibt, ist klar. Für alle Auswüchse des Antisemitismus und für alle Ausschreitungen hat vor allem sie die Mitverantwortung zu tragen.

* * *

Die Frage „Antisemitismus und deutschnationale Volkspartei" sowie der oben wiedergegebene Aufsatz des Dr. Ulrich Karstedt hat, wie vorauszusehen war, weitere und bedeutungsvolle Kreise gezogen. Der frühere Landrat von Hertzberg-Lottin veröffentlichte in der „Deutschen Zeitung" vom 21. Juli 1920 (Nr. 233) einen Aufsatz, überschrieben: „Reichsparteien und deutsches Volkstum" (auch abgedruckt in den „Deutschvölkischen Blättern" Nr. 30), den wir in folgendem wiedergeben. Wir glauben bestimmt, daß dieser Aufsatz ebenfalls ein verschiedenfaches Echo erwecken wird und verweisen insbesondere auf die (von uns fettgedruckte) Stelle aus den Rundschreiben Nr. 3 und 6 der Deutschnationalen Volkspartei vom Mai d. J. Der Artikel hat folgenden Wortlaut:

„Reichsparteien und deutsches Volkstum.

Vom Kgl. Landrat von Hertzberg-Berlin.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts" vom 30. Mai 1920 (vergl. „Deutsche Zeitung", Nr. 253, Beilage vom 9. Juni) hat der Hauptvorstand der Deutschen Volkspartei vertraulich den Standpunkt der Partei zur Judenfrage dahin festgelegt, die Partei trage keinen antisemitischen Charakter. Befragt, warum dieser vertrauliche Beschluß geheim gehalten werde, soll Herr Dr. Stresemann erklärt haben, der taktische Augenblick für die Veröffentlichung sei noch nicht gegeben; doch wäre die Bekanntgabe sehr erleichtert worden, wenn die deutschen Juden sich öffentlich zur Partei bekennten, wenn sie in besonderer Entschließung sich von den mit den Linksparteien zusammengehenden Juden lossagen würden.

In Kenntnis dieser parteiamtlichen Stellungnahme haben wohl viele deutsche Juden ihren Uebertritt aus der deutschdemokratischen zur Volkspartei vollzogen. Ob das der Partei zum Segen gereichen wird, bleibe vorläufig dahingestellt; wir glauben es nicht, und zwar umso weniger, als gerade führende Männer wie Dr. Mittelmann und Schulrat Schepp im Wahlkampf sich ganz entschieden auf den deutschvölkischen Standpunkt gestellt haben, daß das Judentum der Feind des deutschen Volkstums ist.

Unklar ist auch heute noch der Standpunkt der Deutschnationalen Volkspartei in dieser Frage. Sie sagt in Nr. 11 ihrer Grundsätze über Volkstum:

„Nur ein starkes deutsches Volkstum, das Art und Wesen bewußt wahrt, und sich von fremdem Einfluß frei hält, kann die zuverlässige Grundlage eines starken deutschen Staates sein. Deshalb kämpfen wir gegen jeden zersetzenden, undeutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen. Wir wenden uns nachdrücklich gegen die seit der Revolution immer verhängnisvoller hervortretende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Oeffentlichkeit. Der Zustrom Fremdstämmiger über unsere Grenzen ist zu unterbinden."

Viele der Redner, die in der Wahlschlacht für diese Partei eintraten, haben sich zum Glück an diese doch eng umschriebenen Leitsätze nicht gehalten, sondern ebenso wie Dr. Mittelmann u. a. das Judentum offen als den eigentlichen Feind des deutschen Volkstums bezeichnet.

Nach Auffassung der deutschvölkischen Kreise hat die Partei ihren starken Zulauf fast ausschließlich der Aufklärung des Volkes über die deutschvölkischen Belange zu verdanken; und da berührt es diese Kreise eigenartig, daß in Berlin jetzt verbreitet wird, die Parteileitung sei der Ansicht, sie würde ohne die Mitarbeit der deutschvölkischen Kreise wohl 15 Sitze mehr erobert haben.

Noch erstaunlicher aber ist die Kritik, die Herr Dr. Ulrich Karstedt in Nr. 50 der „Eisernen Blätter" zu fällen beliebt.

Er geht davon aus, die Deutsche Volkspartei habe im Reichsdurchschnitt „bessere Geschäfte" gemacht, als die Deutschnationalen; auch hätten diese an jene große Teile der „Intelligenz" verloren. Den Grund findet er darin, daß draußen im Lande die Redner zu scharf den Antisemitismus betont und dadurch die anständigen Elemente im Bürgertum, die es mit Reinlichkeit und Ordnung ernst nähmen, der Partei abspenstig gemacht hätten.

Wir glauben nicht fehlzugehen, daß die Schriftleitung der „Eisernen Blätter" diesen Aufsatz vor der Veröffentlichung nicht gelesen hat, daß sie jetzt selbst erschrocken ist, solche Ausführungen, die ein Schlag ins Gesicht aller Deutschvölkischen sind, gebracht zu haben, und wir dürfen wohl erwarten, daß die „Eisernen Blätter" von sich aus den Deutschvölkischen Genugtuung verschaffen.

Herr Dr. Karstedt meint weiter, Antisemitismus sei gut und nötig, aber was wir jetzt erlebt hätten an Bilderbogen (damit sollen wohl die Charakterköpfe der jüdischen Staatslenker Eisner, Hirsch, Gradnauer usw. getroffen werden) und Graulgeschichten (die Sünde wider das Blut, die Weisen von Zion), übersteige das erträgliche Maß. Die Partei dürfe die Deutschvölkischen nicht mehr so frei gewähren lassen wie bisher, die Grundsätze, die sehr verständig von der Zentrale aufgestellt seien, müßten auch im Lande besser Beachtung finden; die Ansicht, daß die Deutschvölkischen als eigene Gruppe in der Partei besonders berücksichtigt werden müßten, müsse mit allen Mitteln bekämpft werden.

Wir wollen mit Herrn Dr. Karstedt nicht rechten; ihm ist anscheinend der Geist, der in den deutschvölkischen Kreisen lebt, der sie zum Kampf für das deutsche Volkstum treibt, wesensfremd; wir möchten ihm nur raten, bevor er wieder zur Feder greift, sich zunächst ein Privatissimum durch die Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei geben zu lassen. Zur aufrichtigen Genugtuung aller Deutschvölkischen hat die Partei sich jetzt zu deren Auffassung bekannt; sie sagt unter Nr. 3 eines Rundschreibens vom Mai d. J.: **„Wir halten es im Gegensatz zur D. V. P. für unsere Pflicht, beim Kampf für den deutschvölkischen Gedanken das Judentum offen als den Feind des deutschen Volkstums zu bezeichnen"**, und in Nr. 6, Abs. 2, **die antisemitische Haltung sei der Partei Gewissenspflicht**

Das ist ein freimütiges Bekenntnis zum deutschen Volkstum, so wie es die Deutschvölkischen immer von der Partei zu hören wünschten. Und dieses Bekenntnis gibt den Deutschvölkischen die Gewißheit, daß die Ausstreuungen, nach Ansicht der Leitung habe der Partei die Hilfe der Deutschvölkischen geschadet, eine der beliebten, jüdischen Irreführungen sind, gibt ihnen Grund zur Freude über die Anerkennung ihrer Leistung, zu der Erwartung, daß der deutschvölkische Geist immer mehr Einfluß auf die Partei und in ihr gewinnen wird."

3. Northcliffe und Stinnes.

Der „Vorwärts" vom 23. Juli (Nr. 367) bringt folgenden Aufsatz, der deshalb besonders bemerkenswert ist, weil er zeigt, daß die nationalistisch-antisemitische Welle nach dem Kriege auch England tüchtig bespült. Er beweist ferner die internationalen Zusammenhänge des Antisemitismus und schließlich widerlegt er schlagend, was immer noch von antisemitischer Seite behauptet wird, daß Northcliffe Jude ist; aus den Angaben geht mit Sicherheit hervor, daß Northcliffe antisemitischer Richtung nicht fernsteht. Der Artikel lautet:

Northcliffe und Stinnes.

Man schreibt uns:

Quousque tandem? Wie lange, so fragt man sich, wird sich das englische Volk den unheilvollen Einfluß gefallen lassen, den Lord Northcliffe durch seine Kette von Zeitungen auf die öffentliche Meinung ausübt? Weiß der englische Leser denn nicht, daß das Gift und der Haß, der durch eine Unzahl von Blättern ihm täglich zugetragen wird, dem Geist und Befehl eines einzelnen Mannes entspringt? Wenn man die „Kriegsschuldigen" vor ein unparteiisches Weltgericht stellen könnte, so würde dieser Kriegshetzer einen führenden Platz auf der Anklagebank finden. Seit einiger Zeit hat sich dieser Apostel der christlichen Liebe nun auf die für einen Engländer neue Bahn des Antisemitismus begeben. Wo immer die von ihm abhängigen Blätter in englischen oder amerikanischen Kreisen eine Geneigtheit wittern, die Schärfen des Versailler Friedens zu mildern, oder sich kommerziell oder finanziell in Zentraleuropa zu betätigen, wird sofort der Versuch gemacht, den unbequemen Gegner durch den Schrei vom „semitischen Einfluß" einzuschüchtern. Für den Geisteskundigen ist dies ein erfreuliches Zeichen; denn es bedeutet, daß die Deutschen-Haß-Politik Lord Northcliffes vor dem Zusammenbruch steht. Die Judenhetze ist seit Jahrhunderten immer das untrügliche Zeichen innerer Vermorschung eines vor dem Zusammenbruch stehenden Volkes gewesen, die beliebteste und billigste Diversion vor dem Fall stehender Politiker. Das hat sich seit dem Mittelalter erhalten, durch Spanien und Rußland bis auf den heutigen Tag.

Es ist nicht uninteressant zu beobachten, daß wir in Deutschland einer ähnlichen Situation zusteuern wie die Engländer. Man weiß nicht genau, wie viele deutsche Zeitungen heute schon im Besitz oder im Solde des Herrn Stinnes stehen, eines Mannes, der sich im Kriege und nach dem Zusammenbruch ein Vermögen von vielen Millionen angesammelt hat. Darin liegt eine ungeheure Gefahr; denn es ist klar, daß die Richtlinien all dieser Blätter gegeben werden durch die Interessen dieses, wie man sagt, größten deutschen Schwerindustriellen. Vertritt seine ganze Presse den deutschen Standpunkt, wenn sie Stinnes Ansicht verteidigt, daß es besser gewesen sei, das Ruhrgebiet besetzen zu lassen, als nachzugeben? Wäre damit nicht Frankreich die ersehnte Möglichkeit gegeben worden, seinen Plan, Nord- und Süddeutschland zu trennen, zur Ausführung zu bringen? Die großen rheinischen Anlagen des Herrn Stinnes würden allerdings im Schutze Frankreichs wahrscheinlich noch besser prosperiert haben als unter der Sorge der deutschen Republik.

Höchst bezeichnend aber ist es, daß der Alldeutsche und Verfechter des U-Boot-Krieges Stinnes auf die gleichen Methoden verfällt, wie sein Bruder, der Allengländer Northcliffe. Als vor einer Woche etwa der Sekretär für Indien, Mr. Montagu, in der General-Dyer-Debatte (Amritsa-Greuel) einen Northcliffe unbequemen — gegen die ausgeübten Greuel gerichteten — Standpunkt einnahm, schrieb eine seiner Zeitungen am nächsten Morgen, Mr. Montagu, ein Jude, habe die östliche Psychologie zum Ausdruck gebracht im Gegensatz zur westlichen Auffassung seiner angelsächsischen Gegner. Herr Stinnes sagte in seinem Brief an den Steiger Bernhard:

„. . . Wenn Sie ohne Wissen oder gegen besseres Wissen Zwietracht und Mißtrauen zwischen den Arbeitern und Werksvertretern im Kohlenbergbau stiften wollen, so werden Sie lediglich die Geschäfte unserer gemeinsamen Bedrücker betreiben und erreichen, daß die Angehörigen des rheinisch-westfälischen Bergbaues zum Schaden unseres Vaterlandes für das Ausland in den nächsten Jahren Sklavenarbeit werden leisten müssen. Sie werden dann einen Schaden stiften, wie eine Anzahl Vertreter in Spa, die aus einer fremdländischen Psyche heraus den deutschen Widerstand gegen unwürdige Zumutungen gebrochen haben."

Die Aehnlichkeit dieser Kampfesweise ist auffallend; obgleich es fast grotesk ist, daß der Alldeutsche und der Allengländer, beide dieselben Männer, dieselben Windmühlen angreifen.

Das deutsche Volk wird sich selbst ein Urteil darüber bilden, ob es Herrn Stinnes als den Typus des Ideals angesessenen Deutschtums gelten lassen will, oder ob es denjenigen seinen Glauben schenken und Folge leisten will, die in schweren Stunden ihr Bestes gaben. Und der Gedanke mag manchem die Wahl erleichtern, daß unter den Sachverständigen, die einer Preisgabe des Ruhrgebiets sich widersetzten, nicht nur sogenannte „fremdländische" Herren sich befanden, und daß das Kabinett, bei dem die endgültige Entscheidung lag, von „fremdländischen" Stimmen völlig frei war.

4. Die Wahrheit über die jüdische Religion und Moral.

Unter diesem Titel hat „Der Reichsbote" in seinen Nummern 187 und 188 im Verlauf einer Korrespondenz einen offenen Brief des Professors Dr. Langemann in Göttingen an den Amtsgerichtsrat Otto Stern in Essen gebracht, in dem heftige Angriffe gegen das jüdische Schrifttum gerichtet werden. Amtsgerichtsrat Stern hat darauf vor kurzem eine ausführliche Erwiderung an den Reichsboten gesandt, die wir, da sie Material gegen ähnliche Angriffe enthält, in folgendem veröffentlichen:

„Offener Brief des Amtsgerichtsrates Otto Stern in Essen an den Professor Dr. Otto Langemann in Göttingen.

Sehr geehrter Herr Professor!

Sie erklären sich in ihrem Briefe freundlichst bereit, auf meinen Wunsch mir die Stelle des Talmud anzugeben, in welcher die nicht jüdischen Völker von den Juden als Vieh bezeichnet werden. Aber schon ehe Sie diese Stelle bezeichnen, weisen Sie die in meinem Briefe an die Schriftleitung des „Reichsboten" vom 28. 4. 20 ausgesprochene Vermutung einer falschen Auslegung mit dem Bemerken zurück, daß eine Fülle derartiger Belegstellen in den rabbinischen Schriften zu finden ist. Das heißt doch wohl mit andern Worten: Falls ich wirklich diese Stelle unrichtig ausgelegt haben sollte, so muß ich darauf bestehen, daß mir auch für alle andern von mir angeführten Stellen eine unrichtige Auslegung nachgewiesen wird. Ich bedaure sehr, diesem Verlangen nicht nachkommen zu können; denn ich möchte nicht die Geduld der Leser erschöpfen, noch weniger aber mir den Unwillen der Schriftleitung zuziehen, wenn ich ihre kostbare Zeit und ihr teures Zeitungspapier übermäßig in Anspruch nehme. — Noch einen andern Einwand weisen Sie zurück, ehe sie zur Bezeichnung der Ihrer Meinung nach beweiskräftigen Talmudstellen kommen. Sie behaupten, daß nach den Lehren des Talmud die Worte aller Rabbiner aller Zeiten von den Juden als göttlichen Ursprunges und als wahr und bindend zu betrachten sind, selbst dann, wenn sie sich gegenseitig widersprechen. Hierzu bemerke ich, daß ich einen solchen Einwand in meinem Schreiben vom 28. 4. 20 überhaupt nicht erhoben habe. Aus dem sehr einfachen Grunde, weil ich ihn überhaupt nicht erheben kann, denn im ganzen Talmud gibt es nur eine einzige Stelle, die in dem von Ihnen mißverstandenen Sinne (daß die nichtjüdischen Völker als Vieh bezeichnet werden) gedeutet werden könnte. Da es nur eine einzige Stelle im Talmud gibt, die Sie Herr Professor heranziehen könnten, so kann auch von einem Widerspruche zu dieser Stelle an andern Stellen gar keine Rede sein, und der vorweggenommene von mir gar nicht erhobene Einwand ist vollkommen haltlos. Ich mußte in meinem ersten Schreiben annehmen, daß Sie, sehr geehrter Herr Professor, nach Ihrer mit so großer Sicherheit ausgesprochenen Behauptung den Talmud im Urtexte gelesen haben. Deshalb allein sprach ich von einer vermutlich nicht richtigen Auslegung der betreffenden Stelle. Nachdem Sie aber in Ihrem offenen Briefe an mich behaupten, daß nach den Lehren des Talmud die Worte aller Lehrer und aller Zeiten von den Juden als göttlichen Ursprunges und als wahr und bindend zu betrachten sind, erkenne ich meinen Irrtum. Sie haben niemals den Talmud im Urtexte gelesen, sondern Ihre Kenntnis aus antisemitischen Schriften geschöpft, ohne die Angaben der wenig gewissenhaften Verfasser nachzuprüfen. Solche Behauptungen antisemitischer Schriftsteller sind unzählige Male nicht nur von jüdischer, sondern von christlicher Seite ausführlich widerlegt und richtiggestellt worden. Insbesondere sind die von Ihnen angeführten angeblich im Schulchan Aruch enthaltenen Gesetze Phantasiegebilde eines gewissen Juden Aron Briman, der sich nach seiner Taufe Dr. Justus nannte und den „Judenspiegel" schrieb. In diesem Buche, dessen Verfasser wegen Urkundenfälschung zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt wurde, haben Sie, sehr geehrter Herr Professor, wie ich annehme, in gutem Glauben Ihre Belegstellen gefunden, obwohl ich es sonderbar finde, daß Sie in einer so verbreiteten Zeitung, wie der „Reichsbote" die Wahrheit über die jüdische Religion und Moral veröffentlichen, ohne das Ihnen zu Gebote stehende Material daraufhin zu prüfen oder alles was Ihnen zugänglich ist, herbeizuschaffen. Dazu würden z. B. die Schriften der beiden berühmten auf streng gläubigem christlichen Standpunkt stehenden Professoren der evangelischen Theologie Franz Delitzsch und Strack gehören, die als gründliche Kenner des hebräischen Urtextes der Bibel und des Urtextes des Talmud jene Beschuldigungen als haltlos und ihre Urheber als Fälscher erwiesen haben. Oder wollen Sie sehr geehrter Herr Professor, diese berühmten Gelehrten, weil Sie nicht Ihre Behauptungen unterstützen können, gleich den nichtjüdischen Verbrechern im Ruhrgebiet als raubgierige, gekaufte Verbrecher oder wahnwitzige Ideologen bezeichnen? (Nummer 188 des „Reichsboten" S. 2, Sp. 1, Z. 21/22 v. o.). Im übrigen, sehr geehrter Herr Professor, weshalb nennen Sie nicht die Quelle, aus der Sie Ihre Talmudkenntnisse geschöpft haben? Es war doch zu allen Zeiten eine schöne Sitte der deutschen Gelehrten, möglichst viele Quellen in ihren gelehrten Werken anzugeben. Weshalb sind Sie, der Sie sich mit so schönem Bekennermute als Wahrheitssucher bezeichnen, von dieser schönen deutschen Gelehrtensitte abgewichen? Sollten Sie vielleicht die Befürchtung hegen, daß einigen Gliedern Ihrer großen Lesergemeinde die Unlauterkeit Ihrer Quelle bekannt sein könnte? Ihre schamhafte Verschweigung ist um so auffälliger, als Sie doch für andere Ergebnisse der „Wahrheit über die jüdische Religion und Moral" auf die ich noch kurz eingehen werde, die Quellen sorgfältig verzeichnen, während Sie gerade hier Ihre Leser in dem frommen Glauben lassen, Sie hätten selbst diesen Teil der Ergebnisse aus dem Talmud im Urtexte geschöpft.

Da Ihre Belegstellen aus dem Talmud wie oben bemerkt, so dürftig sind, brauche ich ja die Geduld der Schriftleitung und der Leser nicht lange in Anspruch zu nehmen. Sie behaupten also, Herr Professor, daß im Traktat Babamezia 114 zu lesen ist: Rabbi Simon, Sohn des Jochai spricht: Die Gräber der Gojim oder Heiden verunreinigen nicht, dieweil gesagt wird, Ihr nur, meine Schafe, Schafe meiner Weide, Ihr seid Menschen, Ihr werdet Menschen genannt; die Völker der Welt aber werden nicht Menschen, sondern Vieh geheißen". Wie verhält es sich nun mit dieser Stelle in Wirklichkeit? Sie lautet wörtlich: „Rabbi Simon, Sohn des Jochai lehrt: die Gräber der Heiden machen nicht unrein im Sinne der bestehenden Reinigungsschriften Kultisch, denn es heißt, Ezechiel (34. 31)! Ihr aber meine Schafe, Schafe meiner Weide, Ihr seid Menschen (hebräisch Adam) das bedeutet, auf Euch wird das Wort Mensch (Adam) angewendet, aber nicht wird auf die Völker der Welt die Bezeichnung Adam angewendet." Der Lehrer Rabbi Simon (um 150 n. Chr.) untersucht die Frage, ob eine religions-

gesetzliche Verunreinigung stattfindet, wenn man sich mit einer Leiche zusammen unter einem Dach befindet. Nach der Vorschrift des vierten Buches Moses 19, 14, die mit den Worten beginnt: „Wenn ein Adam (Mensch) stirbt in einem Zelte", dabei leitete ihn das Bestreben diese Vorschrift, nach welcher die sogenannten Reinigungsopfer nach geschehener Verunreinigung geboten waren, möglichst einzuschränken. Aus diesem Bestreben führte er den Prophetenausspruch des Ezechiel an, in welchem im Gegensatz zu ähnlichen Stellen, wo das Wort „isch" (Mann) gebraucht wird, das Wort „Adam" steht. Es sollte also nur der Gegensatz von Mensch und Vieh, von Adam und „isch" bezeichnet werden, nicht aber der Gegensatz von Mensch und Vieh. Demnach handelt es sich auch gar nicht um Sittlichkeitsvorschriften und um die Beziehungen von Mensch zu Mensch, wenn Sie also, Herr Professor, behaupten, daß Rabbi Simon an der betreffenden Stelle gesagt habe, die Völker der Welt werden nicht Menschen, sondern Vieh geheißen, so folgen Sie darin nur der von Ihnen nicht genannten unlauteren Quelle, ohne den Urtext gelesen zu haben, Ihre Quelle, hat also eine gemeine Fälschung verübt, diese Worte stehen nicht im Talmud. Da es Ihnen nicht möglich ist, den Urtext zu lesen, will ich gern Ihrer Unkenntnis durch Mitteilung einer anderen Talmudstelle in wörtlicher Uebersetzung zu Hilfe kommen, die Ihnen, Herr Professor, und Ihren Lesern Klarheit über die Wertschätzung der Heiden durch die Talmudlehrer gibt. Im Traktate abodasara 301 heißt es, Rabbi Meir (ein Zeitgenosse des oben genannten Rabbi Simon) lehrte: „Ein Heide, der sich mit der Thora befaßt, ist dem hohen Priester gleich zu achten, denn es heißt (3. Bd. 18/51) wahrt meine Satzungen und meine Rechte, die der Mensch Adam üben soll, daß er in ihnen lebe. Es heißt also hier ausdrücklich Mensch (Adam), nicht Priester, Lewit oder Irsaelit." Diesem Talmudischen Ausspruch liegt auch die Erzählung vom barmherzigen Samariter zugrunde. Der mißverstandenen Talmudstelle aus dem Traktate Babamazia liegen alle übrigen von Ihnen genannten Belegstellen zugrunde, die übrigens bis auf die Stelle aus Erabin 21, 2, nicht aus dem Talmud sind, was Sie Ihren Lesern mitzuteilen vergessen haben. In der Stelle aus dem Traktate Erabin steht etwas ganz anderes, als daß (nach den Lehren des Talmud) die Worte aller Rabbiner aller Zeiten von den Juden als göttlichen Ursprungs und als wahr und bindend zu betrachten sind, selbst dann, wenn sie sich gegenseitig widersprechen. Die übrigen von Ihnen mitgeteilten Belegstellen für „Die Wahrheit über die jüdische Religion und Moral" finden sie bei Schriftstellern des Mittelalters bis ins 17. Jahrhundert, deren Worte den Juden selbst, bis auf wenige Fachgelehrte völlig unbekannt sind, sie können ihnen mithin auch nicht als Richtschnur für ihre Religion und Moral gelten.

Sie führen auch ein paar Gebete an, Herr Professor, die den Haß der Juden gegen alles nichtjüdische und christliche erweisen sollen. Diese Gebete finden sich in alten Gebetsammlungen, die heute gar nicht mehr gebräuchlich sind. Die angeführten Stellen beziehen sich nicht nur auf Christen, sie sind aus dem Zusammenhange gerissen, sie haben im Urtexte einen ganz anderen Sinn.

Neben den Talmudstellen und solchen aus alten Schriften ist doch auch die Bibel, das alte Testament, eine Quelle der jüdischen Religion und Moral, das Buch, auf dem nach dem Worte Christi das neue Testament und der neue Glaubensbund gebaut ist, wie Sie wissen, Herr Professor. Weshalb führen Sie denn nicht aus diesem Buche Belegstellen an, wenn Sie lediglich von dem Bestreben geleitet worden sind, die „Wahrheit" festzustellen? Ich darf deshalb hier nur einige Sätze aus diesem herstellen, die Ihnen bei Ihrem Drange nach der Wahrheit wohl entgangen sind. Im dritten Buche Moses Cap. 19, S. 18 heißt es: „Und du sollst lieben deinen Nächsten, wie dich selbst". Ferner steht drin: „Die Frauen aller Völker haben Anteil am ewigen Leben". Der König Salomo betet bei der Einweihung des Tempels: „O, Herr, wenn jemand in dieses Haus kommt, der nicht zu Deinem Volke gehört, um hier zu beten, so erhöre auch ihn!" Eine andere Vorschrift der Bibel gebietet: „Ein Recht sei für den Einheimischen und den Fremden unter Euch." Noch ein Gebot lautet: „Wenn du den Ochsen deines Feindes oder seinen Esel erliegen siehst unter seiner Last, so sollst du ihm aufhelfen." Solcher Stellen aus der Bibel könnte ich Ihnen, Herr Professor, noch sehr viele nennen. Sind das auch Beweise für den von Ihnen behaupteten „Haß der Juden gegen alles nichtjüdische und christliche?" Sie finden diese und noch viel mehr Belegstellen in dem Buche des streng gläubigen Rabbiners Dr. Liebermann für heute ohne Moral? In diesem Buche wird das Verhalten von Juden gegenüber von Nichtjuden nach dem jüdischen Religionsgesetz quellenmäßig dargestellt. Es ist im Philo-Verlag, Berlin erschienen und kann Ihnen, Herr Professor und allen denen, die die Wahrheit über jüdische Religion und jüdische Moral ergründen wollen, sehr warm empfohlen werden.

In einer Paranthese „Bemerkung" behaupten Sie, Herr Professor, „Ihr Gott (der Gott der Juden) ist nicht der unsrige, der Gott der Liebe." Ich möchte Sie daraufhin nur an die wundersame Erzählung der Bibel von dem Propheten Elias erinnern, der bei seiner Himmelfahrt und in seinen vielen Wundern, u. a. auch der Wiedererweckung der Toten, für die Erzählungen von Christus so vorbildlich geworden sind, die Bibel erzählt: „Als der Prophet auf dem Berge Karmel das Strafgericht an den Baals-Priestern vollzogen hatte, und aus Furcht vor der Rache der heidnischen Königin Isebel in die Wüste entfliehen mußte, da erschien ihm am Berge Horeb Gott. Zuerst erhob sich ein großer starker Wind, der Berge zerriß und Felsen zerschmetterte, nicht im Winde war der Ewige. Nach dem Winde kam ein Erdbeben, nicht im Erdbeben war der Ewige. Nach dem Erdbeben kam ein Feuer, nicht im Feuer war der Ewige. Nachdem kam ein stilles sanftes Säuseln. Da verhüllte Elias sein Angesicht mit seinem Mantel und Gott stärkte ihn und sprach: Gehe wieder deines Weges zurück und salbe Elisa zum Propheten an deiner statt." Ist dieser Gott des stillen sanften Säuselns anders als Ihr Gott der Liebe, Herr Professor?

Außerdem und den hebräischen Schriftstellern führen Sie für die von Ihnen ergründete Wahrheit über die jüdische Religion und jüdische Moral noch folgende Tatsachen an:

1. Auf der jüdischen Generalsynode im Jahre 1866 wurde beschlossen, daß man in den Augen der Christen,

also öffentlich den Schulchan Aruch verleugnen solle, aber daß in Wirklichkeit jeder Jude in jedem Lande diese Gesetze zu jeder Zeit zu befolgen hätte. Diese Resolution wurde von 94 Rabbinern, 182 Advokaten, 45 Aerzten und 11 672 Juden verschiedener Berufsklassen unterschrieben (gedruckt in Lemberg im Jahre 1873). Trotz Ihrer genauen Bezeichnung der Teilnehmer jener Generalsynode und trotz des in Ihrer Paranthese bezeichneten Druckjahres kann ich Ihnen, Herr Professor, und den Lesern des „Reichsboten" mitteilen, daß eine solche Generalsynode, deren Tagungsort Sie überhaupt nicht angeben, niemals stattgefunden hat. Das haben einwandsfreie historische Forscher nach genauesten Untersuchungen festgestellt!

2. Sie nennen als fernere Quellen für Ihre „Wahrheit" die Bücher: Wilhelm Meister: „Judas Schuldbuch", Wichtls „Weltfreimaurerei" und endlich die „Geheimnisse der Weisen von Zion". Alle diese Bücher sind unzählige Male als Fälschungen und ihre Mitteilungen als Phantasiegebilde quellenmäßig erwiesen worden, und das nicht allein von jüdischer, sondern auch von einwandsfreier christlicher Seite. Insbesondere ist das bei dem Buche „die Geheimnisse der Weisen von Zion" geschehen. Erst in jüngster Zeit haben sehr angesehene politische Zeitungen, die nicht zu den von Ihren Gesinnungsgenossen sogenannten „Judenblättern" gehören, festgestellt, daß dieses Buch seine Entstehung einem russischen Spitzel verdankt, der einzelne Teile, z. B. die Friedhofsszene einfach aus einem der phantastischen Romane John Retcliff's — recte Goedche — abgeschrieben hat!

3. Sie berufen sich ferner auf eine Aeußerung des Professor Graetz, die sich in seiner „Geschichte der Juden" finden und also lauten sollte: „Die Revolution ist der Stern Judas". Diese Nachricht ist ebenso oft in den antisemitischen Schriften aufgetaucht, wie von einwandsfreien Leuten widerlegt worden. Zuletzt hat Theodor Fritsch mit besonderer Hartnäckigkeit diese Behauptung aufgestellt, aber auch, er hat vor kurzem selbst zugegeben, daß er diese Mitteilung nicht länger aufrecht erhalten kann. Sie hätten sich, Herr Professor, ein besonderes Verdienst um die Feststellung der Wahrheit erworben, wenn Sie das Werk von Graetz daraufhin genau geprüft und Band und Seite angeben könnten, wo jene Aeußerung zu finden ist.

4. Als besonders beweiskräftig für Ihre Behauptung, der Kernpunkt der heutigen Judenfrage ist „das große Hassen" (Nr. 188 des Reichsboten, S. 2, Sp. 1, Zeile 33 u. 34 v. u.), führen Sie endlich den Artikel einer Engländerin in der dänischen Zeitung „Berlingske Tedende" an, die als Zuschauerin unsagbarer Grausamkeiten jüdischer Kommissare im Gefängnis zu Scharkow beigewohnt haben will. Abgesehen von dem Widersinn, daß Verbrecher Zeugen aus feindlichen Ländern, die nicht zu ihren Gefangenen gehören, bei ihren Verbrechen dulden werden, ist festgestellt, daß diese Zeitung einen solchen Artikel nicht gebracht hat. Selbst die im Bereiche des früheren Okkupationsgebietes des Generals Deicin erschienenen antisemitischen Zeitungen, die nicht von dem berüchtigten Schwarzbündler Savenka dirigiert wurden, melden in ihren Berichten über die Einnahme von Scharkow durch die Bolschewiki nichts von einer Teilnahme jüdischer Kommissionäre an den angeblichen Massenerschießungen von Gegenrevolutionären. Die Wahrheit dieser Berichte wird von anderer Seite mit aller Entschiedenheit bestritten, besonders die Erzählungen der Engländerin sind von einer so satanischen Phantasie, daß es sogar Lesern russischer Pogromblättchen nicht zugemutet werden kann, daran zu glauben.

5. Ebenso beweiskräftig erachten Sie einen Artikel der russischen Zeitung „Prischco", in welchem von einem, bei einem gefallenen jüdischen Major gefundenen Geheimdokument berichtet wird. Sie empfehlen mir, sehr geehrter Herr Professor, dieses Dokument mit der Begründung, daß es ein „vollständiges Bekenntnis der schrecklichen jüdischen Schuld enthält." Es heißt dort, so fahren sie fort: „Rußland ist total vernichtet, es ist ganz in unserer Gewalt", und weiter: „die heutige Sorge um unsere Sicherheit läßt uns kein Mitleid und keine Barmherzigkeit zu". Es hat nicht ihrer Empfehlung bedurft, Herr Professor, um mich zur Einsichtnahme zu veranlassen, weil mich, ebenso wie Sie und die geehrte Schriftleitung, wie ich bereits bemerkt habe, nichts anderes treibt, als die lautere Wahrheit, niemandem zulieb und keinem zuleide festzustellen. Ich habe nun folgendes festgestellt: In Deutschland hat sich ein Nest russischer Schwarzbündler gebildet, die eine raffinierte Pogromagitation betreiben. Ihr Organ ist die seit einigen Monaten in Charlottenburg bei Berlin erscheinende Zeitung Prisyw (Der Ruf). Die Zeitung ist zugleich das Organ der extremen russischen Monarchisten. In einer der letzten Januarnummern dieses Jahres wurde berichtet, daß man in der Tasche eines gefallenen bolschewistischen Kommissars einen „Aufruf an die Juden aller Länder" gefunden habe, der die von Ihnen, Herr Professor, bezeichneten Stellen enthält. Was machen Sie aber, Herr Professor, aus diesem gefallenen „bolschewistischen Kommissar"? Sie lassen ihn schnell zu einem „gefallenen jüdischen Major" avancieren! Ein jüdischer Major in Rußland! Der Kasus macht mich lachen. „Und auch dieses „angeblich" gefundene Geheimdokument, gefunden bei der Leiche eines angeblichen jüdischen Majors in Rußland, mitgeteilt in dem antisemitischen Blättchen einer extremen monarchistischen Organisation, die also die bestehende Regierung in Rußland aufs äußerste bekämpft, dabei aber vorsichtigerweise in Deutschland ihren Sitz genommen hat, und die nebenbei noch die schlimmste Pogromhetze betreibt, dient Ihnen, sehr geehrter Herr Professor, als Quellenmaterial für die „Wahrheit über die jüdische Religion und Moral". Was soll man dazu sagen, Herr Professor? —

Sehr geehrter Herr Professor! Die Wahrheit ist untrennbar von der Gerechtigkeit, denn die lautere Wahrheit erkennt auch das Gute bei den Gegnern an. Sie aber, Herr Professor, haben für Ihre Beweisführung nur judenfeindliche Schriften und Schriftsteller herangezogen, judenfreundliche aber ihren Lesern verschwiegen. Und dennoch nennen Sie ihre Ausführungen „Die Wahrheit über die jüdische Re-

ligion und Moral". Ihre Wahrheit entbehrt der Gerechtigkeit, sie ist also keine lautere Wahrheit. Sie berschweigen ferner, Herr Professor, daß Sie die Hauptquelle für Ihre Wahrheit, das ist der Talmud, gar nicht im Urtexte gelesen haben. Sie verschweigen endlich, daß auch ihre sonstigen Quellen — ohne Ausnahme — als Fälschungen und Erfindungen oft genug nicht allein von jüdischer Seite, sondern auch von hervorragender christlicher Seite erwiesen worden sind. Und nun gestatten Sie mir zum Schluß noch ein kurzes Wort, Herr Professor, ehe wir sine ira et studio voneinander scheiden: ohnmächtig nach außen, zerklüftet durch den Streit der Parteien im Innern, liegt unser herb geprüftes deutsches Vaterland zu Boden. Die Not, der Hunger, die Arbeitslosigkeit droht immer größer zu werden, und die allgemeine Unzufriedenheit findet bald hier, bald dort in blutigen Aufständen, Raub, Mord, Diebstahl, Bestechung, Schleichhandel ihren Ausdruck. Uns droht eine jahrelange Fronarbeit für unsere unerbittlichen Feinde, die durchaus, Vampyren gleich, unserem armen Vaterlande das Herzblut aussaugen wollen, damit wir ausgelöscht werden aus der Reihe der Nationen, wir das deutsche Volk, das früher im Rate der Völker an einer der vordersten Stellen gestanden hat. Und Sie Herr Professor finden den Mut in diese traurige Zerrissenheit, in diese unsere tiefste Not, die nur durch die unermüdliche ungestörte Arbeit aller Kreise unseres Volkes vielleicht abgewendet werden kann, neue Zerrissenheit hineinzutragen? Sie wollen nicht das Vaterland über die Partei stellen? Sie wollen gemäß ihrem starren Parteistandpunkt die tatkräftige Mitarbeit weiter Kreise an dem Wiederaufbau mit rauher Hand von sich stoßen, von Kreisen, die gleich den Ihrigen mitgelitten und mitgestritten, mitgeweint und mitgejubelt haben? Bedenken Sie, sehr geehrter Herr Professor, daß Sie durch ihre Gesinnung und Tätigkeit, Sie und Ihre Parteigenossen, die weiten Reihen der Unzufriedenen nur noch vermehren, daß die Not und das Elend dann noch größer und der Wiederaufbau noch schwerer, ja unmöglich wird! Sie, sehr geehrter Herr Professor, und ihre Parteigenossen betonen immer Ihre Vaterlandsliebe, ja Sie streiten sogar andern Parteien das enge Vaterlandsgefühl ab, das Sie allein zu besitzen behaupten. Hic Rhodus, hic salta! Jetzt haben Sie Gelegenheit, Ihre Vaterlandsliebe zu beweisen, wenn Sie alle Parteigegensätze schweigen lassen und, der Not des Tages gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, das wahr machen, was wir allein in dieser bitter ernsten Gegenwart empfinden:

„Das Vaterland über alles!"

Hochachtungsvoll und ergebenst
Stern, Amtsgerichtsrat.

Der „Reichsbote" hat natürlich die Aufnahme des Aufsatzes abgelehnt. Die Wahrheit soll durch ihn nicht verbreitet werden.

5. Das Ergebnis der Reichstagswahlen 1920.

Es wird für unsere Freunde von Wert sein, ein genaues Bild der Stimmen der Reichstagswahlen sowie der Mandate zu erhalten. Die „Freiheit" vom 23. Juli Abend-Ausgabe, bringt folgende Zusammenstellung:

„Das endgültige Ergebnis der Reichstagswahlen ist erst jetzt vollständig ermittelt worden. Es ist niedergelegt in einer Zusammenstellung, die der Reichswahlleiter Delbrück eben unter dem Titel „Die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920" veröffentlicht. Danach betrug die Zahl der im ganzen abgegebenen gültigen Stimmen 26 017 590. Danach betrug für die einzelnen Parteien die Zahl der

	Stimmen	in den Wahlkreisen	Mandate in Wahlkreisverbänden	auf Reichsliste
Unabhängige	4 895 317	66	8	7
Sozialdemokraten	5 614 456	77	9	8
Zentrum	3 540 830	47	6	6
Demokraten	2 202 334	20	8	8
Deutschnationale	3 736 778	46	7	9
Deutsche Volkspartei	3 606 316	47	5	8
Kommunisten	441 995	1	—	1
Bayerischer Bbd.	218 884	3	—	1
Hannov. Landesp.	319 100	4	1	—
Christl. Volkspartei	65 219	—	—	3
Bayerische Volksp.	1 171 722	18	—	3

Daneben sind als Vertreter der Wahlkreise, in denen am 6. Juni wegen der Abstimmung über die Reichszugehörigkeit noch nicht gewählt worden ist, aus der Nationalversammlung Mitglieder des Reichstags vorläufig verblieben: 19 Sozialdemokraten, 8 Mitglieder des Zentrums, 9 Demokraten, 4 Deutschnationale, 2 Mitglieder der Deutschen Volkspartei, so daß dem Reichstag angehören:

Unabhängige	81
Sozialdemokraten	113
Zentrum	67
Demokraten	45
Deutschnationale	66
Deutsche Volkspartei	62
Kommunisten	2
Bayerischer Bauernbund	4
Deutsch-Hannoveraner	5
Bayerische Volkspartei	21
	466

Von den 466 Mitgliedern des Reichstages sind 329 in den Wahlkreisen gewählt, 44 haben ihr Mandat durch Verrechnung von Reststimmen in den Wahlkreisverbänden und 51 durch Reststimmen der Reichsliste erhalten. Außerdem gehören 42 Mitglieder der Nationalversammlung aus Wahlkreisen, in denen am 6. Juni nicht gewählt worden ist, dem Reichstag an.

Die „Frankfurter Zeitung" vom 20. Juni veröffentlicht die nachfolgende, das jetzige Ergebnis mit den Wahlen zur Nationalversammlung vergleichende Zusammenstellung:

	Abgegebene Stimmen		Abgeordnete		Gewinn oder Verlust
Sozialdemokraten	5 614 452	(10 288 211)	112	(163)	—51
Demokraten	2 220 334	(4 903 533)	45	(75)	—30
Zentrum	3 540 830	(5 241 493)	68	(89)	—21
Bayerische Volkspartei	1 171 722	—	21	—	+21
Deutschnationale	3 736 778	(2 549 721)	66	(42)	+24
Deutsche Volkspartei	3 606 316	(1 343 140)	62	(23)	+39
Unabhängige	4 894 317	(218 341)	81	(22)	+59
Welfen	319 100	(280 304)	5	(3)	+ 2

	Abgegebene Stimmen		Abgeordnete		Gewinn oder Verlust
Bayerischer Bauernbund ...	218 884	(275 791)	4	(4)	—
Kommunisten ...	441 995	—	2	—	+ 2
Christl. Volkspart.	65 219	—	0	—	—

Schließlich sei zur Orientierung noch folgendes mitgeteilt:

Außer der deutschnationalen Volkspartei, deren Wahlagitation fast ganz unter antisemitischer Flagge stattfand, traten bei den Reichstagswahlen noch ausgesprochene antisemitische Parteien auf, über deren Erfolge nunmehr Zahlen vorhanden sind.

Wir verweisen zwecks näherer Information über diese Parteien auf den Artikel „Die Judenfrage in dem politischen Parteiprogramm" in den „Mitteilungen" Nr. 17, S. 189. Die national-demokratische Partei, deren Tochter die deutsche (großdeutsche) Freiheitspartei auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichtet hatte, hat im ganzen Reiche 3989 Stimmen aufgebracht, (in Berlin 331, in Potsdam I 965, in Potsdam II 447, in Magdeburg 1410, in Hamburg 206 und in Süd-Hannover-Braunschweig 639). Die deutsch-sozialistische Partei hat im ganzen (in 5 Wahlkreisen) 7216 Stimmen aufgebracht.

6. Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen.

Die „Darmstädter Zeitung" schreibt in ihrer Nummer 161 vom 13. Juli zu dem Abstimmungsergebnis in Ost- und Westpreußen folgendes:

„. . . . Und noch ein Weiteres kann der 11. Juli uns lehren; Nation ist mehr, ist anderes als Rassengemeinschaft. Bestände das Wort zu Recht, daß man nur durch das Blut deutsch ist, wahrlich, der Tag wäre anders für uns ausgefallen. In den Bestimmungen der Ententekommission heißt es: „Beide Rassen und Sprachen sind gleichberechtigt." Aber die Abstimmung erfolgte nicht nach der Zugehörigkeit zu Rasse und Sprache, sie erfolgte nach dem, was jenseits aller Rasse liegt, nach der Einheit kultureller Schicksalsgemeinschaft. Masuren, Kassuben, Litauer, Polen, alle jene nach der völkischen Phraseologie „fremdstämmigen" Menschen folgten nicht der Stimme des Blutes, sondern der Stimme des Geistes — sie bewiesen in ihrer Ueberzahl, daß man deutsch gesinnt sein kann, auch wenn man slavischen Stammes ist. Eine Bevölkerung, die durch mehrere Generationen an preußisch-deutscher Geschichte handelnd, teilgenommen, ist dem slavischen Blutsverbande entwachsen und dem deutschen Kulturverbande verwurzelt. Sie will deutsch sein, deshalb ist sie deutsch.

Die deutschvölkische Theorie hat zu unserm Glück im Osten ihre Unfruchtbarkeit bewiesen. Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, daß man mit völkischem Rassenargument auf polnischer Seite gearbeitet hat. „Wir rechnen damit," so schrieb der polnische Superintendent Bursche, „daß sich in Masuren bald die Stimme des Blutes melden und unsere Arbeit die erwünschte Früchte zeitigen wird." Die Stimme des Blutes hat sich nicht gemeldet, ebensowenig wie sie sich in dem Weltkriege gemeldet hat. Sie meldet sich in der Politik überhaupt nur auf dem Papier. In den Entscheidungen der Geschichte sind es Interessen und Ideen, die den Lauf der Ereignisse bestimmen. So geschah es am 11. Juli, das Recht der Selbstbestimmung sollte gegen uns zeugen und den Frieden von Versailles rechtfertigen. Das Recht der Selbstbestimmung hat für uns gezeugt, es wird auch ferner für uns zeugen, wenn wir am Geist des Rechtes festhalten und das Recht des Geistes auch in unserer inneren Politik walten lassen."

7. Die Ostjudenfrage in der Preußischen Landesversammlung.

Die Preußische Landesversammlung hat sich in ihrer Sitzung vom 7. Juli 1920 bei Beratung des Staatshaushaltsplanes auch mit der Ostjudenfrage beschäftigt. Wir geben nachstehend aus dem amtlichen Stenogramm die diesbezüglichen Aeußerungen des Ministers des Innern, Severing, und des demokratischen Abgeordneten Goll wieder. Die Aeußerungen des deutschnationalen Vertreters liegen noch nicht gedruckt vor.

Severing begann:

„Bei dieser Gelegenheit hat Herr Kollege Dominicus auch dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß es der Staatsregierung gelingen möge, das Loch im Osten zu stopfen, wie es der Reichsregierung gelungen sei, das Loch im Westen zu verstopfen. Er hat damit nicht den Schmuggel mit Lebensmitteln, sondern etwas ganz anderes gemeint: die Einwanderung mißliebiger Ausländer. Da dieser Punkt auch in der Wahlbewegung eine große Rolle gespielt hat, möchte ich hier erklären, daß alle legalen Mittel zur Verhinderung der Einwanderung der sogenannten Ostjuden von der Regierung getroffen worden sind. Aber die Ostjuden sind auch Menschen und sind auch Bürger Europas,

(Zurufe rechts)

und wir sind nach dem Friedensvertrage verpflichtet, diese Eingewanderten genau so zu behandeln wie die Reichsbürger deutscher Abstammung.

(Zuruf rechts.)

— Lassen Sie mich nur weiter reden! — Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß gewünscht werden muß, die in Deutschland vorhandenen Lebensmittel in erster Reihe unseren eigenen Landsleuten zuzuführen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn Arbeitsmangel eintritt, zunächst die deutschen Arbeiter beschäftigt werden müssen.

(Zuruf rechts: Wohnungen!)

Aber, meine Herren, wir können gegen diesen unerwünschten Zuwachs nicht Mittel in Anwendung bringen, die uns mit den Bestimmungen des Friedensvertrages in Widerspruch setzen.

(Sehr richtig! links — Zurufe rechts: Wohnungen!)

— Gewiß, die Wohnungen! Die Ostjuden müssen, wenn sie sich in Deutschland aufhalten, auch wohnen,

(Heiterkeit)

wir können sie aus den Wohnungen nicht hinauswerfen.

(Zuruf rechts: Die Beamten kommen in Baracken!)

— Meine Herren! Ich möchte Sie dringend bitten, sich bei der Behandlung dieses Punktes nicht von antisemitischer Voreingenommenheit leiten zu lassen,

(Sehr gut! links — Große Unruhe rechts)

sondern die Dinge ganz nüchtern zu betrachten, wie sie

sind. Meine Herren, was würden Sie sagen, wenn wir etwa 40 000 Ostjuden, um diesen Ausdruck zu gebrauchen, internieren würden, wenn wir sie auf Staatskosten beherbergten und verpflegten? Ich glaube, derselbe Lärm, der sich heute in politischen Versammlungen gegen die Haltung der Staatsregierung erhebt, würde sich dann natürlich verschlimmbösert wieder erheben, und dann würde man sagen: auf Kosten der Steuerzahler werden die Ostjuden in bequemen Baracken untergebracht und verpflegt.

(Zurufe rechts.)

Soweit man die Internierung in Verbindung bringen kann mit einer nutzbringenden, einer werbenden Arbeit der zu Internierenden, kann dem Plan durchaus nähergetreten werden. Aber wenn er ausgeführt werden soll, müssen sich erst tatsächlich Auswüchse gezeigt haben. Bis jetzt — das möchte ich auch hier feststellen — sind alle die Zeitungsmeldungen, die Versammlungsreden über die ungeheure Einwanderung der Ostjuden kolossale Uebertreibungen.

(Hört, hört! links — Zurufe rechts.)

Was getan werden konnte, um dieser Einwanderung Einhalt zu tun, ist geschehen. Wir haben eine Paßkontrolle im Osten eingeführt, wir unterhalten eine strenge Grenzpolizei an der Ostgrenze, und wir haben auch im Innern Preußens die Polizeiverwaltungen angewiesen, genaue Kontrollen und Wohnungsrazzien auszuführen, damit wir über den Umfang der Zuwanderung der Ostjuden ein genaues Bild bekommen. Mehr im Augenblick zu tun, geht nicht an. Es ist so billig, uns anzuraten, die Ostjuden doch wieder über die Grenze zu schieben. Dort östlich von uns will sie niemand haben, und in ein paar Tagen haben wir die Leute wieder. So kann man die Frage nicht lösen.“

Goll ;

„Meine Damen und Herren, dabei ist auch der Vorwurf zu berichtigen, bezüglich eines Ausdrucks, den Herr Dominicus in seinen Ausführungen im Auftrage der Fraktion bezüglich der Ostjuden gebraucht hat. Ich glaube, einen gewissen Gegensatz konstruieren zu können zwischen den Aeußerungen, die im vergangenen Jahre der Minister Heine, und den Aeußerungen, die heute der Herr Minister Severing getan hat. Der Minister Heine stand auch im vergangenen Jahre unter dem Eindruck, daß der Einzug der Ostjuden, der gewiß an und für sich begreiflich ist, den jeder mit menschlichen Gefühlen verstehen kann, dazu führen muß, daß diesen Leuten, die aus ihrer Heimat vertrieben werden, irgendwie ein Heim geboten werde, daß aber in einzelnen Großstädten die Verhältnisse derartig gelagert sind, daß nicht etwa antisemitisch gerichtete Kreise, nicht etwa bestimmte Gesellschaftsschichten oder -Kreise die Einwanderung der Ostjuden auf ein erträgliches Maß zurückgeführt haben möchten, sondern daß auch die gesamte Arbeiterschaft sehr darunter zu leiden hat.

(Sehr richtig!)

Das bezieht sich nicht allein auf die Wohnungsnot. Denn es ist doch nicht eine Uebertreibung der Zeitungen bezüglich der Elemente, die von dort her einwandern, daß das ehrliche Arbeiten nicht zu dem täglichen Handwerk jener Leute gehört.

(Sehr richtig)

Meine Herrschaften, vielfach sind Elemente darunter, die eben wuchern, schieben und allerlei Geschäfte machen, die bei uns in Deutschland nicht üblich sind. Nur gegen diese Auswüchse, meine Damen und Herren, richtete sich die Aeußerung. Bei diesem ungeheueren Mangel an Wohnungen, bei diesem Mangel an Nahrungsmitteln usw. müsse eben versucht werden, Mittel zu finden, um diese Einwanderung auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Das hat aber mit irgendwelchem Antisemitismus gar nichts zu tun. Der Redner der Fraktion wollte auch gar nicht dadurch irgendwelche Antipathie gegen die Ostjuden zum Ausdruck bringen, sondern nur auf die furchtbaren Zustände hinweisen, die bei uns in Deutschland selbst herrschen.“

8. Die Judenregierung.

Am Mittwoch, den 21. Juli 1920 fand in Berlin eine Sitzung sämtlicher deutscher Ministerpräsidenten statt, die zusammen mit den Kabinettsmitgliedern die Konferenz in Spa besprachen. Die Tageszeitungen geben folgende Liste der Konferenzteilnehmer:

Außer den Mitgliedern des Reichskabinetts nahmen an der Konferenz teil der preußische Ministerpräsident Braun, der preußische Staatssekretär Göhre, der bayerische Gesandte v. Preger, der sächsische Ministerpräsident Buck, der sächsische Gesandte Dr. Koch, der württembergische Staatspräsident Hieber, der württembergische Gesandte Hildenbrandt, der badische Minister des Innern Remmele, der badische Gesandte Dr. Rieser, der hessische Staatsrat Matthias, der hamburgische Bürgermeister Diestel, der hamburgische Senator Dr. Schramm, der mecklenburgisch-schwerinsche Ministerpräsident Dr. Wendorff, der mecklenburg-schwerinsche Ministerialdirektor, Tischbein, der braunschweigische Minister Antrick, der braunschweigische Gesandte Boden, zugleich für Anhalt, der oldenburgische Ministerpräsident Tantzen, der oldenburgische Staatsminister a. D. Scheer, zugleich für Schaumburg-Lippe, der bremische Bürgermeister Dr. Spitta, der bremische Minister Senator Dr. Nebelthau, der lippische Landespräsident Drake, der lübeckische Senator Dr. Neumann, der mecklenburg-strelitzische Staatsminister Freiherr v. Reibnitz. der mecklenburg-strelitzische Staatsminister Krüger, der waldecksche Ministerialdirektor Sachs.

Einen Juden oder Judenstämmling wird man vergeblich darunter suchen.

9. V.D.St.er im neuen Reichstag.

Die „Akademischen Blätter“, Zeitschrift des Kyffhäuser-Verbandes der Vereine deutscher Studenten bringen in ihrer Ausgabe vom 1. Juli 1920 folgende Notiz:

Die Alten Herren des V. D. St. sind im neuen Reichstag entsprechend den Wahlerfolgen der rechtsstehenden Parteien noch stärker vertreten als in der Deutschen Nationalversammlung. Es wurden gewählt:

Für die Deutschnationale Volkspartei: Oberverwaltungsgerichtsrat Graf von Westarp (A. H. V. D. St. Berlin), Pastor D. Reinhard Mumm (A. H. V. D. St. Berlin, Bonn, Halle), Univ.-Professor Dr. Otto Hoetzsch — doppelt gewählt — (A. H. V. D. St. Berlin, Leipzig); außerdem hat der Abgeordnete Landgerichtsdirektor Schulz-Bromberg in seiner Studentenzeit dem V. D. St. angehört.

Für die Deutsche Volkspartei: Sächs. Staatsminister a. D. Dr. Rudolf Heinze (A. H. V. D. St. Leipzig, Berlin), Oberbürgermeister a. D. Dr. Most (A. H. V. D. St. Halle, Bonn, Saxonia-Prag), Herausgeber und Hauptschriftleiter der „Täglichen Rundschau" Heinrich Rippler (A. H. V. D. St. Berlin).

Für die Deutsche Demokratische Partei: Dr. Karl Böhme (A. H. V. D. St. Berlin, Leipzig), Schriftleiter Wilhelm Heile (A. H. V. D. St. Hannover I, Hannover II, Danzig.).

10. Die Katholische Internationale.

In der letzten Zeit erschien im Verlage von A. Potthoff, Bochum, eine kleine Schrift des Herrn Max Josef Metzger, Hauptleiter der Volksheil-Zentrale in Graz: „Der Völkerbund und die katholische Internationale". Das Büchlein stellt eine lebhafte Werbung für den (katholischen) Weltfriedensbund vom Weißen Kreuz dar (Graz, Karmeliterplatz 5).

Der Aufruf dieses Weltfriedensbundes ist deutscherseits unterzeichnet vom Schriftsteller Hermann Bahr in Salzburg, Propst Becker in Bromberg, Abg. Geheimrat Faßbender in Berlin, Magnus Jocham, Hauptgeschäftsführer des Friedensbundes deutscher Katholiken in Ehingen, Dr. Karl Sonnenschein, Leiter des Sekretariats sozialer Studentenarbeit, Berlin.

In der Schrift heißt es u. a. S. 28: „Die Kirche ist eine ungeheure internationale und übernationale Macht. Ihrem Begriff nach ist die katholische Kirche international, wenn man nicht die Bezeichnung katholisch und international überhaupt als einen Pleonasmus ansehen soll, denn „katholisch" heißt „allgemein", weltumspannend, völkerverbindend, eine Brücke schlagend zwischen Klassen, Rassen und Nationen."

Dann weiter auf S. 30: „Eine tatsächliche katholische Friedensorganisation ist nur in der Form des „Weltfriedensbundes vom Weißen Kreuz" bekannt geworden. Dieser hat seit 1916 ungefähr in ungezählten Veröffentlichungen, Vorträgen, persönlichen Vorsprachen, Denkschriften und Eingaben im Sinne des christlichen Friedensgedankens zu wirken versucht, hat auch auf der Internationalen Friedenskonferenz in Berlin 1917 und der Völkerbundkonferenz 1919 die Katholiken vertreten. Vor allem hat der „Weltfriedensbund vom Weißen Kreuz" bereits im Februar 1917 ein katholisches, das ist internationales Friedensprogramm aufgestellt, von dem der protestantische Pastor Dr. Vogl in einer Schrift über „Die evangelische Kirche und der Weltkrieg" kürzlich schrieb, daß die Katholiken auf die Aufstellung eines solchen Programms stolz sein dürften.

In dem Friedensprogramm des „Weltfriedensbundes" heißt es u. a. S. 31: „Wir fordern als Anfang des Friedens die Ablenkung des Interesses aller Völker von dem vermeintlichen äußeren Feind und die Konzentration aller Kräfte gegenüber dem tatsächlichen inneren Feind, der allen Völkern gemeinsam ist: Alkoholismus, Unsittlichkeit, Geschlechtskrankheiten, Tuberkulose, Degeneration, Geld- und Bodenwucher, Pauperismus, Unterernährung usw."

Dann auf S. 32: „Wir fordern das Aufgeben des Rassen- und Nationalitätenkampfes und aller Vergewaltigungsbestrebungen eines Volksteiles gegenüber dem anderen und die Anerkennung des Rechtes für jedes Volk, kraft dessen es seine eigene Sprache und Kultur innerhalb des Staatsganzen besitzen und entfalten darf."

Ferner auf S. 32: „Wir fordern die Neuorientierung der Erziehung der heranwachsenden Jugend unter Vermeidung allen Chauvinismus, aller Nährung kriegerischen Geistes, unter Weckung des sozialen Pflichtgefühls der Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit, Selbstlosigkeit, Gerechtigkeit, Nächstenliebe, Hilfsbereitschaft, sozialen Verantwortlichkeit."

Außerdem auf S. 32: „Wir fordern die Rückkehr aller Völker und Staaten und aller ihrer einzelnen Glieder zu einem praktischen Christentum, unbedingte und rückhaltslose Anerkennung und Durchführung des göttlichen Sittengesetzes und seiner Forderungen der Gerechtigkeit und Nächstenliebe, und sehen die Gewähr des Erfolges aller Friedensbemühungen, die unversiegbare Kraftquelle des Friedensgeistes, in der geistigen und wirklichen Kommunion aller Völker und ihrer Glieder mit dem Friedenskönig Christus gestern und heute und in Ewigkeit."

Danach schließlich auf S. 33: „Dieses Programm ist im Frühjahr 1917 bereits Sr. Heiligkeit dem Papst vorgelegt worden, der daraufhin die Bestrebungen des Weißen Kreuzes mit seinem Segen begleitete und ausdrücklich als Ziel derselben feststellte, die Grundsätze des göttlichen Sittengesetzes wie im privaten so im öffentlichen Leben zum Durchbruche zu bringen und dadurch den Krieg endgültig aus der Welt zu schaffen."

Diese Gründung ist für uns in verschiedenen Beziehungen bedeutsam, welche ein jeder Kundige schon aus diesen Darstellungen entnehmen wird.

Wir möchten vielleicht nur hinweisen auf den Satz: (S. 28) „Die Kirche ist eine ungeheure internationale und übernationale Macht." Oder:

„Katholisch heißt allgemein, weltumspannend, völkerverbindend, eine Brücke schlagend zwischen Rassen, Klassen und Nationen."

Wenn das ein Jude schriebe, so wäre er am nächsten Tage in der gesamten deutschnationalen und antisemitischen Presse geächtet. Das soll selbstverständlich nicht bedeuten, daß wir unseren katholischen Mitbürgern in der Erreichung sittlicher Ziele Vorschriften machen. Es bedeutet, daß wir als Juden es uns verbitten, wegen unserer humanitären Bestrebungen, wenn sie sich einmal über Deutschland hinaus bewegen, gleich als „internationales Gesindel" oder derartiges angeschrien zu werden.

11. Gesamtverluste des deutschen Heeres während des Weltkrieges!

Die „Sozialhygienischen Mitteilungen“ vom April 1920 veröffentlichen eine Besprechung des von dem Sanitätsstatistiker Oberstabsarzt Prof. Dr. Schwiening herausgegebenen Werkes „Die deutschen Aerzte im Weltkriege“, das genauere Angaben über die Gesamtverluste des deutschen Heeres während des Weltkrieges enthält.

Diese bisher noch nicht auf ihre Richtigkeit nachgeprüfte Aufstellung ist, so weit uns bekannt, der erste Versuch, die bis Ende Mai 1919 erschienenen amtlichen Verlustlisten zu einer umfassenden Statistik zu verwerten. Ihr Ergebnis, das wir hiermit zur Kenntnis bringen, gewinnt für uns besonders aus dem Grunde an Bedeutung, weil nunmehr ein Maßstab geschaffen ist, um auf Grund der Gesamtverluste die jüdischen Verluste zu bewerten. **Diejenigen unserer Ortsgruppen, denen bereits die Ergebnisse ihrer Lokalstatistik abgeschlossen vorliegen, haben jetzt Gelegenheit, der Oeffentlichkeit ein Bild des jüdischen Anteils am Weltkriege zu geben. Für diesen Fall wird gebeten, der Zentralleitung von Inhalt und Art der lokalen Veröffentlichnng Kenntnis zu geben.** Es bleibt vorbehalten, nach Abschluß der jüdischen Gesamt-Verluststatistik deren Ergebnis unter Vergleichung mit der allgemeinen deutschen Gesamtstatistik zu erörtern.

Nachstehend wird angeführt, wie groß die Verluste insgesamt sind, und wie sie sich auf die einzelnen Dienstgrade verteilen:

		Offiziere, Sanitätsoffiziere, Veterinäroffiziere	Beamte	Unteroffiziere	Mannschaften	Summe
Insgesamt zum Kriegsdienst eingestellt		282 000	43 000	1 205 000	9 407 000	10 937 000
a) Gefallen	absolut	45 123	762	177 209	1 307 954	1 531 048
	% der Eingestellten	16,0	1,8	14,7	13,9	13,8
b) Vermißt	absolut	17 215	66	110 721	863 338	991 340
	% der Eingestellten	6,1	0,15	9,2	9,2	9,1
c) Verwundet	absolut	91 979	499	478 165	3 641 126	4 211 469
	% der Eingestellten	32,5	1,16	31,4	38,7	38,5
d) Durch Krankheit usw. Gestorbene	absolut	3 903	543	13 273	137 294	155 013
	% der Eingestellten	1,4	1,3	1,1	1,5	1,4
e) Summe (a bis d)	absolut	157 920	1 870	779 368	5 949 712	6 888 870
	% der Eingestellten	56,0	4,3	64,7	63,2	62,9
f) Todesfälle insges. (a und d)	absolut	49 026	1 305	190 482	1 445 248	1 686 061
	% der Eingestellten	17,4	3,0	15,8	15,4	15,4

Hierzu bemerkt Schwiening, daß die Zahlen der insgesamt zum Kriegsdienst Einberufenen nur schätzungsweise berechnet sind; die daraus gewonnenen Verhältniszahlen besitzen mithin keinen Anspruch auf völlige Zuverlässigkeit. Er weist dann darauf hin, „daß die Offiziere keine wesentlich geringeren Opfer gebracht haben, als die Unteroffiziere und Mannschaften — im Gegenteil, ihre Todesfälle infolge Waffengewalt übertreffen diejenigen der Unterklassen um mehrere Prozent.“

Beachtenswert sind sodann die Angaben über den Anteil der einzelnen bundesstaatlichen Kontingente des Heeres an den Verlusten. Hierbei ist zu bemerken, daß, nach der Zählung vom 1. Dezember 1910, von den ortsanwesenden Männern der Geburtsjahrgänge 1899 bis 1870 einschließlich entfielen auf:

Preußen . . . 78,6% Sachsen 7,5%
Bayern . . . 10,3% Württemberg . 3,6%

Demgegenüber verteilten sich die Verluste folgendermaßen auf die genannten Staaten:

			Preußen	Bayern	Sachsen	Württemberg	Gesamtheer
Tote (Gefallene, an Wunden u. Krankheiten usw. Gestorbene)	Offiziere usw.	absolut	38 958	4 558	3 261	2 249	49 026
		% aller Bundesstaaten	79,4	9,3	6,7	4,6	100,0
	Mannschaften	absolut	1 300 575	157 170	111 399	67 891	1 637 035
		% aller Bundesstaaten	79,4	9,6	6,8	4,2	100,0
	insgesamt	absolut	1 339 533	161 728	114 660	70 140	1 686 061
		% aller Bundesstaaten	79,5	9,5	6,8	4,2	100,0
Verwundete		absolut	3 282 969	434 779	305 655	188 066	4 211 469
		% aller Bundesstaaten	78,0	10,3	7,2	4,5	100,0
Vermißte		absolut	804 008	93 928	67 588	25 816	991 340
		% aller Bundesstaaten	81,1	9,5	6,8	2,6	100,0
Summe		absolut	5 426 510	690 435	487 903	284 022	6 888 870
		% aller Bundesstaaten	78,8	10,0	7,1	4,1	100,0

12. Der Antisemitismus in Ungarn.

Die „Freiheit" berichtet in Nr. 282 vom 17. Juli, daß die Militärpartei in Ungarn sich auf einen Kampf auf Leben und Tod vorbereite. Am 27. Juni habe eine Versammlung der Offiziersdelegierten des Landes stattgefunden, in der Hejjas ausführte, daß die bisherige Regierung nichts für die Verwirklichung der christlichen Ideale geleistet, sondern im Gegenteil Verhandlungen mit den Juden und Sozialdemokraten angeknüpft habe. Diese Politik der Kompromisse könne den Begründern und unbeirrbaren Kämpfern des christlichen Kurses nur schaden, sie sogar vollständig vernichten. Er (Hejjas) sei nicht gesonnen, lange zu warten, und wenn er in seinen Hoffnungen wieder getäuscht würde, werde er im Interesse der Verwirklichung der christlichen Polit k auch von den allergefährlichsten Mitteln, sowohl gegen Personen als auch gegen Institutionen, nicht zurückschrecken. Aus dem nach dieser Rede entworfenen Aktionsprogramm ist Punkt 3 bemerkenswert, der „die Vernichtung der Juden, der jüdischen Kapitalisten, die Beschlagnahme des Vermögens von Paul Sandor, Baron Ullmann, der Familie Hatvany-Deutsch für nationale Zwecke" verlangt. Das Aktionsprogramm wurde ohne Debatte angenommen.

13. Der russisch-jüdische Bolschewismus.

Die Münchener „Allgemeine Rundschau", Herausgeber Dr. Armin Kausen, veröffentlicht in ihrer Nummer 30 vom 24. Juli 1920 einen Aufsatz von Dr. Otto Färber in München: „Der russische Patriotismus"; darin wird über den russischen Bolschewismus das Folgende gesagt:

„Die Entwicklung des Bolschewismus, die Verbindung maßgebender Persönlichkeiten mit ihm, brachte das heroische Werk zustande, aus einer wilden, zentrifugalen Bewegung etwas Geschlossenes, Zielbewußtes zu machen. Es gelang, die anarchistische Volksleidenschaft zu bändigen. Bolschewismus und russische Kraft, russischer Gemeinwille verbanden sich in eins. Das innerste Wesen des russischen Patriotismus ist das Bewußtsein junger, unverbrauchter Kraft, das übermächtig zum Ausdruck kommende Kraftgefühl eines Volkes von 160 Millionen, das sich seiner Größe, der endlosen Heimat erinnert. Diesem Volk eine gewaltige Zukunft abzusprechen, wäre ein verhängnisvoller Irrtum. Siege und Erinnerungen an Siege, der Blick auf das entzweite, phrasenliebende Europa tragen natürlich wesentlich dazu bei, das Kraftgefühl ins Bewußtsein zu rücken. Als einen weiteren Bestandteil des russischen Patriotismus haben wir die Abneigung des Volkes gegen die fremde Ausbeutung zu verstehen. Ruhm und das stolze Bewußtsein einer außerordentlichen Rolle in der Welt beleben die Massen ebenfalls."

Diese Veröffentlichung ist deshalb für uns, ohne daß wir damit irgendwie dem Bolschewismus an sich das Wort reden wollen, beachtenswert, weil die deutschnational-antisemitische Presse täglich behauptet, der jüdisch-bolschewistische Einfluß richte Rußland zugrunde, schon deshalb, um durch die Zertrümmerung Rußlands planmäßig der „jüdischen Weltherrschaft" nahezukommen.

Aehnlich heißt es im Leitartikel der Nummer 30 der „Deutschvölkischen Blätter" vom 22. Juli 1920: „Die russische Menschheitswüste, über die wir in diesen Blättern mehrfach Geheimdokumente der jüdischen Machthaber veröffentlichten, an deren Händen das Blut von Hunderttausenden klebt, darunter Tausender zermarterter, ja gekreuzigter christlicher Priester, läßt zur genüge den „neuen Menschheitsweg" erkennen, auf den die entfesselte ostjüdische „Intelligenz" das leidende Russenvolk geführt hat."

Wir bemerken übrigens, daß die „Allgemeine Rundschau" der Bayerischen Volkspartei (Dr. Heim) nahesteht, und daß sie sogar hin und wieder schon antisemitisch gefärbte Artikel gebracht hat.

Als Ergänzung teilen wir noch mit, was Reichsminister Dr. Simons im Reichstag am 26. Juli lt. Bericht des „Vorwärts" vom 27. Juli 1920 gesagt hat:

„Wir wollen die Sowjet-Regierung nicht als Paria behandeln, weil uns vielleicht ihre Regierungsmethoden nicht passen. Wir sind selbst genügend als Paria behandelt worden, als daß wir uns gegenüber einer anderen Regierung ähnlich verhalten könnten. Man kann der Ueberzeugung sein, daß in Rußland eine Ueberspannung der Räteidee stattgefunden hat. Man darf aber nicht verkennen, daß dort eine enorme aufbauende wirtschaftliche Arbeit geleistet worden ist. (Große Unruhe rechts, anhaltende Bewegung links.) Es ist dort eine Arbeit geleistet worden in der Ueberwindung des Chaos, die unsere ganz besondere Beachtung verdient. Was dort beispielsweise geschehen ist hinsichtlich der Lösung des Problems, der Vereinheitlichung der Kraftquellen, zeugt von einer Tatkraft, die mustergültig ist. (Anhaltende große Unruhe rechts. — Zurufe bei den U. Soz.: Das habt Ihr wohl nicht erwartet!) Mir ist es ganz gleich, was sie erwartet haben oder nicht erwartet haben. Ich fühle mich verpflichtet, hier auf Grund völlig objektiver Quellen die Wahrheit zu sagen. (Lebhafte Zustimmung.)

14. Die Beziehungen des Deutschnationalen Jugendbundes zur Politik und zum Antisemitismus.

Wenn man einige Nummern der „Nationalen Jugend", des Bundesorganes des D. N. J., gelesen hat, so wird man die Empfindung eines wirren Durcheinanders, eines möglichsten Abrückens von einem positiven Programm haben. Die Schriftleitung veröffentlicht unter der Rubrik „Sprecht euch aus", die „ohne Verantwortung der Schriftleitung" in jedem Blatte Platz findet, eingesandte Artikel von jugendlichen Brauseköpfen, die sich mit der Stellungnahme des Bundes zu der Frage der Politik und zur Judenfrage beschäftigen, während der offizielle Teil des Blattes jede Festlegung auf eine bestimmte Richtung ablehnt. Die Tendenz dieser Schaukelpolitik ist klar. Der D. N. J. will offiziell als parteilos im weitesten Sinne erscheinen, wie es Kurt Viebig in Nr. 9 vom 25. 4. 1919 ausdrückt: „Der D. N. J. begrüßt die Mitarbeit aller nationalgesinnten Kreise, wird sich aber nie in ein Abhängigkeitsverhältnis zu irgendeiner politischen Organisation begeben." In Wirklichkeit aber gibt das Blatt größtenteils allen den-

jenigen unreifen Ideen Platz, vor allem nach Ausscheiden K. Viebigs aus der Leitung des D. N. J., die eine scharfe Betonung einer nach rechts orientierten politischen Schulung der Jugend verlangt. („Es muß eine in der Schule einsetzende politische Aufklärung der Jugend, Verherrlichung des Deutschtums, Kampf gegen die inneren Feinde, diese Maulwürfe, die feige und erbärmlich im Finstern schleichen, einsetzen. Das sozialdemokratische Gift muß ausgerottet werden." Th. Baare 6. 6. 1919 Nr. 12.) In einer Broschüre: „Der D. N. J.", Vorschläge und Anregungen von Wilh. Foelhner, schlägt der Verfasser vor: „Als Mitglied wird jeder Deutsche vom vollendeten 12.—20. Lebensjahre aufgenommen." Als Grund für die niedrige Altersgrenze gibt der Verfasser an, daß, wenn der D. N. J. nicht schon politisch völlig unreife Kinder unter seinem Banner sammelt, um sie in seinem Sinne politisch zu schulen, sie in das Fahrwasser der Linksparteien geraten würden. Also nicht freie politische Entwicklung, sondern Beeinflussung der kindlichen Gemüter in einseitiger Weise ist das Ziel des D. N. J. Und das nennt er parteilos!

Nun zur Judenfrage. Diese wird von den jugendlichen Geisteshelden noch wirrer behandelt als die politische Frage. In haßerfüllten Ausdrücken wenden sich Primaner und allenfalls Studenten unter Hintansetzung jeder Gerechtigkeit und Objektivität gegen die Juden als Rasse und Religionsgemeinschaft. „Wir können die Juden" — so schreibt Otto Daube in Nr. 6/7 vom 2. 4. 1920 — „nicht unter uns dulden, die das deutsche Kaisertum, mit ihm die deutsche Kraft, das deutsche Ansehen und die deutsche Ehre vernichten." „Wenn wir Juden aufnehmen," so meint er weiter, „so können wir auch Spartakiden, Polen und Franzosen aufnehmen!" Eine seltsame Zusammenstellung mit Leuten, die mit dem deutschen Volkstum nichts zu tun haben! Franzosen und Polen haben nicht für unser deutsches Vaterland geblutet, wie wir d e u t s c h e n Juden! Auf noch tieferem Niveau bewegt sich der Aufsatz des Herrn Matussik, Spandau, der seine Weisheit aus Th. Fritsches: „Der falsche Gott; Beweismaterial gegen Jahwe" schöpft, ein von vielen christlichen Gelehrten widerlegtes Buch, dessen Verfasser wegen Gotteslästerung gerichtlich bestraft worden ist. Den Höhepunkt aber bilden die Forderungen von Heinz Rocholl in Nr. 11/12 vom 15. 6. 1920. Er sagt wörtlich: „Der Antisemitismus, ein rassengefühlsmäßiger Widerwille gegen die Juden, ist für uns selbstverständliche Voraussetzung."

Wenn die Zeitung auch einigen wenigen vernünftigeren Ideen Raum gibt, so tut sie es offenbar nur, um Objektivität vorzutäuschen. Denn diese werden in Antworten von allen Seiten sofort niedergeschrieen, und die Redaktion versteht es nur schlecht, ihr Einverständnis mit den Ausführungen der antisemitischen Einsender zu verbergen. Im übrigen läßt der Name: „D. N. J." doch nur e i n e Erklärung für seine Tendenzen zu: Verfolgung der Politik, wie es die gleichlautende politische Partei tut und damit verbunden: schärfster Rassen- und Gesellschaftsantisemitismus. Es ist auffällig, daß in antisemitischen und gegenantisemitischen Versammlungen eine gewisse Knüppelgarde jugendlicher Radauhelden auftritt, teils um Andersgesinnte mit Gewalt aus dem Saale zu entfernen, teils um die Versammlungen zu sprengen. Der D. N. J. scheint seine Mitglieder, dem systematischen Vorgehen derselben nach zu urteilen, gut zu instruieren! Wir empfehlen dem D. N. J., die jungen Gemüter lieber zu tiefer und ernster Arbeit und zum Nachdenken über diese Probleme zu erziehen und sie nicht in blinder Verhetzung zu Radaubrüdern zu machen!

15. „Deutschvölkische Warte."

Es dürfte wenig bekannt sein, daß der „D e u t s c h - v ö l k i s c h e S c h u t z - u n d T r u t z b u n d" neben seinen „Deutschvölkischen Blättern" e i n e e i g e n e Z e i t s c h r i f t b e s i t z t, welche nur seinen Mitgliedern zugeht und die zwanglos viermal im Jahr erscheint. Die Nr. 2 vom April 1920 (20. Jahrgang) enthält u. a. die Satzungen des Bundes, wie sie auf der Begründungsversammlung in Bamberg am 19. Februar 1918 (vergl. Nr. 18 der „Mitteilungen".)

Die Nummer, die acht Seiten umfaßt, enthält Artikel, die im wesentlichen den „Deutschvölkischen Blättern" entnommen sind. Interessant ist ein A r t i k e l v o n A l f r e d R o t h „D e r W a h r h e i t d i e E h r e" über den Kapp-Putsch, der endigt:

„In Berlin war es der Ministerialdirektor Lewald, ein Jude, der den Beamtenstreik erklärte, den die gesamte Judenpresse im November 1918 unter allen Umständen für ein Staatsverbrechen ausgab. Freilich, heute lagen die Dinge insofern anders, als die Mitschuld so vieler Beamten an Schiebung und Schleichhandel ihnen eine tatwillige Regierung Kapp unerträglich erscheinen lassen mußte. Darum und nur darum konnte es den jüdischen Machern gelingen, die Beamten zu verleiten, die Erfordernisse des Gemeinwohles diesmal zu mißachten.

Das ist die Wahrheit! Deutsche duldet's nicht, daß sie verdunkelt werde. Noch einmal ist es Juda gelungen, sich im Sattel zu halten. Aber das deutsche Pferd bockt und mit angstverzerrten Zügen macht sein Reiter und Peiniger seinen Todesritt. Die Stunde kommt gewiß, wo Judas Ischarioth seinen Meister findet.

Dann Heil den Deutschen!"

Wir bitten, hier wieder die schon von Roth wiederholt ausgesprochenen Drohungen zu beachten.

Schließlich weisen wir noch auf die nachfolgend abgedruckte amtliche Mitteilung der Bundesleitung hin:

„A m t l i c h e M i t t e i l u n g e n.

Die Ausbreitung des Bundes hat auch im 1. Vierteljahr 1920 über alles Erwarten erfreuliche Fortschritte gemacht.

Im Zeitabschnitt vom 1. 1. 1920 bis 20. 3. 1920 einschl. sind folgende

n e u e O r t s g r u p p e n

eingerichtet:

Arnstadt i. Thür., Bad Aibling, Belgrad a. d. Pers., Bielstein (Rhld.), Braunschweig, Bünde i. W., Buer i. W., Celle i. H., Detmold, Eckernförde, Emden, Freiburg i. Brsg., Glückstadt i. H., Gummersbach (Rhld.), Hagen i. W., Hamborn, Helmstedt i. Brschw., Werne i. W., Hille i. W., Hirschberg i. Schles., Hüsten, Ilmenau, Laasphe i. W., Lage i. Lippe, Langballig-Unewatt, Langendreer, Lüdenscheidt, Münster i. W., Neheim, Neuhaus-Sennelager, Nienburg a. W., Oldenburg i. Gr., Pforzheim, Pillau, Regensburg, Remscheid, Rietberg i. W., Rimderoth i. Rhld., Soest i. W., Schievelbein i. Pomm., Stade i. H., Staffelstein, Stralsund,

Teutschental, Tübingen, Uelzen i. H., Wiesbaden-Biebrich, Wolffenbüttel, Zwickau i. Sa.

Insgesamt sind somit 149 Ortsgruppen eingerichtet.

In Vorbereitung genommen sind folgende neue Gruppen: Altenburg i. Sa., Bautzen, Bonn a. Rh., Burgstädt i. Sa., Bütow i. W., Forst i. L., Frankfurt a. Oder, Glatz, Gotha, Grimma i. Sa., Höxter i. W., Ilver i. Oldbg., Lehmrade, Lindenfels i. O., Nordhausen a. H., Oberstdorf i. B., Rhein i. Ostpr., Rosenheim i. B., Sensburg i. Ostpr., Siegen i. W., Spielberg, Schneidemühl, Schweidnitz, Waldenburg i. Schles., Waldkirchen, Wildbad, Winsen a. L., Zerbst.

In Aussicht genommen sind folgende Gruppen: Aachen, Arnswalde, Bensheim, Coblenz, Dargun i. M., Dorteweil b. Frkf. a. M., Freiberg i. Sa., Goslar, Hof a. S., Kupferdreh, Lippstadt, Mainz, Olping i. B., Oldesloe, Straubing, Tauberbischofsheim, Insel Wangeroog, Wrietzen.

Zu Gauvereinigungen sind ferner zusammengeschlossen: Freistaat Sachsen, Gesch.-Stelle Dresden, Wilsdrusserstr. 25, Süd-Bayern (südl. d. Donau), Gesch.-Stelle München, v. d. Tannstr. 14.

Abgeschlossen am 20. März 1920."

Wir bitten, nicht zu übersehen, daß der Bund schon Ende März über 149 Ortsgruppen verfügte, zu denen sicher inzwischen eine Anzahl neuer gekommen sind.

16. Sie wollen keine Pogrome!

Unsere Belege für die pogromheischende Agitation weiter antisemitischer Kreise (siehe „Mitteilungen" Nr. 5 u. 11) vermehren wir heute um zwei neue: In der Düsseldorfer „Freie Meinung" vom 13. Juli 1920 (No. 21) endet der Leitartikel mit folgendem:

Deutscher Michel wache auf, ehe es zu spät ist! Dir geht es ebenso; schon warten die Levys, Radek, Cohn, Hirsch, Meier und die ganze koschere Nation darauf, dir die Gurgel vollends zuzudrücken. Was die Juden in den Kriegsgesellschaften nicht schon durch Schiebungen aller Art fertig brachten, suchen sie jetzt zu vollenden durch Verhetzung der Arbeitermassen. Und der deutsche Arbeiter merkt nicht, wohin die Fahrt mit den Juden geht, er merkt nicht, daß der Jude die Macht will, er merkt nicht, daß Rußland ausgepreßt ist, wie eine Zitrone. Nun soll unser Deutschland an die Reihe kommen — deshalb drängen sich die Juden in die Führerstellen, drängen sich zu den Regierungsstellen, spielen sich in den Versammlungen auf, als — Arbeiter. Kerle, die nie im Leben einen Streich gearbeitet, nur von Uebervorteilung ihrer Mitbürger leben.

Deutscher Arbeiter, deutscher Bauer, deutscher Bürger wache auf, ehe es zu spät ist. Zertrete deine Peiniger, deine Blutsauger, vernichte — die Vampire!

Die entsprechenden Schritte bei der Staatsanwaltschaft sind unternommen.

* * *

Im Heft 6 von „Deutschlands Erneuerung", Monatsschrift für das deutsche Volk, 4. Jahrgang 1920, Juni, unter dessen Herausgebern Leute wie der Freiburger Universitätsprofessor v. Below, der Münchener Mediziner v. Gruber, der Berliner Theologe Geheimrat Seeberg genannt sind, schreibt Walter Liek in dem Aufsatz: „Der deutsche Arbeiter und das Judentum" auf S. 376 das Folgende:

„Ja, aber was können wir denn tun, wird sich wohl so mancher deutsche Arbeiter gefragt haben, der dahintergekommen ist, wie sehr er von seinen „Führern" an der Nase herumgeführt worden ist und wird; sollen wir die Juden totschlagen? Nein, das geht nicht, und hätte auch keinen Sinn. Dagegen haben die Juden und ihre republikanische Regierung längst Vorsorge getroffen. Nehmen wir einmal an, in ganz Deutschland brächen Pogrome aus und etwa 10 000 Juden fielen ihnen zum Opfer; das wäre schon ein sehr hoher Prozentsatz, wie er erfahrungsgemäß sehr selten erreicht wird; wahrscheinlich würde dabei auch noch eine Menge deutsches, von Juden und Hoböhmen zum Schutze aufgerufenes Blut mitfließen. Nach zuverlässigen deutschen Angaben sind aber aus dem Osten schon allein etwa 60—70 000 neue Juden mit Erlaubnis und unter Begünstigung der Berliner republikanischen Regierung eingewandert; für jeden totgeschlagenen Juden wären also aber 6—7 neue Juden vorhanden."

Man merke sich diese Stelle aus der „vornehmen", von bekannten Gelehrten und Politikern herausgegebenen deutschvölkischen Zeitschrift genau. Liek hat moralisches Bedenken, die Juden totschlagen zu lassen. Zehntausend aber sind ihm zu wenig. Könnte man „erfahrungsgemäß" einige Hunderttausende kalt machen und käme man so zum Ziele, so hätte er nichts dawider.

17. Die Pogromgefahr.

Der rechtsstehende politische Schriftsteller Hans von Hentig, der, wenn wir nicht irren, ein Sohn des früheren thüringischen Ministers von Hentig und Herausgeber des Buches „Mein Krieg" ist, veröffentlicht neue Aufsätze über „Die Entartung der Revolution", K. F. Köhler-Verlag, Leipzig 1920. Der 4. Aufsatz ist benannt „Zur Psychologie des Pogroms". Wir geben seinen Anfang im folgenden wieder und verweisen insbesondere auf den letzten Satz.

„Seit Lombroso hat sich kein ernsthafter Kriminalist mit dem Antisemitismus mehr beschäftigt, ein Zeichen, wie diese Bewegung in den letzten 25 Jahren an Virulenz abgenommen hatte und dadurch kriminalistisch nahezu bedeutungslos geworden war. Seit der deutschen Revolution ist ein plötzlicher, in seiner elementaren Wucht erstaunlicher Umschlag da. Wer nicht wie ein gelangweilter Beamter die Oberfläche der Dinge in kurzen Bureaustunden überfliegt, wer mit allen Mitteln, die Wissenschaft, Erfahrung und persönliches Interesse bieten, den tiefen Unterströmungen nachgegangen ist, aus denen sich die Zukunft gestaltet, kann die Befürchtungen der Juden nicht für übertrieben halten, ja muß beinahe sagen, daß die Gefahr wahrscheinlich größer ist, als sie ängstliche Gemüter sich ausmalen."

Der Aufsatz erscheint der „Deutschen Tageszeitung" so wichtig, daß ihr J. Br.-Redakteur (Bucher) dem Aufsatz einen Leitartikel widmet, worin er die Pogromgefahr abstreitet und sagt, „mit einem Gewaltakt die Judenfrage erledigen zu wollen, wäre Wahnsinn, verhülfe übrigens den Juden nur zu neuer Macht!"

Es wäre trotzdem verfehlt, dieser antisemitischen St mme irgendwie Gehör zu schenken. Wer die Vorgä nge im Lager unserer Gegner sorgfältig beobachtet, der kann nur zu dem Ergebnisse des Herrn von Hentig kommen. (Siehe auch Bücherschau).

18. Zu den Unruhen in Hamburg.

Das „Hamburger Echo“ Nr. 295 vom Montag, den 28. Juni, berichtet in der Abendausgabe unter der Rubrik „Tagesbericht Hamburg: Die Teuerungsunruhen“ eine Schilderung der Vorgänge, die zur Verhängung des Ausnahmezustandes über Groß-Hamburg geführt haben. Interessant und bemerkenswert ist folgender Passus des Berichtes: „Der planmäßige Verlauf dieser Aktion läßt auf einen einheitlichen Anstoß schließen. Es ist anzunehmen, daß irgendwelche Spitzel am Werke sind, die das Volk zu Plünderungen verleiten, um dann reaktionäre Gegenmaßnahmen zu erzwingen. Bestärkt werden wir in dieser Auffassung durch nachstehendes Flugblatt, das am Sonnabend während der Unruhen hier verbreitet worden ist.“

Dann folgt ein Abdruck des bekannten deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund-Flugblattes, das die verleumderischen Angaben über die Firma Lewin enthält. Die Zeitung fährt dann weiter fort:

„Diese schamlose Hetze, die offenbar Judenpogrome heraufbeschwören soll, ist kennzeichnend für die Art, wie das reaktionäre Gelichter die Volksleidenschaften aufzustacheln sucht,“ und weiter unten heißt es: „Allen Arbeitern und Arbeiterfrauen rufen wir zu: Aufgepaßt! Spitzel! Der Volkszorn gegen den Wucher darf nicht mißleitet werden von dunklen Elementen!! Hütet Euch vor den „radikalen“ Phrasenhelden. Fragt sie, in wessen Solde sie stehen!“

Wir haben diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen. Den Hamburger Bürgern aber, in deren Mauern der Schutz- und Trutzbund seine Hochburg aufgeschlagen hat, rufen wir zu: videant consules.

19. Wie Antisemiten lügen!

Die „Deutsche Zeitung“ vom 15. Juni 1920 brachte im „Unpolitischen Teil“ folgende Notiz:

„Zur Stadtverordnetenwahl!

Unsere bisherigen Stadtväter!

Man schreibt uns: In einem Berliner Krematorium wurde ein Jude verbrannt. Danach kommt ein anderer Jude zu dem betr. Beamten (Aufseher?) und stellt ihn zur Rede, wie er es wagen könne, bei einer Leichenfeier eines Juden ein Kruzifix im Raume stehen zu lassen. Der Beamte entschuldigt sich: das stände nun einmal für fest da, er hätte auch keinen anderen Platz dafür usw. Da nimmt der Jude das Kruzifix und schmeißt es zu Boden, so daß es zerbricht. Mein Gewährsmann versuchte nun, die betr. Beamten zu bewegen, ihre Aussage bei Anhängigmachung herzugeben. Sie verweigerten das aber und baten himmelhoch, er möchte die Angelegenheit auf sich beruhen lassen; denn sonst würden sie alle um ihr Brot kommen. Der Täter nämlich sei — einer der Berliner Stadtväter, der im Dezernat für Berliner Krematorien eine recht bedeutende Rolle spielt.“

Die angestellten Ermittlungen bei der Beerdigungs-Inspektion des Berliner Magistrats haben die vollkommen falsche Darstellung des Vorfalls ergeben. Der Magistrat hat unter dem 28. Juni die folgende Berichtigung an die Redaktion der „Deutschen Zeitung“ gesandt.

„An die
Redaktion der Deutschen Zeitung
SW. 11,
Hedemannstr. 12.

Die verehrliche Redaktion
bitten wir mit Bezugnahme auf die in Ihrer Nummer 265 vom 15. Juni enthaltene Zuschrift „Unsere bisherigen Stadtväter“ um gefälligen Abdruck der nachstehenden Richtigstellung ergebenst:

„Ein Warteraum dient im Bedarfsfalle als zweite Einsegnungshalle und ist entsprechend ausgestattet. Das Kruzifix steht jedoch nur bei Trauerfeiern auf dem Altar, sonst auf dem Erdboden daneben. Vor längerer Zeit warteten hier Leidtragende einer jüdischen Einäscherung auf den Beginn einer in der Hauptkapelle angesetzten Feier und nahmen Anstoß daran, daß das Kruzifix sichtbar aufbewahrt werde. Auf den Hinweis eines Teilnehmers wurde das Kruzifix mit Rücksicht darauf, daß eine jüdische Einäscherung bevorstand, sogleich entfernt. Das Kruzifix ist von keinem der Leidtragenden berührt worden und ist völlig unversehrt.“

Es ist bezeichnend für die Wahrheitsliebe der „Dtsch. Zeitung“, daß sie bis heute diese Berichtigung nicht gebracht hat.

20. Und weiter die jüdische Filmfabrikation.

In der Nr. 20 der „Mitt.“ taten wir durch die Wiedergabe einer Anzeige aus der „Deutschen Zeitung“ dar, wie es mit der von antisemitischer Seite geflissentlich verbreiteten Behauptung der „jüdischen Filmindustriebeherrschung“ bestellt sei. Die Berliner „Freiheit“ berichtet weiter in ihrer Nummer 295 (24. 7. 20) das Folgende:

„Die Universums-Filmaktiengesellschaft, kurz „Ufa“ genannt, ist durch gewaltige Kapitalübernahme aus amerikanischen Quellen ein mit überwiegend ausländischem Kapital betriebenes Unternehmen. Um ihre kapitalistischen Interessen auch in amtlichen Stellen wirkungsvoll vertreten zu können, hat diese Gesellschaft jetzt einen ihrer Beamten, Herrn von Mombart, den ehemaligen Presseleiter der Gesellschaft, an die leitende Stelle des Film-Dezernats des Auswärtigen Amtes geschmuggelt. Das Auswärtige Amt entschuldigt sich jetzt mit der Behauptung, daß Herr Mombart aus der Ufa ausgeschieden sei und irgendeinen Filmfachmann habe man doch nehmen müssen. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß Herr v. Mombart niemals Film-Fachmann gewesen ist, sondern bis vor wenigen Wochen noch Königl. Preuß. Offizier war. Vor allem aber ist Herr v. Mombart der Schwager des Herrn von Strauß, des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Ufa, hat also auf diese Art die engsten Beziehungen zu dem Unternehmen. Nach diesen Enthüllungen, die jetzt allgemein die Presse beschäftigen dürften, wird sich das Auswärtige Amt wohl doch entschließen müssen, sich an Stelle des Herrn v. Mombart einen anderen Film-Dezernenten zu suchen.“

Kommentar überflüssig.

21. Jungdeutscher Orden.

Der „Vorwärts" berichtet in seiner Abendausgabe vom 3. Juli 1920 über die Gründung des „Jungdeutschen Orden, Brüderschaft Frankfurt a. M.", der folgenden Brief versandte:

> Jungdeutscher Orden, Brüderschaft Frankfurt a. M.
>
> Eine verehrliche Verbindung bittet Unterfertigter in dringendster vaterländischer Angelegenheit zwei Vertreter nach der Kneipe der Burschenschaft „Teutonia", Varrentrappstr. 17, part., entsenden zu wollen. Die Versammlung befaßt sich mit der Frage, die bereits am Samstag, den 5., und Sonntag, den 6. Juni, in drei Besprechungen behandelt wurde. Referent erstens A. Mahrum, Kassel, Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, zweitens ein Komilitone der Marburger Universität, drittens der Großmeister des Jungdeutschen Ordens, Brüderschaft Frankfurt a. M., Universitätsprofessor Dr. S. Giese.
>
> Wir appellieren an den vaterländischen Geist der deutschen Studentenschaft und bitten dringend um vollzählige Beteiligung.
>
> Der Jungdeutsche Orden, Brüderschaft Frankfurt a. M.
> F. Renner, Schriftführer.

Es handelt sich nach unseren Ermittelungen um einen von Kassel ausgegangenen Versuch alldeutsch-antisemitischer Kreise, sich einen Ersatz für die Zeitfreiwilligen und eine Truppe für eigene politische Zwecke entgegen dem republikanischen Führerbund zu verschaffen; die Truppe schließt alle Elemente aus, die von vornherein freiheitlicher Gesinnung verdächtig sind, namentlich Juden, ihre Führung ist scharf antisemitisch und hat an den verschiedensten Universitäten, auch in Marburg bereits ihre Organisationen gebildet. Sie besitzt auch Waffen.

Aus Gotha wird uns gleichfalls mitgeteilt, daß dort seit einigen Wochen von einer Vereinigung „Jungdeutscher Orden" Geldbeträge gesammelt werden, angeblich zu dem Zweck, sogenannte Stoßtrupps anstelle der zur Auflösung kommenden Einwohnerwehren zu organisieren. Die Sammlungsaufforderung ist von einem der fanatischsten Antisemiten in Gotha unterzeichnet, der sich als Großmeister des erwähnten Ordens bezeichnet.

22. „Wirtschaftliche Vereinigung deutschnationaler Kriegsteilnehmer."

Von verschiedenen Freunden sind Anfragen über die „Wirtschaftliche Vereinigung deutschnationaler Kriegsteilnehmer" eingelaufen. Die Vereinigung selbst teilt zwar auf eine Anfrage mit, daß ihr jedes national denkende Mitglied ohne Rücksicht auf Religion willkommen sei. Ein Gesinnungszwang in politischer oder religiöser Beziehung solle auf die Mitglieder nicht ausgeübt werden. Jede Behandlung parteipolitischer und religiöser Fragen sei in den Verhandlungen und auf den Veranstaltungen der Vereinigung ausgeschlossen. Zum Schluß wird aber „von den Mitgliedern erwartet, daß sie deutsch empfinden und allen internationalen Bestrebungen fern bleiben."

Von anderer Seite werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß mit der Bezeichnung „deutschnational" sicher auf ganz bestimmte Leute reflektiert wird.. Die Vereinigung ist in weiten Kreisen ziemlich unbekannt. Schließlich wurde uns noch gemeldet, daß einem Herrn, der im Büro der Vereinigung seine Anmeldung vollziehen wollte, auf seine Erklärung, er sei Jude, eine ausweichende Antwort erteilt wurde.

23. Der „Publizist" Quindel.

Unter dieser Ueberschrift haben wir uns in Nr. 4 der „Mitteilungen" dieses Jahres mit dem Lebenslauf und den Vorstrafen des Herrn Quindel beschäftigt. Herr Quindel hat jetzt seine erfolgreiche Tätigkeit erneut in Hannover aufgenommen und widmet sich seiner neuesten Gründung, dem „Verband der freien Germanen", den er Anfang Juli ins Leben gerufen hat. Unter der Devise „Nieder mit der Internationale der Juden" versendet er Rundschreiben, welche die Mitgliederwerbung zum Zweck haben und in denen Herr Quindel sich als „Präsident für Hannover, Braunschweig und Westfalen" vorstellt. Der „Hannoversche Kurier" bezeichnet in einem Artikel „Quindel redivivus" (15. Juli morgens) den „Verband der freien Germanen" als einen neuen Namen für „Quindelwerte", vor denen nicht eindringlich genug gewarnt werden kann.

* * *

Die „Deutschvölkischen Blätter" Nr. 28 vom 8. Juli bringen die beiden nachfolgend abgedruckten Rechtfertigungsnotizen, da ihnen das Tatsachenmaterial, das jetzt allmählich über Herrn Quindel in die Oeffentlichkeit dringt, auf die Nerven fällt. Die Notizen lauten:

> 1. Wer ist Herr Quindel?
>
> Unter dieser Ueberschrift wird der Herausgeber der in großen Mengen erscheinenden antibolschewistischen-antijüdischen Vorträge von gemeinstem Judengesindel in einem Flugblatte persönlich angegriffen.
>
> Ein Mann, dem jüdischer Geschäftsgeist vor etwa 8 Jahren den Hals brach und der in Kürze ein Buch „Jüdische Geschäftsmoral" herausgibt, um seine persönlichen Erlebnisse der Oeffentlichkeit zu unterbreiten.
>
> An dem Lebensschicksal dieses Mannes ist das gemeinste, hinterlistigste und ehrloseste Verbrecherwerk der Juden in Erfüllung gegangen.
>
> Das ist Herr Quindel, der mit heldenhaftem Mut gegen die verlogenste, bis ins innerste Mark hinein raffinierte Lügenmoral der Juden kämpft.
>
> Herr Quindel ist ein Mann, der mit offenen Augen sieht und die schleunigste Ausweisung aller Juden verlangt. An den mit großer Sachkenntnis gehaltenen Vorträgen kann selbst der verlogene Jude nichts ableugnen oder verdrehen.
>
> Deutsche! Diesem Mann, der nach Beförderungen mit Ehren und Auszeichnungen aus dem Felde heimkehrte, wollen wir nicht nachtragen, daß er nicht verlogen und raffiniert genug war, um sich früher aus dem großangelegten Vernichtungsfeldzug der Juden heraus-

zuhauen. Er ist damals unterlegen, steht heute aber als ganzer Mann vor uns, der furchtlos und treu für uns Deutsche kämpft.

Ganz andere Männer als Herr Quindel mußten schon der jüdischen Gemeinheit zum Opfer fallen. Der deutsche Arbeiter kann erst dann wieder glücklich werden, wenn jeder jüdische Einfluß beseitigt ist.

Seine Freunde.

2. Herr Georg Quindel (Hannover) bittet uns um Aufnahme nachstehender Notiz: Von jüdischer Seite werde ich in der schmutzigsten Weise angegriffen, weil man nicht in der Lage ist, meine Vorträge über „Bolschewismus und Judentum" sachlich zu widerlegen.

Ich war vor zehn Jahren Leiter einiger Gesellschaften, die im Entstehen begriffen waren. Durch Bestechungen hetzte man die Presse auf diese neuen Unternehmungen, weil sie Konkurrenzwerke der anschließenden jüdischen Werke waren. Die beabsichtigte Wirkung blieb nicht aus. Es wurde uns unmöglich gemacht, weitere Aktien dieser Gesellschaften abzusetzen, wodurch deren Zusammenbruch herbeigeführt wurde. Als Leiter bin ich dafür verantwortlich gemacht. Die Begründung ging dahin, daß ich mit der Möglichkeit hätte rechnen müssen, die Aktien nicht alle abzusetzen. Ich warf den betr. Richtern Rechtsbeugung vor, da sie die schamlosen jüdischen Machinationen hätten erkennen müssen. Es erfolgte meine Verurteilung wegen Beleidigung.

Judas Ziel war erreicht! Ich aber bin von dieser Stunde Antisemit. Meine Vorträge erscheinen im Druck und sind kostenlos zu haben.

Hochachtungsvoll
Georg Quindel.

24. Der Spiritist Ellegaard Ellerbeck.

Wir haben in Nr. 5 v. 1. 8. der Mitteilungen vom vorigen Jahr über die „spiritistischen Sitzungen" des Herrn Ellegaard Ellerbeck und die Maßnahmen, die von unseren Ortsgruppen gegen ihn getroffen worden sind, berichtet. Nach einer Notiz, die im „Hannoverschen Tageblatt" vom 20. Juni d. J. abgedruckt wurde, ist Ellerbeck jetzt als Pseudo-Okkultist entlarvt worden. Wir veröffentlichen nachstehend die betreffende Notiz im Wortlaut und bemerken, daß wir über Ellegaard Ellerbeck noch weiteres persönliches Material besitzen, das wir unseren Freunden auf Wunsch gern mitteilen. Die Notiz im „Hann. Tageblatt" lautet:

„Aufdeckung eines modernen Riesenschwindels auf okkultem Gebiete lautete das Thema, das in einem von der hiesigen Gesellschaft für wissenschaftlich-okkultistische Forschung und Aufklärung veranstalteten öffentlichen Vortrage am Mittwoch im Saale des „Landesheims" behandelt wurde. Der Referent, Zahnarzt Niemeyer-Hannover, der sich seit 15 Jahren sehr eingehend mit den okkultistischen Problemen befaßt hat, wies eingangs seiner Ausführungen darauf hin, daß der Kampf der Weltanschauungen, des Monismus bzw. Materialismus gegen den Spiritualismus, immer schärfere Formen annehme. Die größten Feinde der Okkultisten seien aber nicht die Monisten und sonstigen öffentlichen Gegner, sondern vielmehr die Pseudo-Okkultisten, die in den eigenen Reihen sich breitmachten. Zu diesen letzteren gehöre vor allen Dingen Ellegaard Ellerbeck, der durch seine schriftstellerische und rednerische Tätigkeit in deutschvölkischen, alldeutschen, okkultistischen und anderen Kreisen ziemlich weit bekannt geworden ist. An Hand eines erdrückenden schriftlichen Beweismaterials und durch Bestätigung der anwesenden beteiligten Zeugen legte der Referent dar, wie alle Veranstaltungen, Gründungen und sonstigen Bestrebungen Ellerbecks alias Gustav Leisners nur darauf gezielt hätten, ihm persönliche Vorteile zu verschaffen. Erst seit dem Jahre 1917 habe Ellerbeck begonnen, sich mit dem Okkultismus zu beschäftigen, von dem er vorher keine Ahnung gehabt habe, wie durch Zeugen aus Hannover bestätigt wurde, mit denen er seine ersten okkultistischen Studien gemacht habe. Später habe E. stets behauptet, sich seit vielen Jahren mit Okkultismus beschäftigt zu haben, was durch die Zeugen ja widerlegt sei. Der Referent stellte zum Schluß ausdrücklich fest, daß er seine Mitteilungen nur deshalb gemacht habe, weil er für den Okkultismus kämpfe, der mit Energie alle Pseudo-Okkultisten aus seinen Reihen entfernen müsse."

25. Antisemitische Einzelfälle.

a) Hetze gegen Prediger Rülf in Detmold.

Unter der Anklage der Aufreizung zu Gewalttaten gegen die Juden hatten sich die Handlungsgehilfen Th. K. und W. D. und der Schriftsteller F., sämtlich aus Detmold, Ende Juni vor dem Schöffengericht zu verantworten. Die Angeklagten hatten Hetzzettel folgenden Inhalts an Fensterscheiben, Häuser usw. geklebt:

„Christeneltern, laßt eure Kinder nicht die Volksschule besuchen, an der ein jüdischer Geistlicher unterrichtet. Der Fluch eurer Kinder treffe euch! Nieder mit den Juden!"

Der in den Zetteln erwähnte Geistliche ist der Schriftführer unserer Ortsgruppe Detmold, Prediger Rülf. Das Urteil lautete auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuches gegen den Angeklagten F. auf 200.— M. Geldstrafe, gegen die beiden anderen Angeklagten auf je 50.— M. Strafe.

b) Gymnasialdirektor Baar.

Ein Freund unserer Sache berichtet uns, daß in Linz, einer Stadt, in welcher der Antisemitismus bisher wenig hervortrat, Mitte Juni jüdische Häuser, darunter auch die Synagoge, mit Hakenkreuzen beschmiert worden sind. Da Gründe dafür sprachen, daß diese Maßnahmen ihren Ausgangspunkt im humanistischen Gymnasium hatten, wandte sich die betreffende Persönlichkeit an den Direktor Dr. Baar mit der Bitte, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Dr. Baar, der in Linz als toleranter einwandfreier Mann bekannt ist, sagte zunächst Maßnahmen zu, schrieb dann aber folgenden Brief:

„In der von Ihnen berührten Angelegenheit habe ich mich erst an das Lehrerkollegium gewandt, fand aber dabei wenig Unterstützung. Die Ursache der Hetze, sagen manche, liege in erster Linie bei den Juden selbst; Verspottung christlicher Einrichtungen und Gebräuche in Zeitungen, Drückebergerei in den letzten Jahren des Krieges, Lähmung der inneren Front durch pazifistische Propaganda (Freiheit durch die Feinde), Schieberei, Frechheit der Herren Dr. Cohn und Sinzheimer gegen Hindenburg-

Ludendorff, Vordrängen bei der Revolution und bei maßgebenden Stellen (sog. Judenregiment), Hereinlassen der Juden aus Galizien und Polen nach Deutschland. Nun ist es klar, daß die meisten Ihrer Religionsgenossen völlig unschuldig sind und daß es daher für ehrlich und vornehm denkende Juden höchst ungerecht erscheinen muß, von der Hetze gegen die schlechten Elemente mitbetroffen zu werden. Es gibt aber auf die Dauer kein anderes Gegenmittel, als daß die Juden zur Selbsthilfe gegen ihre eigenen faulen und nichtsnutzigen Elemente vorgehen, statt sie solidarisch zu schützen durch die Macht ihrer Presse; sie gehen offensiv gegen die Mitbürger deutscher Abstammung vor und können sich nicht beklagen, wenn man ihnen gegenüber dasselbe tut. Die Empörung ist furchtbar und es wird auf die Dauer sicher zu Pogromen kommen, wenn die Juden nicht die Sachlage besser verstehen.

Zeitungen nehmen Ausführungen wie solche nicht auf; deshalb schreibe ich sie Ihnen als Ihr alter Lehrer und Freund Ihres leider allzu früh verstorbenen Vaters. Sie können davon jeden beliebigen Gebrauch machen, auch mit Namensnennung.

Mit ergebenstem Gruß

gez. Dr. Baar."

Ein Kommentar zu diesen ungezählte Male widerlegten Verleumdungen erübrigt sich.

c) Die Binzer Schlagsahne.

Professor Römer, der Leiter der Greifswalder Augenklinik, veröffentlicht im „Greifswalder Tageblatt" vom 14. 7. 20 (Nr. 163) folgenden Aufruf:

Arbeiter Greifswalds!

Ich bitte um Eure Hilfe, nicht in Form von Gewaltmaßnahmen, sondern in der Wahrung gesetzlicher Vorschriften zur Durchführung gerechter, sozialer Maßnahmen. Noch immer leiden unzählige kranke Kinder unseres Volkes in schauerlicher Weise darunter, daß wir Aerzte ihnen nicht genügend Milch, Sahne, Butter zukommen lassen können. Seht Euch solche Kinder in meiner Klinik an und dann schickt Eure Vertreter einmal nach Binz a. Rügen! Dort werdet ihr sehen, wie Hunderte von fetten Weibern sich im sogenannten Familienbad halb nackt im Sande rekeln und dann in großer Toilette zum Kaffee in den Restaurants zu 5 Mark pro Portion echte Schlagsahne essen! Ich habe es mit eigenen Augen gesehen! Wie ist es möglich, daß täglich hunderte von Litern Milch in den Bädern zur Herstellung von Schlagsahne verwendet und den feisten Weibern, meist jüdischer Rasse, zugute kommen, während Tausende von Kindern unseres armen deutschen Volkes sterben und verderben müssen? Arbeiter, seht Euch selbst einmal diesen Zustand an! Ich bin bereit, einem Eurer Vertreter die Reisekosten aus meiner Tasche zu ersetzen. Dann protestiert mit mir bei Euren Vertretern der Regierung, die Ihr gewählt habt und helft mit, daß diesen Zuständen ein Ende gemacht wird!

Geh.-Rat Prof. Römer.

Wir hatten darauf folgende Entgegnung für die Greifswalder Presse als Anzeige verfaßt:

„Arbeiter Greifswalds!

Mit verständlicher Entrüstung weist Geheimrat Prof. Römer in den Greifswalder Zeitungen darauf hin, daß in verschiedenen Bädern Milch und Schlagsahne wohlgenährten Personen gegen gute Bezahlung zugeführt werden, während schwächliche Kinder und Kranke daran bitteren Mangel leiden. Einen jeden anständigen Deutschen gleichviel welcher Religion, wird diese Tatsache empören und er wird bestrebt sein, Abhilfe zu schaffen. Die Einmütigkeit aller anstänidg gesinnten Deutschen wird aber von Herrn Geheimrat Prof. Römer dadurch empfindlich gestört, daß er diese ernste Angelegenheit zu einem antisemitischen Angriffe benutzt, indem er schreibt, es seien „meist Weiber jüdischer Rasse", die sich so am Volkswohle vergingen. Daß es unter den deutschen Juden solche Missetäter gibt, bestreiten wir am allerwenigsten. Sie fallen unserer Verachtung anheim.

Warum teilt aber Geheimrat Römer der Oeffentlichkeit nicht mit, daß in dem rein antisemitischen Bade Zinnowitz ebenso Schlagsahne und Milch verkauft werden, einem Orte von dem die Badedirektion schreibt, daß sie den (antisemitischen) Tendenzen machtlos gegenübersteht und durch unliebsame Zwischenfälle in für sie selbst peinliche Situation gerät?

Warum verschweigt Herr Geheimrat Römer, daß in den Konditoreien verschiedener Großstädte Mitteldeutschlands mit geringer jüdischer Bevölkerung, deren Namen wir zu nennen jederzeit bereit sind, Kuchenwaren aus feinem Weizenmehl zum Verkauf gestellt werden?

Schließlich fragen wir Herrn Geheimrat Römer an, ob die rein „arischen" Erzeuger und Verkäufer in den von ihm genannten Fällen gleiche, wenn nicht höhere Schuld trifft, als die Verbraucher, deren Verhalten gewiß nicht irgendwie beschönigt werden soll?

Aus diesem folgt: Es wird in allen Bevölkerungskreisen, ob christlichen, jüdischen, gesündigt. Gegen diese Sünder vorzugehen, ist Pflicht und Selbstverständlichkeit aller anständigen Deutschen, der christlichen wie der jüdischen. Leitet man dieses Vorgehen durch einen Volksteil verletzende Verallgemeinerungen ein, so tut man der Sache einen schlechten Dienst.

Centralverein deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens."

Diese Entgegnung brauchte jedoch nicht zur Veröffentlichung zu kommen, da inzwischen von Greifswalder studentischer Seite die folgende geschickte Entgegnung im Greifswalder Tageblatt vom 15. Juli 1920 veröffentlicht wurde:

„Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernehmen wir keine Verantwortung. Die Schriftleitung).

In der Verurteilung der von Herrn Geheimrat Römer gerügten Mißstände weiß ich mich mit den anständigen Menschen aller Klassen und Parteien einig. Nicht aber ist meines Erachtens der Ton zu billigen, in dem auf die Mißstände hingewiesen wird. Läßt sich denn die „Durchführung gerechter, sozialer Maßnahmen" nicht anders, als durch geschmacklose und einseitige Angriffe auf das Judentum erreichen? Wer wirklich sozial und national empfindet, sollte es vielmehr begrüßen, daß die Hitze und Erbitterung des

Wahlkampfes etwas nachgelassen hat. Es bedarf keines Hinweises, daß von dem sittlichen Verfall alle Kreise des Volkes gleichmäßig betroffen sind. Schieber und Kriegsgewinnler finden sich nicht nur in jüdischen Kreisen; geschlemmt wird nicht nur von jüdischen Badegästen. Sind denn diejenigen, die die Milch zu Wucherpreisen in die Badeorte schicken, anstatt sie zum Höchstpreis an die Ablieferungsstellen zu senden, Juden? Ist der Hehler nicht ebenso schlimm wie der Stehler? Haben sich denn die Juden zurückgehalten, wenn es galt, wohltätig zu sein? Ist es nicht bekannt, daß gerade die Leser der als „Judenblätter" verschrieenen Zeitungen Millionen aufgebracht haben, um hungernde Großstadtkinder aufs Land und an die See zu schicken? Peccatur intra et extra muros. Jede Verallgemeinerung ist vom Uebel!

Sollten etwa die Greifswalder Juden für Ausschreitungen einzelner auswärtiger Glaubensgenossen verantwortlich gemacht werden? Oder sind gar Beweise für die mangelnde soziale und nationale Gesinnung der hiesigen jüdischen Einwohner vorhanden? Genügt es nicht, daß von einigen fünfzig jüdischen Einwohnern Greifswalds (einschließlich Frauen und Kinder) sieben an der Front gekämpft haben, von denen drei gefallen sind und einer zum Krüppel geschossen ist?

Obgleich es mir persönlich zuwider ist, gleichsam pro domo zu sprechen, halte ich es für meine Pflicht, einseitigen und tendenziösen Darstellungen entgegenzutreten.

Gerhard Mamlok, cand. jur.

Ferner hat sich inzwischen auch der Kurdirektor von Binz dazu in der Greifswalder Zeitung vom 26. Juli wie folgt geäußert:

„Noch einmal Binz.

Wir erhalten aus Binz folgende Zuschrift:

Unterm 13. 7. 20 hat die verehrliche Redaktion in der Spalte „Stadt und Land" einen Aufruf an die Arbeiter Greifswalds aufgenommen aus der Feder des als Augenarzt hochgeschätzten Geh.-Rat Professor Römer gebracht, welcher der Richtigstellung bedürftig ist.

Durch die Binzer Schlagsahne wird keinem der leidenden kranken Kinder auch nur ein Tropfen Milch entzogen. Deutscher Rahm wird zu solchem Luxus nicht verwendet. Als Beweis lege ich die mir zugestellten Anlagen bei, die ich auf Wunsch vermehren kann. Es handelt sich nur um ausländische Schlagsahne, die im freien Handel angeboten und zu beschaffen ist.

Diese Orientierung hätte der Herr Professor an Ort und Stelle eventl. durch das Amt erhalten können.

Ohne Kenntnis dieses, durchaus legalen Ursprunges, würde der Verkauf im Entstehen verhindert, würde der Aushang anpreisender Schilder nicht geduldet sein.

Daß der Herr Professor deshalb die Arbeiter nach Binz hetzt, ist somit überflüssig, wenigstens dann, wenn er die Berechtigung der Kurbäder, zu existieren, anerkennt.

Die Berechtigung ist amtlich sogar vorhanden, da die Behörden den Anfangs des Jahres vom R. O. V. gestellten Antrag, die Bäder zu schließen, abgelehnt haben. Sich darüber aufzuregen, daß auch jetzt schon wieder internationale Kurbäder, wie Binz es sehr gegen seinen Willen geworden ist, einen gewissen Luxus treiben, entspricht m. E. nicht der hohen geistigen Stellung des verehrten Verfassers des fraglichen Artikels.

Ein Kurbad ist ein Glied in der Kette dessen, was man im Verkehrsleben „Fremdenindustrie" nennt. Neben den Heilfaktoren eines solchen Bades haben gleichberechtigt die wirtschaftlichen ihre hohe Bedeutung. Pensionsinhaber, Hotelwirte usw. sind durchweg keine reichen Leute, sondern sind sehr auf den Verdienst in den meist kurzen Sommermonaten, angewiesen, um ihre Familien zu erhalten, besonders nach den Kriegsjahren. Sie müssen schwer arbeiten, um nicht bloß für sich, sondern noch für viele Hunderte von Angestellten, Handwerkern und Arbeitern das zu verdienen, was diese verdienstberechtigten Mitglieder unseres Volkes für den Lebensunterhalt nötig haben. Solange die Bäder und ihre Betriebe nicht sozialisiert sind, aber auch dann noch, regeln Angebot und Nachfrage den Zuschnitt des Bades. Es können nicht alle Bäder den Charakter von Wieck und Lubmin tragen. Auswüchsen im einzelnen wird zeitgemäß entgegengetreten, aus eigenem Interesse, und unter reichlicher Mitwirkung der Aufsichtsbehörden.

Die Auslassungen des Herrn Geheimrates über das Familienbad sind belanglos. Das Familienbad ist eine erlaubte Einrichtung, allerdings schon etwas veraltet, weil das Publikum das Freibad a la Wannsee bzw. den Lindostrand erstrebt, und eine Polizeiverwaltung ihre liebe Mühe hat, den Freiheitsmenschen von heute in die Anstandsgrenzen, die auch die Familienbäder bilden, zurückzutreiben.

Lieblos ist des Herrn Professors augenscheinlicher Haß gegen etwas korpulente Damen der jüdischen Gesellschaft. Hat der Herr Professor die deutschen Reckengestalten und rehschlanken Mädchen und munteren Kinder übersehen, die sich im geschlossenen Familienbad tummeln? Ich nicht.

Seelmann, Kurdirektor."

Dazu schreibt Herr Geheimrat Römer in der gleichen Zeitung:

„Wenn ich auch manches gelten lassen kann, was im obigen über die soziale Lage der Angestellten, Handwerker und Arbeiter zum Ausdruck kommt, so bezweifle ich aber mit gutem Grund die amtliche Macht der Badeleitung, die von mir gerügten Auswüchse zu bekämpfen. Die Ausweise über Ankauf ausländischer Sahne widerlegen nicht die freie Aussage, die ich an mehreren Stellen in Binz erhielt: heute haben wir keine Sahne, die Milch ist sauer geworden. War das die ausländische Schlagsahne? Ich erkenne die große wirtschaftliche Bedeutung der Bäder selbstverständlich an, weiß, daß dort mancher um seine Existenz schwer zu ringen hat und daß auch die Erholungsuchenden keineswegs sämtlich Kriegsschwindler sind. Der Gesamteindruck aber ist der, daß Luxus und undeutsches Protzentum sich in einer Weise breit machen, die von jedem bitter empfunden werden muß, der die Notlage nicht nur in vielen Arbeiterfamilien, sondern darüber hinaus in weitesten Kreisen des Mittelstandes besonders an den Kindern täglich erleben muß.

Geh.-Rat. Römer."

Ob Herr Geheimrat Römer gerade der Mann ist, der sich über die angeblichen „jüdischen genußsüchtigen Ausschreitungen" so entrüsten sollte, steht auf einem anderen Blatt. Wir sind bereit, unseren Freunden auf Anfrage darüber noch näheres mitzuteilen.

26. Gerüchte.

Kurz vor den Wahlen tauchte von deutschnationaler Seite die Behauptung auf, der Verfasser eines Artikels „Sozialdemokratie und Religion“, der im „Stettiner Volksboten“ erschien und in dem es u. a. heißt: „Man soll uns gefälligst mit solchem Firlefanz wie Karfreitag und Ostern, Opfertod und Auferstehung in Ruhe lassen“, sei ein Jude, und es sei damit wieder einmal der Beweis erbracht, wie die Juden religiöse Einrichtungen Andersgläubiger verhöhnen. Da anzunehmen ist, daß dieselbe Behauptung weiter gegen uns ausgeschlachtet wird, so bringen wir folgendes Schreiben der Redaktion des „Volksboten“ vom 26. 6. 1920 hiermit zum Abdruck:

„Auf das an Herrn Rechtsanwalt Dr. Marcuse gerichtete Schreiben des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ vom 11. 6. 1920 (Ho. 6714 629 DVP) teile ich Ihnen ergebenst mit, daß der Verfasser des fraglichen Artikels über den Karfreitag kein Jude ist. Der Artikel selbst ist während der Wahlbewegung Gegenstand unverschämtester Verleumdungen gegen meine Partei gewesen. Der „Volksbote“ hat zur Abwehr einen entsprechenden Artikel gebracht.“

27. Eine Beschwerde der Demokratischen Partei in Iserlohn.

Wir veröffentlichen nachstehend einen Briefwechsel, der sich aus der Beschwerde der Demokratischen Partei in Iserlohn beim Reichswehrminister ergeben hat.

Iserlohn, den 7. April 1920.

An den
Herrn Reichswehrminister,
Berlin.

Heute nachmittag zogen württembergische Reichswehrtruppen in die Stadt Iserlohn ein. Wie nicht anders zu erwarten war, wurden die Truppen von der gesamten Bevölkerung auf das herzlichste begrüßt in dem befreienden Gefühl, daß die Tage der Verfassungslosigkeit und der willkürlichen, rechtswidrigen Eingriffe in die Tätigkeit der Behörden und das Privatleben der Bürger nunmehr vorbei sind.

Leider aber wurde das Vertrauen, der Bevölkerung zu der Truppe sehr bald durch unerhörte Vorgänge auf das schwerste erschüttert. Kaum war die Truppe in die Stadt eingerückt, da begann sie, an die auf der Straße dicht gedrängt stehende Menge Tausende von Flugblättern gemeinsten antisemitischen Inhalts zu verteilen. Eine Auswahl dieser Flugblätter füge ich zur gefl. Kenntnisnahme bei. Zeugen, die diese Vorgänge mit angesehen haben, können zu hunderten namhaft gemacht werden. Ich greife nachstehend vier beliebige Zeugen heraus:

Hausdiener Karl Gundlach, Gartenstraße 4,
Handlungsgehilfe Werner Graf, Friedrichstraße 78,
Kaufmann Becker, Wermingerstraße 15,
Prediger Hartmann, Kluse 43.

Die Truppe, welche die Flugblätter verteilte, war das Freiwillige Studentenbataillon unter Major Sproesser. Es gehört der Württembergischen Reichswehrbrigade Nr. 13 an und besteht, soviel ich hörte, ausschließlich aus Tübinger Studenten. Statt also für Ruhe und Ordnung zu sorgen, scheint diese Truppe ihre Aufgabe darin zu erblicken, die verschiedenen Bevölkerungsklassen in der schmutzigsten Weise gegeneinander aufzuhetzen. Zur Charakterisierung der Vorkommnisse möchte ich ganz besonders darauf hinweisen, daß die Verteilung dieser Flugblätter nicht etwa nur von einzelnen Soldaten als Straßenpassanten erfolgte. Die Blätter wurden aus der geschlossenen Truppenkolonne heraus verteilt, während die Truppe mit ihren Fahrzeugen pp. in den Straßen stand.

Der zuvor benannte Zeuge Hartmann schildert mir seine Wahrnehmung wie folgt:

„Ich kam nachmittags gegen 3 Uhr durch die Unnaer Straße und beobachtete, wie von einem Auto aus Zettel verteilt wurden. Ich ging an das Auto heran und erhielt den anliegenden großen weißen Zettel mit der Ueberschrift „Arbeiter“. Außerdem wurden noch andere Zettel ähnlichen Inhalts verteilt. Das Auto war über und über mit dem sogenannten Hakenkreuz bedeckt, die mit Kreide aufgemalt waren. Die gleichen Kreuze, — ein bekanntes antisemitisches Zeichen, — waren an der ganzen Autokolonne sichtbar. Ich wandte mich darauf an einen Offizier mit einer Artilleriemütze, dem ein Arm fehlte; ob der betreffende Offizier gerade zu der Autokolonne gehörte, weis ich nicht, wahrscheinlich war es der Führer der Bataillonsbagage. Mit diesem Offizier ging ich an das Auto heran, von dem ich das Flugblatt erhalten hatte und bezeichnete dem Offizier den Verteiler der Zettel. Der Offizier fragte den Mann, wie er dazu komme, die Zettel zu verteilen. Darauf erwiderte der Soldat, das sei Privatsache. Ein anderer Soldat, der daneben stand, fügte hinzu, sie dürften das tun, sie hätten die Zettel zum Verteilen bekommen. Auf meine Frage, von wem sie die Zettel zum Verteilen bekommen hätten, verweigerte er die Auskunft. Ich fragte dann den Verteiler der Zettel nach seinem Namen, worauf er den Namen „Kübler“ nannte. Auf dem Rückwege nach Hause kam ich am Westbahnhof vorbei und sah dort, daß allenthalben an den Fenstern des Bahnhofs, den Laternenpfählen, den elektrischen Masten usw. kleine rote, grüne und blaue Zettel klebten, wovon ich ebenfalls eine Anzahl beifüge. Als ich einen der kleinen roten Zettel entfernte, auf denen steht, 43% der Rechtsanwälte sind Juden, äußerte ein in der Nähe stehender Soldat zu seinem Kameraden, das müsse wohl auch ein Rechtsanwalt sein. Mit denselben kleinen Zetteln, die hier am Bahnhof angeklebt waren, waren auch einzelne Autos der vorerwähnten Autokolonne beklebt.“

Der Unterzeichnete möchte nicht verfehlen, bei dieser Gelegenheit noch ein anderes Vorkommnis zu berichten, das mit dieser Sache an sich zwar nichts zu tun hat, aber für die Beurteilung der ganzen Sachlage doch ungemein charakteristisch ist.

Vor etwa 2 Monaten hatte ich ein Gespräch mit dem mir persönlich befreundeten, zur deutschen Volkspartei gehörigen Redakteur Dr. Eduard Funke von der Bergisch Märkischen Zeitung zu Elberfeld. Wir sprachen über die Möglichkeit eines Staatsstreichs von rechts. Ich erklärte, daß ich nicht an eine solche Möglichkeit glaubte, zum wenigsten im Hinblick auf die Reichswehr, die sich zur Unterstützung eines Staatsstreichs nicht hergeben würde. Ich gab zwar zu, daß das Offizierkorps der Reichswehr bedenklich weit rechts steht, da es sich im wesentlichen aus den Resten des früheren hochkonservativen aktiven Offizierskorps bauen könne, und daß

vor allem die Mannschaften einen Staatsstreich von rechts nicht mitmachen würden. Darauf erklärte mir der betreffende Herr, daß ich offenbar über unsere Reichswehr ganz mangelhaft orientiert sei. Er könne mir versichern, daß die Reichswehr seit Jahr und Tag systematisch zu einer Stütze extrem nationalistischer Bestrebungen umgeformt werde. Es werde jeder Mann rücksichtslos aus der Wehr entfernt, der irgendwie antimonarchischer oder demokratischer Anschauung auch nur verdächtig sei. Ich war über das Gehörte ganz empört und erklärte, dann sei die Reichswehr nichts weiter als eine organisierte deutschnationale Hochverräterbande; meinen ursprünglichen Entschluß, das Gehörte Ihrem Herrn Amtsvorgänger mitzuteilen, ließ ich fallen, weil ich mir sagte, daß es sich doch möglicherweise nur um einfältigen Klatsch handle. Die Ereignisse des Kapp-Putsches haben aber bewiesen, daß das Urteil über die Reichswehr leider nur zu richtig war. Der Staatsstreich von rechts ist nur an dem im Volke verankerten demokratischen Gedanken gescheitert, nicht an einer verfassungstreuen Reichswehr. Auch hier in Westfalen haben sich die Reichstruppen ganz offen auf den Boden von Kapp-Lüttwitz gestellt und dadurch erst die schweren politischen Erschütterungen im Industriebezirk hervorgerufen. Wertvollstes Material hierüber würde die Bezirksleitung der Deutschen Demokratischen Partei in Hagen (Neumarktstrasse) dem Reichswehrministerium in dieser Hinsicht zur Verfügung stellen können. Jeder auf dem Boden der Demokratie und der Verfassung stehende Bürger mußte in jedem Reichswehrsoldaten einen Hochverräter sehen. So war in den ersten Tagen des Kapp-Putsches die Situation in Westfalen. Als nun die Kapp-Regierung gestürzt war, da sollte man den Arbeitern klar machen: von heute ab kämpft die Reichswehr nicht mehr für Kapp, sondern lediglich für Ruhe und Ordnung und die alte Regierung. Das war psychologisch fast eine Unmöglichkeit. Nun ist inzwischen eine gewisse Beruhigung der Massen eingetreten; der weitaus überwiegende besonnere Teil der Arbeiterschaft hat wieder ein gewisses bescheidenes Maaß von Vertrauen zu den Machtmitteln des Staates gewonnen. Da rücken Truppen hier ein, die nichts eiligeres zu tun haben, als die gemeinsten hetzerischen Pamphlete unter die Bevölkerung zu werfen. Und diese deutsch-national-antisemitische Garde soll eine demokratische und republikanische Regierung und Verfassung stützen! Wir, die wir auf dem Boden der Verfassung stehen, können zu der Reichswehr nicht eher Vertrauen gewinnen, als bis eine Reformation an Haupt und Gliedern stattgefunden hat.

Hochgeehrter Herr Minister, wir haben die feste Ueberzeugung, daß Sie in dieser Angelegenheit die Schuldigen der verdienten Strafe zuführen und dem auf das schwerste verletzten Rechtsempfinden der Iserlohner Bürgerschaft volle Genugtuung verschaffen werden.

Ihrer geneigten Antwort entgegensehend, zeichnet

mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Dr. Schenkel
Rechtsanwalt
Oberleutnant d. R.

Erster Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei des Stadt- und Landkreises Iserlohn.

Abschrift.

Dortmund, den 20. April 1920.

Herrn Rechtsanwalt Dr. Schenkel,
Iserlohn.

Ihr Bericht vom 7. ds. Mts., den Sie an den Herrn Reichswehrminister gerichtet hatten, ist mir heute zugegangen. Unabhängig von der genauen Untersuchung des Vorgefallenen, die ich sofort angeordnet habe, fühle ich mich bewogen, Ihnen meine Auffassung mitzuteilen. Von dem Ergebnis der angestellten Erhebung werden Sie außerdem sobald als möglich in Kenntnis gesetzt werden.

Die von Ihnen geschilderten Vorkommnisse bedaure ich sehr. Zur Erklärung und Richtigstellung Ihrer Ausführungen über den Wert der Reichswehr muß ich aber hervorheben:

Die in Iserlohn sr. Zt. eingerückte Truppe war nicht „Reichswehr", sondern bestand ausnahmslos aus Zeitfreiwilligen, die in der Mehrzahl der studierenden Jugend angehörten und sich in der höchsten Not des Vaterlandes zur Bekämpfung des Bolschewismus vorübergehend zur Verfügung gestellt haben. Daß einzelne dieser jungen Leute auch während ihrer militärischen Verwendung die vom deutschen Schutz- und Trutzbund betriebene Judenhetze fortsetzen, ist unklug und unverzeihlich.

Man darf aber nicht in den Fehler verfallen, daraus Schlüsse auf die Zuverlässigkeit der Reichswehr zu ziehen. Ihr Urteil, das sie dem Herrn Redakteur Funke gegenüber über die Reichswehr gefällt haben, trifft auf Verbände der mir unterstellten Reichswehr-Brigade 13 durchaus zu. Die württembergischen-badischen Formationen sind absolut zuverlässig und wie Sie sich selbst ausgedrückt haben, für keinen Staatsstreich zu haben. Das Zeitfreiwilligen-Bataillon Sprößer ist am 18. 4. zur Auflösung in die Heimat abbefördert worden. Es wäre sehr dankenswert, wenn Sie durch Ihren politischen Einfluß mithelfen wollten, das Vertrauen zur Reichswehr, wo dies notwendig sein sollte, wieder zu heben. Die Truppe steht mit Ihren Führern unbedingt auf dem Boden der Verfassung und setzt ihr bestes ein, um unser Vaterland vor dem Untergang zu bewahren.

Ich bin mit ausgezeichneter Hochachtung

ergebenst
gez. Haaß
Generalmajor.

Abschrift.

Berlin W 10, den 11. 5. 1920.

Der Reichswehrminister.

Die auf Grund Ihres Schreibens vom 7. 4. 20. eingeleitete Untersuchung ergab eine unmittelbare Erledigung. Ich verurteile die von Ihnen geschilderten Verstöße durchaus und werde darüber wachen, daß die Truppe entsprechend den gegebenen Befehlen sich von jeder antisemitischen Hetze fernhält. Ich hoffe, daß durch das Schreiben des Generalmajor Haaß ihnen die erwünschte Aufklärung und Genugtuung gegeben wurde.

Der Reichswehrminister
gez. Dr. Geßler.

28. Das Käfig-Bild des Ulk.

Vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund und vom Ausschuß für Volksaufklärung wird seit geraumer Zeit in Hunderttausenden von Exemplaren ein Flugblatt verbreitet mit einem Bilde des Ulk, Wochenbeilage zum „Berliner Tageblatt" vom 23. Mai 1919. Das Bild stellt in einem Käfig abgehärmte und abgezehrte deutsche Volksgenossen dar, und vor ihm bewegen sich zwei fette „Börsianer", die nach der Unterschrift zum Bilde folgendes äußern:

„Die Deutschen leiden. Unsere Börse in London ist fest. Ein gutes Geschäft!"

„Bruderherz, auch wir in Paris brauchen Geld. Sind die mager, werden wir fett!"

Die Agitation der Antisemiten ist nun daraufhin angelegt, zu betonen, daß diese Börsianer zwei Juden sind, die sich durch diese Aeußerung über die Deutschen in ekelhafter Weise noch lustig machen. In der Tat ist das Bild durch ungeschickte Zeichnung geeignet, diesen Glauben zu nähren, aber nur für denjenigen, der ihn haben will. Jeder Rechtlichdenkende muß sich darüber klar sein, daß die Börsianer nicht Juden, sondern unsere feindlichen Nutznießer unterschiedslos darstellen. Wir haben schon vor längerer Zeit in dieser Angelegenheit die Chefredaktion des „Berliner Tageblatts" auf die Bedenklichkeit des Bildes aufmerksam gemacht und seinerzeit folgenden Brief erhalten:

„Zu dem uns freundlichst übersandten Flugblatt können wir nur bemerken: Die betr. Zeichnung ist im „Ulk" erschienen. Der Zeichner war beauftragt, einen französischen und einen englischen Geldmann zu zeichnen. Als er das Bild ablieferte, hatte auch die Redaktion des „Ulk" den Eindruck, daß die Typen zum Mißverständnis Anlaß geben könnten. Es wurden infolgedessen, da sich in letzter Stunde aus technischen Gründen ein völliges Herauslassen des Bildes aus dem schon zusammengestellten „Ulk" als nicht möglich erwies, Aenderungen vorgenommen. Es muß aber nochmals betont werden, daß mit den beiden Figuren nicht die Juden, sondern, wie aus der Unterschrift hervorgeht, die Franzosen und Engländer getroffen werden sollten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Theodor Wolff."

Da neuerdings das Bild sogar in der Presse auftaucht („Remscheider Generalanzeiger" vom 27. Juni 1920), so ist auf diesen Brief nötigenfalls zurückzugreifen.

29. Kommerzienrat Wallerstein.

Der in Stettin erscheinende „Weckruf" brachte vor einiger Zeit einen von unwahren Angaben strotzenden Angriffsartikel gegen Kommerzienrat Wallerstein. Von da aus haben eine Reihe antisemitischer Zeitungen und Zeitschriften die Angriffe übernommen. Der gleichfalls angegriffene Rechtsanwalt Mainzer hat die folgende Berichtigung versandt:

„1. Es ist unwahr, daß Kommerzienrat Wallerstein Vorsitzender der Kontrollstelle für freigegebenes Leder ist; er hat vielmehr dieses Amt am 3. März 1919 niedergelegt.

2. Es ist unwahr, daß Kommerzienrat Wallerstein Vorsitzender des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie ist; der Ueberwachungsausschuß ist seit Ende August 1919 in Liquidation und hat lediglich noch seine vermögensrechtlichen Angelegenheiten abzuwickeln.

3. Es ist unwahr, daß Kommerzienrat Wallerstein Vorsitzender der Gutachterkommission für Schuhwarenpreise ist; er hat vielmehr dieses Amt am 4. März 1919 niedergelegt.

4. Es ist unwahr, daß Kommerzienrat Wallerstein Vorsitzender der Reichsstelle für Schuhversorgung ist; er hat vielmehr dieses Amt am 20. Dezember 1918 niedergelegt.

5. Es ist unwahr, daß Rechtsanwalt Dr. Mainzer Geschäftsführer der Gutachterkommission für Schuhwarenpreise ist; er hat vielmehr dieses Amt Anfang Oktober 1919 niedergelegt.

6. Es ist unwahr, daß Rechtsanwalt Dr. Mainzer Leiter der Rechtsabteilung des Ueberwachungsausschusses ist; der Ueberwachungsausschuß ist seit Ende August 1919 in Liquidation. Rechtsanwalt Dr. Mainzer ist einer der 4 Liquidatoren zur Abwickelung der vermögensrechtlichen Angelegenheiten.

7. Es ist unwahr, daß Rechtsanwalt Dr. Mainzer Beirat der Reichsstelle für Schuhversorgung ist; er ist und war dies niemals.

8. Es ist unwahr, daß Rechtsanwalt Dr. Königsberger stellvertr. Geschäftsführer der Gutachterkommission für Schuhwarenpreise ist; ein Rechtsanwalt Dr. Königsberger war niemals bei dieser Behörde beschäftigt. Ein Herr Königsberger war bis Ende November 1918 in der Geschäftsführung tätig und ist seit dieser Zeit ausgeschieden.

9. Es ist unwahr, daß Rechtsanwalt Rhode Angestellter in der Rechtsabteilung ist.

10. Es ist unwahr, daß Rechtsanwalt Rhode jemals Teilhaber von Dr. Mainzer war oder ist.

Da Sie mit jeder tatsächlichen Behauptung eine Unwahrheit aufgestellt haben, so sind auch Ihre Schlußfolgerungen falsch."

30. Antisemitismus in der Schule.

Herr Rabbiner Dr. Silberstein in Stargard i. P. befand sich seit längerer Zeit in einem Konflikte mit Herrn Geh. Stud.-Rat Bähnisch, dem Direktor des Stargarder Gymnasiums, an welchem Herr Dr. S. jüdischen Religionsunterricht erteilt. Der Antisemitismus zeitigt an diesem Gymnasium fortgesetzt unerhörte Vorfälle, ohne daß dem vom Direktor nachdrücklich entgegengetreten wird. Besonders zeichnen sich in dieser Hinsicht Herr Assessor Weixer und Herr Oberlehrer Pabst aus. Auf die von Herrn Dr. S. eingereichte Beschwerde suchte Herr Geh. Stud.-Rat Bähnisch den Spieß umzudrehen und drohte sich beim Provinzialschulkollegium über Dr. S. wegen Verleumdung eines Kollegen und wegen Störung des religiösen Friedens zu beschweren. Er sah indessen wohl ein, daß er hierbei wenig Ruhm ernten werde und teilte Herrn Dr. S. mit, daß er die Absicht der Beschwerde vorläufig aufgegeben habe. Herr Dr. S. seinerseits wandte sich am 15. 4. 1920 mit einer Beschwerde an das Provinzialschulkollegium. Dieses untersuchte streng gerecht und sachlich die Vorfälle und hat Herrn Assessor Weixer eine recht scharfe Rüge erteilt. Ebenso hat Geh. Rat Bähnisch die Herrn Dr. S. zugefügten Beleidigungen zurücknehmen müssen und auch sonst noch manch bitteres Wort zu hören bekommen. Der Direktor hat genaue Verfügungen erhalten, wie den antisemitischen Umtrieben in der Schule zu steuern sei.

31. Gegenantisemitischer Erlaß des Kultusministeriums in Braunschweig.

Die antisemitische Zeitschrift „Das junge Deutschland“ bringt in ihrer Nummer vom 10. Juli mit allen Zeichen der Empörung eine Notiz über einen Erlaß des Kultusministeriums in Braunschweig. Wir drucken nachstehend den sachlichen Teil der Mitteilung ab:

Im Gymnasium zu Holzminden waren auf den Klassenaborten einige antisemitische Zettel angeklebt. Das gelangte zur Kenntnis des Kultusministers, der daraufhin folgende „Bannbulle“ gegen die jugendlichen „Missetäter“ schleuderte:

Abschrift!

Staatsministerium.
Abtlg. für Volksbildung. Braunschweig, 15. Juni.
Nr. V 1922. Eilt!

An die Oberschulkommission
hier.

Auf den Bericht vom 8. d. Mts. Nr. 778 bei Rückabe der Anlage:

Wir haben uns zu unserer Verfügung vom 22. Februar 1920 V 885 veranlaßt gesehen, weil wir, wie das auch in der Verfügung zum Ausdruck gebracht ist, in dem Hineintragen der antisemitischen Propaganda in die Schulen eine schwere Gefahr für den inneren Frieden der Schüler erblickten. Es war Zweck der genannten Verfügung, durch Androhung der strengsten Schulstrafen die Schüler von jeder Beteiligung an derartigem Treiben abzuhalten. Wenn nun trotz der Bekanntgabe jener Verfügung in den einzelnen Klassen des Holzmindener Gymnasiums zwei Schüler dieser Anstalt in offenbarer Nichtachtung jener Verfügung Zettel antisemitischen Inhalts in ihren Klassenaborten anklebten, so erfordert das Verhalten sowohl wegen des darin liegenden Ungehorsams wie zur Sicherung des mit jener Verfügung erstrebten Zwecks eine nachdrückliche Bestrafung der Schuldigen.

Die Oberschulkommission wolle daher den Direktor des Holzmindener Gymnasiums anweisen, die in seinem Bericht vom 5. d. Mts. genannten Schüler mit mehrstündigem Nachsitzen zu bestrafen, und zwar den älteren derselben mit drei Stunden, den jüngeren mit 2 Stunden und ihnen dabei anzudrohen, daß im Wiederholungsfalle unweigerlich Verweisung von der Schule erfolgen würde. Wenn wir von diesem schärfsten Strafmittel für dieses Mal abgesehen haben, so sind wir dadurch nur durch die Rücksicht auf das jugendliche Alter der Schüler veranlaßt, das die Annahme zuläßt, daß es sich in vorliegendem Falle mehr um einen unüberlegten Jugendstreich handelt. In der Betragenzensur des nächsten Schulzeugnisses ist der Vorfall entsprechend zu berücksichtigen.

Die Oberschulkommission wolle aber aus Anlaß dieses Einzelfalles die Leiter der höheren Lehranstalten des Landes veranlassen, die Schüler erneut eindringlichst auf unsere Verfügung vom 22. Februar 1920 Nr. V 885 hinzuweisen und ihnen zu eröffnen, daß sie sich bei Zuwiderhandlungen der Gefahr der Verweisung von der Schule aussetzen.

gez.: H. Rönneberg.

Nr. 778 e.

Für die Herren Leiter der höheren Lehranstalten zur Kenntnisnahme und Beachtung.

Braunschweig, den 16. Juni 1920.

Aus der Oberschulkommission.

32. Magistratserlaß gegen den Antisemitismus.

Der Magistrat in Wunstorf erließ infolge der antisemitischen Propaganda folgende Bekanntmachung:

„Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Häuser, Leitungsmasten und dergl. mit Plakaten beklebt worden sind. Abgesehen davon, daß das Ankleben von Plakaten und dergl. außer an den dazu bestimmten Stellen und Anschlagsäulen verboten ist, verunzieren diese Plakate das Straßenbild und wirken häßlich. Es sind auch namentlich in letzter Zeit Plakate und Bilder angeklebt worden, welche für gewisse Kreise unserer Bevölkerung von beleidigender Natur sind.

Wir hoffen, das dieser Hinweis genügt, um dieser Unsitte Einhalt zu gebieten.

Die Einwohner bitten wir, uns in dem Bestreben, die Häuser und Masten in einem sauberen Zustande zu erhalten, behilflich zu sein. Die Polizeibeamten haben Anweisung, jede Uebertretung, die zu ihrer Kenntnis kommt, zu melden und wir werden gegen die Schuldigen strafrechtlich vorgehen.“

33. Das Ankleben antisemitischer Zettel.

Die „Königsberger Hartungsche Zeitung“ teilt in ihrer Morgenausgabe vom 17. Juni 1920 mit:

Der Verband Deutscher Textilgeschäfte, Ortsgruppe Königsberg, hat sich mit folgendem Schreiben an die Stadtverordnetenversammlung gewandt:

„In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen die Schaufenster und Geschäftshäuser mit Zetteln beklebt werden des Inhalts, daß bei Juden nicht gekauft werden soll. Gegen diesen Unfug von privater Seite einzuschreiten ist unmöglich und es muß daher Aufgabe der Behörde sein, zum Schutze der Bürger und zur Vermeidung, den Unterschied zwischen denselben je nach ihrem Glaubensbekenntnis zu verschärfen, einzuschreiten. Die maßlose antisemitische Hetze ist bereits soweit gediehen, daß die Schuljugend zum Aufkleben der Zettel benutzt wird. Zweifellos begeht diese eine strafbare Handlung, wenn sie ohne Genehmigung des Hausbesitzers bzw. Geschäftsinhabers durch derartige Zettel die Häuser besudelt, Es ist u. E. Pflicht der städtischen Verwaltung, diesem Treiben nach Möglichkeit ein Ende zu bereiten.

Die Unterzeichneten bitten, die Angelegenheit als dringlich zu behandeln, da Mitglieder des unterzeichneten Verbandes sich in ihrer Ehre gekränkt und auch in ihrer Geschäftsführung geschädigt fühlen. Wir haben uns auch in diesem Sinne an den Herrn Polizeipräsidenten gewandt.“

Das Schreiben wurde auf dem Tisch des Hauses ausgelegt.

34. Die Lage in Palästina.

Im Maiheft der Zeitschrift „Die Arbeit“ — Organ der Zionistischen Volkssozialistischen Partei — Hapoël-Hazaïr, finden sich unter anderem zwei bemerkenswerte Artikel, die in objektiver Weise zu den von den Zionisten mit so großem Jubel begrüßten Entschließungen in San Remo Stellung nehmen. Der Artikel: Entscheidende

Stunden, unterzeichnst M. b. M., betont die Wichtigkeit der Entscheidung von San Remo, warnt aber vor übertriebenen Jubel.

„Wir haben es satt, den hohlen, formalen Nationalismus, der sich an den Phrasen von seiner eigenen Größe berauscht, weiter mitzumachen.“

Der Verfasser vermißt in dem Jubel, der die zionistische Welt erfüllt, den inneren Ernst. Er weist darauf hin, daß Palästina vorläufig noch arabisches Land ist und daß durch die Schuld der Organe der englischen Verwaltung die Unruhen in Jerusalem entstanden seien. Auch in Zukunft seien Konflikte mit den Arabern zu erwarten, aber man solle sich vor ihrer gewaltsamen Unterdrückung hüten, sondern mit den Arabern brüderlich verständigen. Vor allem aber müssen die Chaluzim und die zur Arbeit geeigneten Elemente ins Land kommen und ein zentrales Einwandereramt in Palästina und Zweigarbeitsämter in allen europäischen Staaten geschaffen werden.

In dem Artikel „Zur 2. Botschaft“ warnt Josef Ahronowicz vor Frohlocken über die Botschaft von San Remo und weist darauf hin, daß der Tag, an dem sie kam, zufällig ein Fasttag und ein Tag der Trauer war. Seit 2½ Jahren seien die Bewohner Palästinas Augenzeugen einer systematischen Arbeit gegen die Zionisten. Ihre Lage sei zehnmal schlechter als vor dem Kriege. Früher sei jahrzehntelang kolonisatorische Arbeit im Lande geleistet worden, und die Araber hatten sich gegenüber den antijüdischen Ränken ablehnend verhalten. Jetzt seien die letzten Jahre verflossen, teils indem man leeres Stroh drosch, teils in der Furcht vor Pogromen. Die besten Söhne Israels seien getötet oder zu Zwangsarbeit verurteilt worden, weil sie es gewagt hätten, die Juden vor Ueberfällen schützen zu wollen. Wenn man jetzt wieder in die große Posaune stoßen wolle, so sei es die Pflicht aller ehrlichen Beurteiler der Lage, zu warnen. Man soll lieber Arbeitsgelegenheiten und wirtschaftliche Möglichkeiten im Lande schaffen.

35. Bemerkenswerte zionistische Selbsterkenntnis.

Der „Israelit“ veröffentlicht in seiner Nummer 28 vom 15. 7. folgenden Artikel:

„Durch die jüdische Presse macht ein Brief des bekannten zionistischen Schriftstellers Dr. Klatzkin die Runde, der außerordentlich bemerkenswerte kritische Aeußerungen über Wesen und Methoden der zionistischen Politik enthält. Es heißt da u. a.:

Also, selbst wenn es England mit uns sehr gut meint — woran ich wie gesagt nicht zweifle — und wenn es sogar bereit wäre, die Interessen seiner arabischen Politik zu unseren Gunsten zu opfern, wäre dieser Gewinn nicht entscheidend — will sagen: nicht von Dauer. Heute entscheidet die Politik überhaupt nicht mehr — sie wird von den Völkern entschieden. Unsere auf diplomatischem Wege errungenen Erfolge hätten nur dann Sinn und Wert, wenn uns England die Möglichkeit geben würde, sofort mit einer großzügigen jüdischen Einwanderung nach Palästina und der Bildung von jüdischen Legionen — ja, Legionen! — zu beginnen. Die Erklärung Balfours hätte dann den hohen Wert eines Sprungbrettes. Wenn sie uns vorläufig die Hände bindet und für später Versprechungen macht, so hat sie wohl schon für die nächsten paar Jahre keinen größeren Wert, als eine Versprechung eines Hermann Müller für das nächste Halbjahr. Auch wenn wir solche diplomatischen Neugestaltungen nur als Möglichkeiten bewerteten — für mich sind sie mehr als bloße Eventualitäten —, sollten wir uns davor hüten, das jüdische Volk in beseeligende Hoffnungen einzulullen. Die Leitung hatte mithin Grund genug, die zionistische Oeffentlichkeit vor überspannten Erwartungen geradezu zu warnen. Das hat sie aber nicht getan. Ja, bei aller meiner gewohnten Nachsicht kann ich sie von der Schuld nicht ganz freisprechen, daß sie viel dazu beigetragen hat, die zionistische Denkart auf Momente politischer Sensation einzustellen. Nun ist es klar, daß jeder politische Rückschlag ungeheure Enttäuschungen nach sich zieht, die, wie Sie auch befürchten, die zionistische Organisation tief erschüttern müssen.

Sehen Sie sich mal die zionistische Jugend an! Was ist aus ihr in den letzten Jahren geworden? Wie vieles ist in ihr vom Glauben an die historische Macht unserer Idee geschwunden, von jenem Glauben, der die Weite des Weges kennt und durch Augenblickserfolge und Mißerfolge nicht irre wird. Selbst unsere Jugend lebt eben seit Jahren in der Atmosphäre politischer Sensationsnachrichten, von der sie gespeist und genährt wird auf Kosten der idealistischen Gesinnung und Glaubensstärke. Sehen Sie sich die zionistische Organisation in Polen an! Es ist kein zu starkes Wort, wenn ich sage: Sie ist geradezu demoralisiert. All die schreienden Nachrichten über große Erfolge unserer Bewegung in diesem Lande sind mindestens Selbstbetrug, denn diese Erfolge werden durch eine Straßenpolitik der Sensation erzielt — und müssen in sich zusammenfallen, sobald die politische Lage eine für uns weniger günstige Wendung nimmt. Können die diplomatischen Erfolge diesen Verlust an unsicherer Zielsicherheit, die mit der Einsicht in den historischen Charakter unseres Ideals aufs innigste verbunden ist, aufwiegen, wettmachen? Ich sage nicht, daß einzig die Leitung an dieser neuen Einstellung der Zionisten schuld ist; aber sie ist jedenfalls dafür verantwortlich zu machen, daß sie nicht rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen getroffen hat, um die Agitation in andere Bahnen zu leiten.

Was nun, wenn die bedrohliche Situation überwunden wird — was ich als höchst wahrscheinlich annehme? Dann wird wohl die Taktik der letzten zwei Jahre wieder einsetzen.

Es ist aber höchste Zeit, die zionistische Denkart zu festigen und gegen Rückschläge der zionistischen Diplomatie zu wappnen. Es gilt, die zionistische Idee in ihrer Strenge zu vertreten und der selbst in die besten Schichten unserer Gemeinschaft eingedrungenen Seichtigkeit entgegenzuarbeiten.

Ich bitte Sie, mich nicht mißzuverstehen. Ich bin kein weltfremder Mensch, kein Batlan, ich unterschätze gewiß nicht die aufopfernde Arbeit und die Errungenschaften unseres Weizmann. Wogegen ich mich wehre, ist, daß wir im Volk den Glauben aufkommen lassen, als ob diese Erfolge, die nur eine zeitweilige Etappe darstellen können, die Endstation, die Erreichung unseres zweitausendjährigen Ideals bedeuteten.

Die Voraussicht, die der Schreiber dieses Briefes nach den Jerusalemer Pogromen, aber vor San Remo

an den Tag legte, hat sich unmittelbar nach dem Tage von San Remo besonders nachdrücklich bewährt. Denn was seitdem an Bluff-Politik und unwahrhaftigen Straßensensationen von der zionistischen Partei — nicht nur im Osten — geleistet worden ist, übersteigt alle Grenzen des Erträglichen.

Trotzdem scheint es uns, daß die von Klatzkin verurteilte Taktik keine Willkür, kein Zufall, sondern naturnotwendig ist. Das stille Ausharren in äußerster Not, die Kraft des Duldens und Vertrauens ist nun einmal das Privileg der vom Gottesgesetz erzogenen und an ihm festhaltenden geschichtlichen jüdischen Nation — das neu konstruierte jüdische Volk, wie es der Zionismus zu schaffen sich anschickt, ist auf politische Sensationen angewiesen. Es rechnet nach Tagen und nicht mehr nach Jahrhunderten und ersetzt durch künstlich aufgestacheltes Kraftmeiertum, was ihm an innerer religiöser Stärke abgeht. Wo sollte ihm die Fähigkeit herkommen, mit „zweitausendjährigen Idealen" zu operieren?"

36. Die „Jüdische Volkspartei".

Eine angesehene nichtjüdische Persönlichkeit hat Anfang Juni in Sachen der „Jüdischen Volkspartei" an den Central-Verein ein Schreiben gerichtet, dem wir folgendes entnehmen:

„Ich habe bis zur Revolution von der Klugheit meiner jüdischen Mitbürger eine große Meinung gehabt, doch ist dieselbe seitdem sehr ins Schwanken gekommen, denn dieselben machen seitdem Dummheit über Dummheit.

Klebte doch am Sonntag ein Plakat, das zur Beteiligung an den Wahlen zur Repräsentantenversammlung der jüdischen Gemeinde aufforderte, an den Litfass-Säulen, auf dem den Passanten nur die Worte „J ü d i s c h e V o l k s p a r t e i" in die Augen stach! Ich bitte Sie, meine Herren, seit wann gibt es das? — Ich kenne eine Deutsch-demokratische Partei, eine „Deutsche Volkspartei", eine Deutschnationale Volkspartei, denen Christen und deutsche Staatbürger jüdischen Glaubens angehören können, das ist der freien Entschließung jedes Einzelnen vorbehalten — eine jüdische Volkspartei kenne ich nicht.

Meine jüdischen Mitbürger sind stets entrüstet, wenn von der rechten Seite, von deutsch-völkisch gesprochen wird, sie fassen das wenigstens, sofern sie sich als Deutsche fühlen, m i t R e c h t als eine Beleidigung auf und da kommt ausgerechnet die Berliner jüdische Gemeinde und spricht öffentlich von einer jüdischen Volkspartei!

Ich bin kein Antisemit und darum möchte ich Sie, sehr geehrte Herren, bitten, tuen Sie doch Ihr Möglichstes, daß auch von jüdischer Seite keine Dummheiten gemacht werden, die dem Antisemitismus, der entsetzlich zugenommen hat, neuen Nährstoff geben können.

Ueber eine „Jüdische Volkspartei" ärgert sich jeder Christ, selbst meine Wenigkeit, denn es bedeutet eine Ueberhebung eines fremden Volkes gegenüber dem deutschen Volk. Ein fremdes Volk hat kein Recht, in Deutschland mitzusprechen.

Ich bin überzeugt, daß Sie als Deutsche mir recht geben werden und der jüdischen Gemeinde den Rat geben wollen, in Zukunft ihre Aufrufe von klügeren, welterfahrenen Männern verfassen zu lassen, die alles vermeiden, was Grund geben kann, daß von interessierten Kreisen der Riß im deutschen Bürgertum noch mehr erweitert werden könnte."

Aus der Fülle von Aeußerungen über die „Jüdische Volkspartei", die uns von unseren Freunden zugingen, greifen wir nur noch zwei heraus. In einem Schreiben vom 11. Juni heißt es:

„Die jüdische Volkspartei behauptet, als solche keine zionistischen Tendenzen zu haben und auch nichtzionistische Mitglieder zu den ihrigen zu zählen. Man braucht aber nur einen Blick auf die Kandidatenliste zu werfen und man wird finden, daß p r o m i n e n t e P e r s ö n l i c h k e i t e n d e r z i o n i s t i s c h e n B e w e g u n g a n a u s s i c h t s r e i c h e r S t e l l e s t e h e n. Ich verweise nur auf die ersten beiden Namen Dr. Alfred Klee und Professor Dr. Heinrich Loewe. . . . . . Auf die Programmpunkte der Jüdischen Volkspartei im einzelnen einzugehen, kann nicht im Rahmen meines heutigen Schreibens liegen. Nur soviel möchte ich heute darüber sagen, daß eine Reihe dieser Forderungen auch von nichtzionistischen Juden erhoben werden. Andere, wie z. B. Kampf gegen den Antisemitismus, erscheinen meinem Empfinden nicht ganz aufrichtig. Wieder andere, die auf religiösem Gebiet liegen, sehen mir ein wenig danach aus, als seien sie auf Stimmenfang berechnet."

Und ein anderer Freund sendet uns den von der „Jüdischen Volkspartei" verteilten Aufruf „Religionsgemeinde oder Volksgemeinde" mit der Bemerkung ein, daß ihn Mitglieder der Deutschen Volkspartei gefragt hätten, was sie den Deutschnationalen antworten sollen, wenn sie mit diesem Aufruf arbeiten. „Meiner Ansicht nach ist dieser Aufruf ein Schlag ins Gesicht eines jeden deutsch fühlenden Juden".

Der Centralverein hat in wiederholten Kundgebungen — auch in der Presse — seiner Auffassung vom Judentum, die derjenigen der „Jüdischen Volkspartei durchaus zuwiderläuft, Ausdruck gegeben.

37. „Freie zionistische Gruppe.

Auf dem zionistischen Delegiertentag, der kürzlich in Köln tagte, trat erstmalig die neue „Freie zionistische Gruppe" unter Führung von Bibliotheksdirektor Dr. G o t t h o l d W e i l u n d P r o f e s s o r Dr. K a r l L e w i n a u f. Das „Israelitische Gemeindeblatt" in Köln berichtet, daß sie erst wenige Wochen vor der Tagung sich definitiv als Fraktion für den Delegiertentag zusammengeschlossen und lange geschwankt habe, wie sie ihr Programm formulieren solle. In der zionistischen Oeffentlichkeit habe man den Eindruck gehabt, daß ihnen vor allem daran lag, eine Brücke zu den Anschauungen der im Centralverein organisierten liberalen Juden Deutschlands zu schlagen. Das „Israelitische Gemeindeblatt" berichtet weiter:

„Soweit es da um ein Zusammengehen zu gelegentlichen notwendigen allgemein-jüdischen Einzelhandlungen geht, vor allem auf sozialem Gebiete, gab es kaum eine Differenz in den Reihen der Partei. Aber soweit man die Verwässerung und Abblassung der national-jüdischen Grundidee des Zionismus fürchtete, soweit wurde die neue Gruppe abgelehnt.

Ihnen gegenüber hatten sich die alten Zionisten, die den radikalen zionistischen und nationaljüdischen Standpunkt immer vertreten hatten und die weder in einer Fraktion vereinigt sind, noch sich zu einer solchen zusammenschließen, sondern die große Allgemeinheit der Gesamtbewegung erhalten und fortführen wollen, genötigt

gesehen, sich für die Dauer des Delegiertentages unter völliger Wahrung der Freiheit jedes einzelnen zu einer Gruppe zusammenzufinden, die sich nach jeder Richtung und Seite hin ihre völlige Freiheit und Kritik bewahren wollte, die aber durch das vermeintliche oder wirkliche deutschtümelnde Auftreten der Gruppe Weil auf den Plan gerufen war."

38. Jüdische Sommerfrischler.

Die bekannte deutschnational-antisemitische „Schlesische Zeitung" schreibt in ihrer Nummer 336 vom 6. Juli 1920:

„Nicht in einem Antisemitenblatt, sondern in der nationaljüdischen „Wiener Morgenzeitung" finden wir nachstehende Charakteristilk jüdischer Sommerfrischler: „Nicht Naturfreudigkeit, nicht die rührende Einfachheit des Landlebens, nicht die Musik des Waldes, nicht das friedliche Blöken heimkehrend r Schafherden, nicht der Glanz der Firne im Sonnenuntergang lockt einen erheblichen Teil unserer Großstadtjuden in die Alpen, treibt sie mit unwiderstehlichem Zwang, just dorthin irgendwie die Einreisebewilligung zu ergattern, wo man sie am wenigsten haben will. Ganz bestimmt auch nicht das Erholungsbedürfnis, denn die, welche wir meinen, sind trotz der zehrenden Verzweiflung über die Wiener Ostjuden Schwergewichtsmenschen geblieben. Sagen wir's nur heraus: Es ist die lächerliche Lust, zu zeigen, daß man sich's leisten kann, es ist die kindische Freude der Gedankenlosen am Bedientwerden durch Kellner, am Buckerl fürs reichliche Trinkgeld, am Reisen mit prächtigen Koffern, an der Hoffnung, im kleinen Gebirgsort mit Schmuck und Kleidung größeres Aufsehen zu erregen als in der Millionenstadt. Da wird mit nackten Knien und Lederhosen am Seegestade das Wiener Kaffeehausleben fortgesetzt und übereifrig Karten gedroschen, da drängelt sich die Pfaueneitelkeit der Frauen auf der Konzertpromenade, und die Natur ist ihnen ‚Hekuba.'' Das jüdischnationale Blatt fügt diesen Feststellungen hinzu, daß es „verfluchte Pflicht" sei, „diese Wahrheiten zu wiederholen", auh wenn sie „abgedroschen" klingen. Welch ein Sturm würde im Blätterwald der Linken, namentlich auch im sozialdemokratischen und spartakistischen, losbrechen, wenn ein rechtsstehendes Blatt ähnlich schreiben würde!"

39. Freimaurer, Juden, Weltkrieg.

Die „Deutschvölkischen Blätter" vom 1. Juli 1920, 35. Jahrgang, Nummer 27 veröffentlichen unter dem Titel „Völkerbundfreimaurer" folgende Notiz:

„Die „Schildwache" (Fribourg, Bourguillon) veröffentlicht eine Liste jener Logenbrüder, die Deutschland und Oesterreich in Versailles und St. Germain rituell geschächtet: Um den „Obersten Rat" der notorischen Kellenbrüder Wilson, Clemenceau, Lloyd George, Sonnino, gruppierten sich die Engländer: Bonar Law, Viscount Milnar, A. James Balfour, G. Nicoll Barnes, Churchill und Chamberlain; die Franzosen: Pichon, L. L. Klotz, André Tardieu, Jules Cambon und Bourgeris; die Italiener: V. E. Orlando, Salvago-Raddi, A. Salandra, S. Barzilai, Scialoja, Tittoni, Ferrari, Marconi und Crespi; die Amerikaner: Rob. Lansing und Oberst M. House,; die Belgier: Hugmans, van der Heuvel (?) und van der Velde; die Griechen: E. Venizelos, Romanis und N. Politis; die Rumänen: J. C. Bratinnu und General C. Coanda ; die Portugiesen: Dr. A. Costa und A. Soares, die Serben: N. P. Paschitsch, A. Trumbitsch und M. R. Wesnitsch; der Pole: J. G. Paderewsky; die Tschechen: K. Kramarsch und Ed. Benes, sowie Robert L. Borden aus Kanada, W. M. Hughes aus Australien, General L. Vocha und J. Ch. Smuts aus Südafrika und E. S. Montagu aus Indien."

Wir bezweifeln sehr, ob diese Darstellung zutrifft. Jedenfalls ist es aber unbedingt sicher, daß sich unter den Genannten gerade ein Jude, nämlich der Italiener Barzilai befindet. E. S. Montagu, den die Antisemiten gern einen früheren Montag sein lassen, ist nicht jüdischer Abstammung.

Diese Feststellung ist deshalb nicht unwichtig, wei es stete Behauptung ist, die jüdischen Weltfreimaurer hätten den großen Krieg entfesselt.

40. Rohlings „Talmud-Jude".

Rohlings „Talmud-Jude" ist augenblicklich wieder obenauf. Er ist die billigste Quelle aller antisemitischer „Gelehrter". Dinter zitiert ihn nach Kräften und der „Deutsch-völkische Schutz- und Trutzbund" hat vor kurzem eine Neuauflage der Ausgabe von Paaschen erscheinen lassen, welche über die 20. Auflage bereits herausgekommen ist. Es dürfte daher für die Verwertung in Versammlungen und Aufsätzen wertvoll sein, zu erfahren, welches Urteil Franz Delitzsch, der Vater des jetzt vielgenannten Friedrich Delitzsch, schon im Jahre 1883 in seiner Schrift „Was D. Aug. Rohling beschworen hat und beschwören will" über den „Talmud-Juden" auf Seite 32 abgibt:

„Der „Talmud-Jude" ist ein sittlich noch weit verwerflicheres Machwerk als Eisenmengers „Entdecktes Judentum"; die größere Einseitigkeit und der Unterschied der Zeiten machen es verwerflicher. Es ist eine in die Synagoge geschleuderte Brandfackel. Es ist eine Kreuzzugspredigt, die, wenn sie auch nicht direkt wie die des Judenmordpredigers Rudolph, welchem Bernhard von Clairvaux Einhalt zu tun suchte, zu Judenmassacres aufstachelt (Rohling wäscht in Unschuld seine Hände), doch die Juden als eine alle Laster bis zum Menschenopfer grundsätzlich begünstigende Menschenklasse mit jenen 7 kananäischen Völkerschaften, welche Gottes Geheiß im A. T. der Ausrottung preisgibt, auf eine Linie stellt."

41. Die neue Grippe.

Die Dortmunder Zeitung vom 17. 5. 20 veröffentlicht folgenden Artikel, der auch als Flugblatt erschienen ist:

„Die neue Grippe.

Das ohnehin schon so schwer heimgesuchte deutsche Volk soll nicht zu Kräften kommen. Kaum ist vor einiger Zeit die große Grippe-Epidemie, die so viel Opfer gekostet hat, erloschen, da taucht eine neue Grippe auf. Wie bei allen Infektionskrankheiten ist hierbei als Erreger ein Bazillus nachgewiesen. Die Bazillen haben ihren Namen bekanntlich von ihrer Form als Stäbchen, andere sind spiralig gewunden (Spirillum, Spirochaete, siehe Meyers Konversationslexikon unter „Bakterien"). Der Bazillus der neuen Grippe hat dagegen eine etwas komplizierte Form, nämlich die eines Hakenkreuzes.

Er findet sich im Gehirn vor, namentlich bei der unreifen Jugend, und führt zu den seltsamen Erscheinungen von Wahnvorstellungen und leichterem Irrsinn bis zu vollständiger Verblödung und äußert sich besonders in der Manie der davon Betroffenen, die Form ihres Bazillus überall anzubringen, besonders an Kleidern und Häusern. Manche wollen daher eine Verwandtschaft mit dem alttestamentlichen Aussatz annehmen, der nach der Bibel gleichfalls an Menschen, Kleidern und Häusern auftrat, wie gewisse mittelalterliche Seuchen durch Söldnerheere und Landsknechte verbreitet wurden, so soll die Hakenkreuz-Grippe durch die Reichswehr eingeschleppt sein, und als Ursprungsort wird leider München angegeben. Auffallend ist ferner, daß sie nicht wie die alte Grippe bei unterernährten Personen auftritt, sondern gerade bei gut genährten und wie bemerkt, besonders bei der heranwachsenden gebildeten Jugend. So findet sie sich gar nicht beim Proletariat und in unserer Stadt nicht im Norden und der Arbeiterbevölkerung. Sehr merkwürdigerweise auch nicht bei den Juden. Man weiß, daß auch die mittelalterlichen, wahrscheinlich durch Brunnenvergiftung entstandenen Seuchen, z. B. der schwarze Tod, ganz auffallend die Juden verschonten. Sollten etwa die Juden selbst . . . . .?

Das Hakenkreuz (crux uncinata antisemitica, auch crux militaria Bavarica) ist übrigens nicht mit dem christlichen Kreuz (crux christiana) zu verwechseln. Dieses soll das Zeichen des Glaubens und der Liebe sein. Dann wäre ja aber das Hakenkreuz ein Christentum, das einen Haken hat oder vielmehr lauter Haken. Bemerkt sei noch, daß man bisweilen in den Winkeln des Hakenkreuzes Zeichen findet, die den Buchstaben N. m. d. J. ähnlich sein sollen. Einige Gelehrte deuten sie als Abkürzung von: Nichtsnutzige Mode dummer Jungens. Doch sind sicher auch noch andere Deutungen möglich.

Als bestes Heilverfahren haben sich bewährt: Nasse Umschläge auf den Kopf und Schwamm drüber! Hoffen wir, daß es mit diesen einfachen und wohlfeilen Mitteln gelingt, der neuen Grippe bald Herr zu werden."

42. Der „jüdische" Räteführer Agoston.

Durch die Tagespresse gehen die Berichte über den Prozeß gegen die Räteführer in Ungarn. Wie der „Vorwärts" in der Morgenausgabe vom 13. 7. 1920 berichtet, ergab die Abnahme der Personalien, daß 6 der Angeklagten römisch-katholischen, einer griechisch-katholischen und 3 jüdischen Glaubens sind. Bemerkenswert ist, daß die Anklageschrift den *Angeklagten Peter Agoston als getauften Juden hinstellen will*, indem sie seinem Namen Agoston in Klammern den Namen „Augenstein" zufügt. Es sei festgestellt, daß Agoston einer alten deutschen christlichen Familie entstammt und während des Krieges ein größeres Buch über die Judenfrage verfaßt hat, *in dem er sich zum Rassenantisemitismus bekennt.*

43. Die Hetze in Posen.

Wie das Posener Tageblatt vom 29. Juni 1920 mitteilt, fand man Ende Juni in Posen folgendes Plakat in polnischer Sprache angeschlagen.

Volksgenossen!

Die Juden aus Kongreßpolen und Kleinpolen, die gegenwärtig in erschreckender Weise unsere Provinz überschwemmen, sind unsere erbittersten Feinde; sie suchen bei uns ständigen Aufenthalt, um uns zu verjuden, wie Warschau, Krakau und Lemberg.

Die Juden sind Spione an der Ostfront, wo unsere Brüder ihr Herzblut für das Vaterland vergießen. Sie führen die Bolschewisten und die ukrainischen Banden mit dem Rufe: „Auf gegen die Lechen", sie überfallen Eisenbahnzüge, sie morden unsere verwundeten Soldaten, sie verbrennen unsere mildtätigen Schwestern.

Die Juden sind Pioniere des Bolschewismus, sie führen einen Kleinkrieg gegen uns, sie verbinden sich mit unserem Feinde.

Die Juden kaufen unsere Nahrungsmittel auf, unsere Waren und was sie nur erreichen können, sie führen sie im geheimen aus und verkaufen sie zu Schieberpreisen. Sie waren es, die das Gold und Silber aus ganz Polen aufkauften und nach Deutschland ausführten.

Die Juden verleumden Polen vor der ganzen Welt und verbreiten falsche Nachrichten, um unser Vaterland zum Ruin zu bringen. Sie sind es, die durch Machinationen unsere Valuta herabsetzen.

Die Juden schädigen die Schlagkraft unserer Armee als Offiziere und Beamte, die unsere Regierung leider auf hervorragende Posten stellt, sogar als Vertreter der Regierung; sie untergraben durch Bestechungen, durch Schurkereien und Käuflichkeit das Ansehen der Regierung und der Armee, des Offiziers- und Beamtenstandes.

Die Juden drängen systematisch mit aller Kraft Polen zum Verderben und zum Verfall auf dem Gebiete des Handels, der Industrie und der Politik als Anführer in national nicht aufgeklärten Kreisen, vor allem in den sozialistischen Parteien.

Was hast du demgegenüber zu tun, Pole und Polin, Mitbürger und Mitbürgerin?

Achte auf jeden zugewanderten Juden, wo du ihm begegnest, und trachte aus allen Kräften, ihm den Aufenthalt unmöglich zu machen.

Mitbürger, Großgrundbesitzer, Kleinbauer, Kaufmann, Handwerker und Arbeiter, verkaufe dem Juden deine Erzeugnisse nicht, deine Waren, dein Werk und deine Arbeit nicht. Städter, vermiete dem Juden keine Wohnung und kein Lokal, auch nicht für den zehnfachen Preis,

denn der Fluch künftiger Geschlechter wird dich treffen!

Fort aus unserer Provinz, Jude, die ganze Gesellschaft verachtet dich und spuckt dir ins Gesicht!

Fort aus ganz Polen!

Polen! Wisset, daß kein Staat in der Welt diese Schmarotzer bei sich haben will, warum soll der ärmste von ihnen, unser unglückliches Polen, ganze Millionen von ihnen bei sich dulden und ernähren! Greifen wir zur Selbstwehr von diesem Augenblicke an, denn jeder Tag der Zögerung ist ein Schritt weiter zum Ruin Polens im Sinne der Pläne unserer Feinde.

Auf zum Werk aus eigenen Kräften!
Unser Losungswort ist: Fort mit dem Judentum!
Jeder suche das Seine bei den Seinigen, so wahr uns Gott helfe!"

44. „1¼ Million Schmiergelder ohne Strafe und Beschlagnahme".

Die „Freiheit" vom Sonnabend, den 17. Juli 20 Nr. 282 berichtet das folgende:

„Wie ein kürzlich stattgefundener Prozeß ergeben hat, hat der Prokurist Plate von der Reichsgemüsestelle unter Ausnutzung seiner Stellung Beziehungen zu einer Versicherungsgesellschaft zur Erlangung von Schmiergeldern in Höhe von 1¼ Million Mark benutzt. Da er als Kriegsteilnehmer amnestiert ist, ist er noch im ungestörten Besitze dieser Summen, um die er das Reich geschädigt hat."

Plate ist weder Jude, noch jüdischer Abstammung!

45. Klara Zetkin.

Durch die Antisemitenpresse geht in letzter Zeit die Nachricht, daß die bekannte Politikerin Frau Zetkin Jüdin sei. Unsere Ermittlungen haben ergeben, daß Frau Zetkin nicht jüdischer Abstammung ist, auch ihr erster Mann Zetkin, noch ihr zweiter Mann, Maler Zündel, sind Nichtjuden.

46. „Der Liebesgabenstrumpf."

Ein Teil der antisemitischen Presse beschäftigt sich in letzter Zeit, unter der Ueberschrift „Der Liebesgabenstrumpf", mit folgendem Vorfall:

„Ein Göttinger Bürger kaufte sich in einem jüdischen Geschäft ein paar Strümpfe. Als er sie sich zu Hause anziehen wollte, fiel aus dem Strumpf ein Zettelchen, auf dem der Empfänger des Liebesgabenstrumpfes gebeten wird seine Anschrift mitzuteilen, zum Beweise, daß die Strümpfe auch an die richtige Adresse gekommen seien."

Auf Grund dieses Artikels kam der Artikelschreiber zu dem Ergebnis, daß der Jude mit allen Dingen Schindluder treibe, selbst die Wollsachen für unsere Soldaten seien vor seiner Rachgier nicht sicher gewesen.

In Wirklichkeit hatte die beschuldigte Firma niemals Strümpfe verkauft, die aus Heeresbeständen stammten oder sonst auf unlegale Weise erworben worden wären. Wenn sich in dem Strumpf ein Liebesgabenzettel befunden hat, so ist das darauf zurückzuführen, daß der Firma dieser Strumpf von ihrem Lieferanten mit dem Zettel verkauft worden ist.

Eine entsprechende Berichtigung ist auf Veranlassung der Firma bereits von fast sämtlichen Zeitungen gebracht worden. Falls in der antisemitischen Presse die oben veröffentlichte Notiz nochmals erscheinen sollte, bitten wir um sofortige Uebersendung der Zeitung an Herrn Rechtsanwalt Walter Proskauer, Göttingen, Weender Str. 32, damit das Erforderliche veranlaßt werden kann.

47. „Organisation zur Bekämpfung innerer Verhetzung."

Anfang 1919 wurde in Berlin eine „Organisation zur Bekämpfung innerer Verhetzung" bekannt, weil Werber dieser Organisation, vor allem ein Leutnant Grothe, angesehenen jüdischen Firmen ein Flugblatt vorlegte, unterzeichnet von Graf Max Montgelas, Rittmeister der Reichswehr von Swogetinsky und Archivar von Loo. Sie verlangten und erhielten für die angebliche Verbreitung dieses Flugblattes auch Geldsummen. An die Spitze der Vereinigung trat dann später neben Leutnant Grothe noch ein Administrator Schmidt und ein General von Richter, anscheinend Deutsch-Oesterreicher. Die Vereinigung plante die Herausgabe einer Broschüre gegen den Bolschewismus, die sie bei Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen in den Durchgangslagern verteilen wollte. Neuerdings versendet sie oder legt durch ihre Beamten (namens Kupfer, Wedel u. a.) den gedruckten und geschriebenen Entwurf einer Broschüre „Der Antisemitismus — das Verhängnis Deutschlands" vor, die demnächst vertrieben werden soll und für die Bestellungen zur Verschickung durch die Organisation entgegengenommen werden.

Wir bitten unsere Freunde im Lande, wenn sie mit dieser Organisation befaßt werden, ihr keinerlei Unterstützung angedeihen zu lassen, bevor sie nicht das bei uns vorhandene wichtige Material darüber gesehen haben.

48. Spitzel und Schwindler.

Verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit veranlassen uns, vor Spitzeln oder Schwindlern zu warnen, die angeben, irgend welche Pogromvorbereitungen zu kennen und sich bereit erklären, gegen Abführung hoher Beträge dagegen vorzugehen. Oftmals erklären sie auch wichtiges Nachrichtenmaterial zu besitzen, das sie ebenfalls gegen Geldmittel zur Verfügung stellen wollen.

Die Erfahrungen haben gelehrt, daß es sich fast durchwegs um Schwindler handelt, die die antisemitische Konjunktur in ihrem Sinne ausbeuten. Wir warnen daher dringend, sich irgendwie mit solchen Elementen, die — wie festgestellt — oft auch noch Spitzel sind, einzulassen. In allen Fällen bitten wir die Zentrale sofort zu benachrichtigen.

49. „Der junge Deutsche."

Im Verlage von Mathes u. Thost, Leipzig, erscheint im zweiten Jahrgange bereits die Zeitschrift „Der junge Deutsche", die aus guten Zeichnungen und Bildern und herzhaft geschriebenen Artikeln besteht. Da sie ernst zu nehmen ist, ist sie mit ihrer vornehmen antisemitischen Tendenz besonders bedenklich. Soweit uns bekannt, ist sie allerdings wenig verbreitet und in weiteren Kreisen unbekannt.

Das uns vorliegende Heft 1 und 2 des zweiten Jahrganges enthält auf S. 58 eine Zeitschriftenschau, worin auf S. 59 Fritschs „Hammer", die politisch-anthropologische Monatsschrift, herausgegeben von Dr. Schmidt-Giebichenfels, sowie andere antisemitische Organe empfohlen werden.

Auf S. 61 wird das Handbuch der Judenfrage von Fritsch besprochen und die Besprechung schließt: „Darum ist uns dieses Buch notwendig und sein Neuerscheinen mit Freuden zu begrüßen. Das Buch muß in jedem deutschen Hause seinen Platz finden."

50. „Phosphor."

Die humoristische Zeitschrift „Phosphor" (Phosphor-Verlag, München), über die wir in den „Mitteilungen" Nr. 13, S. 159 näheres berichteten, hat ihr Erscheinen eingestellt.

51. Der „Deutsche Tag".

Der „Dresdener Anzeiger" vom 9. Juli berichtet: „Der Deutsche Tag des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes findet Anfang September statt. Der gesamte Reinertrag kommt den Dresdener Lazarettkranken Kriegsinvaliden zugute." Ist in andern Städten eine ähnliche Veranstaltung geplant? Nachrichten an die Centrale erbeten.

52. Kampf gegen den Antisemitismus auf den Universitäten.

Eine in einer Universitätsstadt bestehende Ortsgruppe des Centralvereins teilt uns mit, daß sie je 2—3 Exemplare unserer Broschüren und Schriften, darunter auch „Um Deutschtum und Judentum" von Fuchs, dem akademischen Leseinstitut der Universität zwecks Aufstellung übersandte, nachdem sie festgestellt hatte, daß dort die Dinter'schen Werke aufgestellt sind. Wir halten diese Maßnahme für empfehlenswert und bitten die in Universitätsstädten ansässigen Ortsgruppen, in gleicher Weise zu verfahren.

53. Vorbildliche Tätigkeit einer Ortsgruppe.

Die Ortsgruppe Stuttgart hat, wie aus dem erschöpfenden Bericht des Herrn Dr. Mainzer hervorgeht, im Jahre 1919—20 mit ganz außerordentlichem Erfolge gearbeitet.

Schon im März 1919 wurde die 1. Schutz- und Trutzbundversammlung in Hohenheim so energisch niedergekämpft, daß der Bund ein ganzes Jahr hindurch keine Versammlung mehr zu veranstalten wagte. — Mit den Zionisten setzte sich der Verein am 12. 8. 1919 in einer Versammlung auseinander, in der Dr. Feldmann über das Thema: „Wir Juden und unser deutsches Vaterland" sprach. Ebenso wirksam war die Versammlung vom September 1919, in der San.-Rat Dr. Ries über: „Die jüdische Frau und der Antisemitismus" sprach. Am 28. 4. 1920 fand eine Versammlung nur geladener Gäste — meist Christen — statt. Hier behandelte Herr Dr. Holländer in packender Weise alle Fragen des Antisemitismus und erzielte eine nachhaltige Wirkung durch seine glänzende Rede. — Den Schutz- und Trutzbund brachte die Ortsgruppe St. meistens durch entsprechende Gegenmaßnahmen, um den Erfolg seiner großen Aktionen. Das Zentrumsblatt in St. stand dabei der Ortsgruppe St. tapfer zur Seite, wie denn überhaupt die Beziehungen zu den Behörden und zur Presse ausgezeichnet sind.

54. Einsendung von Zeitungen.

Viele unserer Freunde unterstützen uns oft durch Einsendung von antisemitischen oder gegenantisemitischen Aufsätzen und dgl. in Zeitungen. Wir richten jedoch an alle diese Mitarbeiter die Bitte, uns, wenn irgend möglich, mindestens 2 Belegexemplare zu senden, da wir oft z. B. einen Artikel weiterreichen müssen und dadurch gezwungen sind, zeitraubende Abschriften vornehmen zu lassen.

55. Bücherschau.

a) Eduard König gegen Friedrich Delitzsch.

Verlag Bertelsmann, Gütersloh, Preis geb. M. 4.20.

Friedrich Delitzschs Pamphlet „Die große Täuschung" hat in den Kreisen der Fachgelehrten peinliches Aufsehen erregt und einstimmige unbedingte Verurteilung erfahren. Vor etwa zwei Jahrzehnten hatte derselbe Gelehrte mit seinen „Babel und Bibel"-Vorträgen, in denen er in panbabylonistischer Einseitigkeit das Judentum zugunsten des Babylonismus herabsetzte, starken Widerspruch hervorgerufen. Da er sich jedoch damals auf einem wissenschaftlichen Niveau hielt, so blieb der Streit, der sich an seine Ausführungen knüpfte ein literarischer. Jetzt hingegen hat Friedrich Delitzsch dies Niveau verlassen und in seiner genannten neuesten Schrift einen Ton gewählt, den wir aus den bekannten antisemitischen Pamphleten schlimmster Art zur Genüge kennen. Es ist dies nicht bloß im Interesse der Wissenschaft zu bedauern, sondern auch für Delitzsch selbst, dessen Verdienste um die Assyriologie und um die lexikalische Erforschung der hebräischen Sprache nicht hoch genug einzuschätzen sind.

Nunmehr ist Eduard König, der Nestor der Bibelwissenschaft an den deutschen Hochschulen mit einer Streitschrift gegen Delitzsch hervorgetreten*). Eduard König, der in der Bibelwissenschaft die konservative Richtung vertritt, beleuchtet die Hypothesen Delitzschs in ihrer ganzen Unhaltbarkeit und weist auch auf die vielen Widersprüche hin, in die sich Delitzsch oft verwickelt, weil er in seiner Darstellung jedes wissenschaftliche Ziel verliert und nur bemüht ist, das Judentum herabzusetzen, das Alte Testament zu schmähen und den Gott Israels zu lästern. Erfreulich ist in dieser Streitschrift, daß König in seinen Ausführungen bei aller kritischen Strenge niemals aus dem Rahmen der wissenschaftlichen Diskussion heraustritt. Sie ist sachlich, belehrend und mit vieler Wärme geschrieben. Man sieht es dem Verfasser an, mit welcher inneren Teilnahme er an die Behandlung seines Gegenstandes herangetreten ist, wobei er sich doch auf Schritt und Tritt bemüht, selbst gegen eine Schrift, die so viele Schmähungen in einem peinlich wirkenden Ton enthält, die unter Gelehrten übliche Sprache beizubehalten.

Denn dies ist ein starker und berechtigter Vorwurf, den König gegen Delitzsch erhebt: die erregte Sprache, die starken Ausdrücke, die sensationelle Darstellung. „Eine recht kräftige Ausdrucksweise verwechseln manche Leute mit Beweisgründen." Daß Delitzsch anstatt mit Beweisen zu kommen, auf den äußeren Sinn der Leser zu wirken unternimmt, geht auch schon daraus hervor, daß er oft seine Ausführungen in Fettschrift bringt, eine Methode, die in der wissenschaftlichen Debatte bis jetzt noch nicht gebräuchlich war.

Aber auch sachlich weist König Delitzschs Behauptungen, oder richtiger Delitzschs Schmähungen, Punkt für Punkt zurück. Seit Jahrzehnten reitet Delitzsch sein bekanntes Steckenpferd, den Panbabylonismus, der auch die Grundlage für diese seine neueste Schrift abgibt. Der Babylonismus stehe ihm in der religiösen Entwicklung „turmhoch" über dem Judentum. Was

*) Friedrich Delitzsch's „Die große Täuschung" kritisch beleuchtet von Eduard König; Gütersloh, Verlag von C. Bertelsmann, 1920; Preis 4.20 M.

Delitzsch für diese Behauptungen an „Beweisen" aufbringt, erregt tatsächlich Erstaunen, und man muß sich immer fragen: Sind diese Worte aus der Feder eines Gelehrten geflossen, dem wir in der assyriologischen Wissenschaft soviel zu verdanken haben? Vor Jahrzehnten, noch vor Delitzsch, ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die biblische Sintflutgeschichte einige, *rein äußerliche* Berührungspunkte mit dem sog. Gilgamesch-Epos habe. In ihrem Inhalt, vor allem in ihrer ethischen Lehre steht die biblische Sintflutgeschichte, wir möchten mit Delitzsch sagen, turmhoch über dem genannten babylonischen Epos. Aber Delitzsch kann das letztere doch nicht genug loben und die biblische Erzählung als einen schwachen Abklatsch herabwürdigen. Denn im babylonischen Epos wird am Schluß berichtet, daß das Weib des Utnapischti, des Helden dieser Sage, als Göttin in den Kreis der Götter Aufnahme findet.

Weist man Delitzsch darauf hin, daß hier gerade das Höchste im Judentum zu suchen ist, daß es die Vielgötterei bekämpft, und daß die hebräische Sprache für eine Göttin nicht einmal die Bezeichnung hat, so erwidert er darauf: das Judentum habe, wie der Islam, die Stellung des Weibes so tief herabgedrückt, daß in seiner Mythologie ein Platz für die weibliche Göttin nicht möglich gewesen sei. König führt dagegen eine Reihe von bekannten weiblichen Persönlichkeiten der Bibel an, die das Gegenteil beweisen: die Prophetin Mirjam, das Heldenweib Debora, die fromme Hanna, die Mutter des Propheten Samuel, das kluge Weib aus Thekoa usw. Das ganze biblische Schrifttum bekundet keineswegs die niedrige soziale Stellung des Weibes, sondern im Gegenteil eine sehr würdige und vornehme. Wir wissen, daß erst der Koran die Bestimmung eingeführt hat, die Frau in den Harem zu sperren, und es ist bekannt, daß Mohammed diese Bestimmung auf Anraten Omars erlassen und aus welchem Anlaß er dies getan hat.

Delitzsch wiederholt auch in seiner jüngsten Schrift seine bekannte Behauptung, der *Sabbat* sei eine babylonische Einrichtung gewesen, die das Judentum einfach „abgeschrieben" hätte. Mit vieler Wärme und überzeugend tritt König dieser durch ihre Wiederholung nicht besser gewordenen Behauptung entgegen. Aus keilinschriftlichen Funden wissen wir, daß 4 Tage im Monat Elul, der 7., 14., 21. und 28., nach der babylonischen Vorstellung für den König und den Arzt als Unglückstage galten. Dies soll die Quelle des Sabbat sein, des allwöchentlichen Ruhetages, dieser sozialen Einrichtung, die im Laufe der Jahrtausende zum höchsten Segen der arbeitenden Menschheit geworden ist. König führt dabei einen Ausspruch des bekannten Forschers Adalbert Merr an, der s. Z. Delitzsch's Behauptung mit folgenden Worten glosiert hat: „Nicht der Elefant, der durch seine Stoßzähne das Elfenbein liefert, sondern der Geist des Phidias, der das Elfenbein zu einer seelenvollen Statue verarbeitet, besitzt das größte Verdienst um die Förderung der Kultur."

Es ist bekannt, was das biblische und nachbiblische Judentum für die Milderung der Sklaverei getan hat, wie es immer bestrebt war, auch im Antlitz des Sklaven die Ebenbildlichkeit Gottes erkennen zu lassen, ihm durch gesetzliche Bestimmungen eine milde Behandlung und Schutz vor Grausamkeiten zu sichern. Welchen Fortschritt das Judentum auf diesem Gebiet zu verzeichnen hat, zeigt ein Vergleich mit den betreffenden Bestimmungen im Codex Hammurapi oder wie Delitzsch schreibt, Hammurabi. Nichtsdestoweniger preist Delitzsch die babylonische Milde und tadelt die biblische Härte gegen die Sklaven. Demgegenüber führt König alle Einzelheiten des Sklavenrechts aus dem Codex Hammurapi an, die in bezug auf Entwürdigung des Menschen tatsächlich „turmhoch" über dem biblischen Judentum stehen.

Um die Bibel herabzuwürdigen, hebt Delitzsch hervor, daß sie auf die Darbringung von blutigen Opfern soviel Gewicht lege. König erwidert darauf mit Recht, daß das Opfer in alter Zeit der Ausdruck der Pietät gegen Gott war. Das Judentum hat diesen Brauch übernommen, aber niemals als die Grundlage der wahren Frömmigkeit anerkannt. Die meisten Propheten haben sich gegen die Opfer ausgesprochen und *alle* haben die Opfer bei nicht frommer Gesinnung für wertlos erklärt. Daß die Opfer ein Entgegenkommen gegen den Volksbrauch bedeuteten, wird in der Thora selbst ausdrücklich gelehrt (3. Buch Moses 17, 7). Hingegen bekämpfte das Judentum mit aller Entschiedenheit das *Menschenopfer*, das selbst unter zivilisierten Völkern des Altertums, bei Karthagern, Griechen und Römern, bis in spätere Zeit hinein, bis zum Siege des Christentums, noch üblich war. Mit derselben Strenge trat das biblische Judentum allen Orgien und sexuellen Ausschweifungen beim Opfer entgegen. Ueberhaupt war der Kampf des Judentums gegen die heidnische Welt, den Delitzsch auf Fanatismus und Grausamkeit der Juden zurückführt, lediglich gegen die sittliche Entartung heidnischer Völker gerichtet, vor deren Berührung und Verführung durch sie Israel geschützt sein sollte.

Mit welchem Behagen spricht Delitzsch von dem Vertilgungskrieg der Juden gegen die kanaanitischen Völker, und er würzt diesen Vorwurf noch damit, daß er die Amoriter, einen der kanaanitischen Stämme, zu einem Brudervolk Israels macht. An sich ist die Behauptung von der Verwandtschaft der Amoriter mit den Israeliten ohne jede Begründung. Aber haben die Israeliten die heidnische Bevölkerung Kanaans überhaupt vernichtet? Und ist nicht vielmehr dieses Gebot, das den Zweck verfolgt, Israel in der sittlichen Entartung Kanaans nicht untergehen zu lassen, auf dem Papier geblieben? Wer die biblische Geschichte mit Aufmerksamkeit liest, dem ist bekannt, und auch Delitzsch hebt ja, allerdings höhnend hervor, daß die Vertilgung der kanaanitischen Bevölkerung gar nicht stattgefunden hat. Israel hat diese Völker geistig und moralisch besiegt, und das ist zweifellos eine Ruhmestat in der jüdischen Geschichte.

Von altersher wurde gegen die Bibel und gegen den Charakter Israels der Umstand angeführt, daß die biblische Geschichte von hervorragenden Persönlichkeiten, von den Erzvätern, von Aaron und Mirjam, vom König David u. a. auch manche sittliche Mängel zu erzählen weiß. Delitzsch wiederholt diesen Vorwurf. Hat er aber eine Berechtigung, und sollen daraus, wie es Delitzsch tut, gar als Beweis gegen den Charakter des Gottes Israels Schlußfolgerungen gezogen werden? König hebt mit Recht hervor, daß nirgends gesagt wird, daß Gott diese Verfehlungen billigte, vielmehr tadelt er sie, wie wir aus der Erzählung von Aarons und Mirjams Verfehlung (4. B. Mos. Cap. 12) und Davids Sünde (2. B. Sam. Cap. 11—12) wissen. Das ist ja der große Vorzug der biblischen Erzählung, daß sie so herrlich objektiv ist, ihre Helden nicht verhimmelt, sondern sie menschlich, allzu menschlich, auch mit manchen sittlichen Fehlern und Gebrechen schildert.

Besonders lesenswert in Eduard Königs Schrift ist der Abschnitt von der Bedeutung und dem persönlichen Wert der Propheten Israels. Wenn es erst eines Beweises dafür bedurft hätte, daß Delitzsch, vom Haß gegen das Judentum und gegen die Juden geblendet, der Fähigkeit beraubt ist, die Bibel mit Verständnis zu lesen, so würden wir diesen Beweis in seinen Ausfällen gegen die Propheten als erbracht erachten müssen. Ebenso zutreffend ist der Vorwurf Königs gegen Delitzsch, daß dieser, um ja an Israel kein gutes Haar zu lassen, die bekannte rassenantisemitische Fabel nachspricht, Jesus sei gar nicht jüdischer Abstammung gewesen. Als ob es auf die Rassenabstammung ankäme. Seine Erziehung war doch zweifellos eine rein jüdische, aus den heiligen Büchern Israels zog er Belehrung. Also was soll seine angebliche nichtjüdische Abstammung gegen den ethischen Gehalt des Judentums beweisen?

Königs Schrift ist im Geist der wahren Religiosität geschrieben. Sie bietet daher jüdischen wie christlichen Lesern, die Belehrung suchen und Verständnis für das heilige Schrifttum mitbringen, die an die Lektüre der Bibel nicht mit Voreingenommenheit herantreten und in ihr nicht Beweismaterial für antisemitische Hetzreden finden wollen, viel Belehrung. In einer Besprechung ist es nicht möglich, den ganzen Inhalt, selbst in aller Kürze, wiederzugeben. Man tut daher am allerbesten, das Buch selbst zu lesen, und man wird sich dabei reichlich belohnt finden.

Simon Bernfeld.

b) Die Entartung der Revolution.

Neue Aufsätze von Hans von Hentig. (Köhler, Leipzig 1920.) Preis geb. 6.60 M., geh. 5.— M.

Hier spricht ein Demagoge, der eine lockere Feder führt. Für alles, was seit der Revolution geschehen, hat er die Antwort: Schuld der Revolution. Er sieht bei ihr nur gemeinste Triebe und Antriebe am Werk. Er ist ohne jedes Verständnis für die inneren und äußeren Schwierigkeiten, die durch den militärischen Zusammenbruch entstanden sind. Häßliche Nebenerscheinungen der Revolution sind ihm ihr Wesen. Ausweg aus der Revolution: Eine Art Neobolschewismus, Herstellung der Entente des Ostens. Mit verblüffend einfachem Rezept. „Eine gewaltsame Auseinandersetzung ließe sich abkürzen oder vielleicht vermeiden. Sie würde vermieden werden können, wenn der Aufmarsch, der politische, militärische und moralische Aufmarsch mit solcher Schnelligkeit und solcher Stärke vor sich ginge, daß der Gegner freiwillig oder von den eigenen Opfern seiner neuen Mobilmachung gezwungen, den Weg der Verhandlungen beschritte." . . . „Seien wir wieder gute Soldaten, Preußen, Deutsche, und die Welt erbebt." Dabei ist die Schrift im einzelnen geistreich, öfters geistreichelnd, voll pointierter Halbwahrheiten und demagogischer Zuchtlosigkeit stilistischer Uebertreibungen. Es sind locker aneinandergereihte Aufsätze, die zum größten Teil schon in Zeitungen und Zeitschriften erschienen sind. Der vierte ist überschrieben: „Zur Psychologie des Pogroms". Er fordert nicht zu Pogromen auf, — er schildert scheinbar psychologisch nur. Aber mit der Insinuation, als ob das Pogrom eine natürliche Entladung gegebener Spannungen ist. Eine erschreckend moralinfreie Betrachtung! Er spricht von legalen Pogromen, die er in der Richtung von Vermögenskonfiskationen sieht, zitiert dabei Torquemado und spielt selbstgefällig mit der Modernisierung ähnlicher Vorgänge. Scheinbar dämpfend, in Wirklichkeit aber anreizend: Etwas von der Leichenrede des Antonius im Julius Cäsar. Ich zitiere eine Stelle: „Der Haß gegen das Judentum strömt aus 4 gewaltigen Quellen, und die Stärke und Gefährlichkeit der antisemitischen Bewegung wird verständlich, wenn man bedenkt, wie diese riesige Koalition von feindlichen Gefühlen die heterogensten, politischen und sozialen Elemente zusammenführt. Der religiöse und Rassengegensatz wären schon an und für sich eine Konstellation von hoher Explosivgefahr. Der Haß des Proletariers gegen den Kapitalisten gesellt sich dazu. (Typische Insinuation!) und wird durch die politische Erbitterung des Nicht-Revolutionärs gegen den radikalen Repräsentanten des Umsturzes zu siedender Hitze gesteigert. Um dem aktiven Antisemitismus, der Pogromgefahr, eine tötliche Wunde zu schlagen, müßte eine weitsichtige Kriminalpolitik versuchen, vor allem die beiden letzten Gegensätze, die sich erst in jüngster Zeit zu voller Schärfe entwickelt haben, zu mildern und allmählich ganz zu beseitigen." Nachdenklich stimmt der Satz Hentigs „Die Juden haben auf das falsche Pferd gesetzt, als sie sich der Revolution anschlossen" und ebenso der andere: „Der Grundsatz, daß alle Macht beim Volke sei, ist für Minoritäten niemals ohne Gefahr." . . . . „Bei der hohen Intelligenz der meisten Juden ist es nicht verständlich, daß sie in so auffallendem Maße eine politische Bewegung unterstützt haben, die eine feste Staatsgewalt, ihren einzigen Schutz, vernichten mußte, und uns in den Naturzustand hineinwarf, für den die Juden bei ihrer zahlenmäßigen Ueberlegenheit . . . . weniger als irgendeine andere ethnische Gruppe geschaffen sind."

Die Schrift hat dadurch etwas Erschreckendes, daß alle moralischen Ideen eigentlich ausgeschaltet sind. Ein rein machiavellistischer Geist spricht in demagogisch sehr geschickter Weise aus den Aufsätzen. Für den Befreiungskampf vom Feinde will er Gerechtigkeit anrufen, aber nur als Ersatz der Tanks, Handgranaten und Flugzeuge. Die Broschüre gehört zu denjenigen Arbeiten, aus denen die Entente ihre Berechtigung herleitet, Deutschland zu knebeln und rücksichtslos die Entwaffnung vorzunehmen.

Beide Bücher sind zu beziehen durch Philo-Verlag und Buchhandlung G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 13.

c) Ambroise Got, L'Allemagne après la débâcle.

(Straßburg, Straßburger-Druckerei.) Preis etwa 30 M. Zu beziehen durch den Philo-Verlag und Buchhandlung G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstraße 13.

Got ist als Sekretär des Oberst Zopff der französischen Militärmission von März bis Juli 1919 in Berlin gewesen und hat in dem Buche seine Eindrücke zusammengefaßt. Einzelnes ist mit gallischem Witz geschrieben, aber überwiegend bleibt Got ganz auf der Oberfläche haften und begeht den üblichen Fehler fremdländischer Beobachter, vereinzelte Erlebnisse zu verallgemeinern. Dazu kommt, daß sein Chauvinismus ihn von vornherein den Dingen gegenüber voreingenommen macht. Drei Beispiele mögen genügen: Auf Seite 58 erzählt er, daß er auf der Speisekarte „Kaiserfleisch" sieht und nach Bestellung Schweinebraten mit Sauerkraut erhält. Er bemerkt dazu: „Der

Kaiser identifiziert mit einem Schwein." Entschieden ist ein Wechsel im alten Deutschland eingetreten. Das wäre früher eine Majestätsbeleidigung gewesen, die dem Schuldigen „einige Jahre Gefängnis eingebracht hätte". Got hat, trotzdem er vor dem Kriege 7 Jahre in Deutschland gelebt haben will, keine Ahnung davon, daß bereits vor dem Kriege dasselbe Gericht mit demselben Namen auf den Speisekarten häufig zu finden war.

Auf Seite 62 spricht er von der „Schadenfreude" der Deutschen als einem unübersetzbaren Ausdruck, weil er „der deutschen Mentalität eigen sei", und scheint nicht zu wissen, daß derselbe Begriff als „joie maligne" in seiner Muttersprache existiert.

Auf Seite 65 behauptet er, daß man einige Monate vor dem Kriegsende alle Kleidungsstücke über die Zahl von 2 pro Kopf requirierte, um die Arbeiter zu bekleiden, die dicht davor standen, ganz nackt herumzulaufen!

Den Bolschewismus (Vorwort und Kap. XIV) hält er für eine von der deutschen Regierung künstlich fingierte Bewegung, um bessere Friedensbedingungen zu erhalten. Nach der Friedensunterzeichnung werde es weder Kommunismus noch Bolschewismus mehr geben!

Auf gleicher Höhe steht das XII. Kapitel, das sich nur mit der Rolle der Juden in der Revolution beschäftigt. Die dümmsten, längst widerlegten antisemitischen Verleumdungen werden kritiklos wiederholt, wie überhaupt das ganze Kapitel nicht auf Grund von statistischem Material oder eigenen Beobachtungen, sondern offensichtlich einer antisemitischen Broschüre nachgeschmiert ist. Da sind z. B. die Juden mit 80 Prozent der Bolschewistenführer in Rußland vertreten. Da finden sich groteske Behauptungen, wie: „Das jüdische Volk, das besiegte in der Geschichte, hat sich des Bolschewismus mit einer fieberhaften Eile bemächtigt, um ihn als Werkzeug zum Siege und zur Unterdrückung zu benutzen." „Zu allen Zeiten haben Juden und Deutsche sich gegeneinander gewendet" (sonst wirft man uns internationale Solidarität vor). Vom Sozialismus behauptet er, daß, mit Ausnahme von Bebel, dessen Mutter Jüdin sein soll, alle großen Führer der Bewegung Juden sind". Kennt Got wirklich nicht den alten Liebknecht, Auer, v. Vollmar, Braun, Molkenbuhr, Ledebour, Hue, um aus den Hunderten nur ein paar Namen herauszugreifen? Schulze-Gävernitz, Bassermann, Stresemann haben Jüdinnen geheiratet Paasche's Sohn hat eine Nichte Hardens geheiratet, sie sind also infiziert! Arendt, Freund, Lewald, Dernburg, Levien, Leviné, Gothein, Kautsky, Schücking sind Juden, Bethmann-Hollweg ist infiziert usw. Da er den Unabhängigen Barth beim besten Willen nicht zum Juden stempeln kann, gibt er ihm wenigstens den Tritt „qui, poranomalie, n'est pas juif". Die Presse ist verjudet, die Nationalversammlung ist verjudet, nach der Revolution sind „Hunderte und Tausende Semiten in die Regierungsbureaus eingedrungen". (Die Aufzählung will er dem Leser ersparen!), kurz kein antisemitisches Ammenmärchen, es sei noch so blöd, irrsinnig oder gemein, das Got nicht unbesehen und kritiklos übernimmt.

Daß seine trübe Quelle einer antisemitischen Schmutzgosse entspringt, zeigt der Schlußabsatz, in dem er verrät, daß eine schwarze Liste der Juden, die beim ersten Pogrom fallen sollen, existiert und daß die Gegenrevolution unerbittlich sein werde. Hier ist der Wunsch der Vater des blutdürstigen Gedankens gewesen.

Got's Buch schließt sich in seiner Oberflächlichkeit, Gesinnungslumperei und seinem nationalistischen Hetzton würdig der antisemitischen Schmutzliteratur in deutscher Sprache an.

Patentanwalt Herzfeld-Berlin.

d) Völkische Kampf-Literatur.

In einem „völkischen" Kalender werden folgende Bücher als Rüstzeug zum völkischen Kampf aufgeführt:

Rüsten, Was tut not? Führer durch die Literatur der Deutschbewegung. Bartels, Deutsche Literaturgeschichte, I, II, III; Heinrich Heine, auch ein Denkmal; Lessing und die Juden; Deutsch-völkische Gedichte; Volk und Vaterland. Chamberlain, Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, I, II. Kossinna, Die deutsche Vorgeschichte. Pastor, Germanische Monumentalkunst. Wilser, Die Germanen. Claß, Deutsche Geschichte. Wolf, Angewandte Geschichte; Angewandte Kirchengeschichte. Lambach, Diktator Rathenau. Fritsch, Der falsche Gott. Meister, Das Schuldbuch Judas. Roderich-Stoltheim, Die Erfolge der Juden im Handel. Liebe, Das Judentum in der deutschen Vergangenheit. Dinter, Die Sünde wider das Blut. Stauff, Der Semi-Kürschner. Tanzmann, Denkschrift zur Begründung der deutschen Volkshochschule; Erstes Jahrbuch der deutschen Volkshochschulbewegung; Versuch einer neuen Deutung des Nibelungenliedes. Treitschke, Bilder aus deutscher Geschichte. Langbehn, Rembrandt als Erzieher. Lietz, Des Vaterlandes Not und Hoffnung. Tacitus, Germania (herausg. v. Wilser).

Verantwortlich: Syndikus Dr. Holländer, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I.

Druck: Ernst Litfaß' Erben, Berlin C 19, Adlerstr. 6